

P R O T O K O L L

über die 16. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 12. Mai 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BURGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBURGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsi
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Karl Hochrathner
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Ing. Mayrhofer Günther
Rudolf Pickl
Erna Probst
Ramoser Franz
Rohrauer Franz
Schlager August
Schreiberhuber Gertrude
Walter Hahn

Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Strasser
Hubert Sturmberger
Anton Vorhauer
Wallner Alfred
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Dr. Kurt Schmidl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
OAR. Kerbl Walter

PROTOKOLLFÜHRER:
Dr. Gerhard Alphasamer
Winklmayr Eveline

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS.

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|-----------------|---|
| Ha - 2282/87 | Dr. Helmut Saxenhuber - Eröffnung einer Zahnarztpraxis im Resthof; Darlehensgewährung. |
| K - 8016/84 | Verein Wehrgraben; Lehrpfad. |
| Ha - 601/87 | Kleingartenverein Eysnfeld; Gewährung einer a.o. Subvention. |
| En - 3489/86 | Straßenbeleuchtung Dachsberg; Elektromateriallieferung; Auftragserweiterung. |
| GHJ 2 - 1167/87 | Stützmauer HS Ennsleite, Glöckelstr. 6; Erneuerung. |
| GHJ 2 - 5106/87 | Errichtung eines öffentlichen Kinderspielplatzes im Bereich Schweigerstraße 1 - 35 |
| GHJ 2 - 1402/87 | ASV Bewegung Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Ha - 2391/87 | OÖ. Diabetikervereinigung - Zweigstelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Bau 6 - 6755/86 | Kanalisation Haratzmüllerstraße; Ausbesserungsmaßnahmen. |
| SH - 610/87 | Ehrung der Pflegemütter anläßl. des Muttertages 1987. |
| SH - 608/87 | Bezieher einer laufenden Sozialhilfe; Osteraktion 1987. |
| Bau 3 - 522/86 | Ausbau des Dachsbergweges; Ablöse von Bäumen. |
| Ha - 1025/87 | Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| GHJ 1 - 1910/87 | Ankauf von elektrischen Schreibmaschinen für die Polytechn. Schule Punzerstraße. |
| Ha - 6927/86 | Kultur- und Sportgemeinschaft der GFM; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Ha - 1316/87 | Freizeitmagazin "Was ist los in Oberösterreich"; Gewährung einer Subvention an den Fremdenverkehrsverband. |
| Wi - 989/87 | OÖ. Nachrichten, Sonderseiten "Steyr" anläßlich der Eröffnung der oö. Landesausstellung 1987; Druckkostenbeitrag. |
| Bau 3 - 4032/85 | Ausbau der Christkindler- und Schwamminger Straße; Endabrechnung der Grundeinlösen. |
| GHJ 2 - 1170/87 | Volkshochschulhaus Stelzhamerstraße; Heizungsrohrbruch. |
| FW - 2440/87 | Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; Reifenankauf. |
| Bau 3 - 7980/85 | Gehsteig Eisenstraße; Fremdgrundeinlöse; Entschädigung. |

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

BERICHTERSTATTER BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha - 1640/87 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1987.
- 2) Ha - 6544/85 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 3) OAG-2409/87 Sport- und Freizeitanlage Resthof; Rückkauf von Grundstücksteilen (Grundstücke 608/2 Kat. Gem. Gleink) durch die Stadtgemeinde Steyr.
- 4) Sport-5886/84 Sport- und Freizeitanlage Resthof; Verkauf eines Grundstückes an Helmut Glaser.
- 5) Bau5-3360/86 Sportanlage Rennbahn; Vergabe von Lieferungen und Arbeiten.
- 6) GHJ2-6616/83 Volkshochschule; Auftragserweiterung und Bewilligung einer Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTER VIZEBURGERM. LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Bau5-3360/86 Platzwartwohnung Sportanlage Rennbahnweg; Darlehensaufnahme.
- 8) GHJ2-4194/85 Städt. Objekt Redtenbachergasse 9 "Schloß Engelsegg" - Sanierung; Wohnbauförderungs-darlehen.
- 9) OAG-6136/86 Stadtwerke Wasserverband "Region Steyr"; Bauabschnitt 04 - Darlehenszusicherung des BM für Bauten und Technik; Haftungsübernahme.
- 10) Wa - 5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 01; Verlängerung der Darlehenslaufzeit; Haftungsübernahme.
- 11) Wa - 5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Bauabschnitt 04 - Zentrale Kläranlage - Schlamm-entwässerungsanlage und Mülldeponie der Stadt Steyr; Darlehensänderung; Haftungsübernahme.
- 12) Buch-7500/86 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1986.
- 13) Buch-4380/86 Umsatzsteuer-Betriebsprüfung; Umsatzsteuer-Nachforderungen für 1983 - 1986 bzw. für 1979 - 1982 für die Freiw. Feuerwehr der Stadt Steyr.

- 14) Ha - 5692/86 Othmar Pötzl, Gastwirt, Steyr., Leopold Werndl-
Straße 1; Gewährung einer außerordentlichen
Subvention (Gewerbeförderung).
- 15) Ha - 1346/87 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Jahressubvention 1987.
- 16) OAG - 1201/87 Fa. SToba - Präzisionsteile - GesmbH;
Betriebsniederlassung in Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

- 17) K - 22/87 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987;
I. Fassadenerneuerungen und Denkmalerhaltung.
- 18) K - 22/87 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987;
II. A) Erhaltung der alten Dachlandschaften; Dach-
erneuerungen unter Nachbildung der überlieferten
Erscheinungsformen; B) Sicherung wertvollen Bau-
und Architekturbestandes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 19) Bau5-870/87 Kindergarten Resthof; Anbau.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 20) Bau3-7534/86 Asphaltierungsprogramm 1987.
- 21) Bau4-5240/85 Neubau Museumsteg und Schloßleitenweg; Nach-
tragsangebote 1, 2, 3, und 4.
- 22) Bau4-7380/83 Neubau Direktionsbrücke; Mittelfreigabe 1987.
- 23) Bau3-4161/85 Ausbau Arbeiterstraße, Adlerstraße und Kammer-
mayrstraße; Mittelfreigabe 1987.
- 24) Bau3-6277/85 Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße;
Bau6-6278/85 Straßen- und Kanalbau.
Bau3-3858/86
Bau6-3859/86

- 25) Bau3-941/86 Verlegung der Winklinger Straße infolge Kantenabbruchs.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 26) BauR-1753/87 Grundsatzbeschlüsse gem. §§ 22 und 23 OÖ. Raumordnungsgesetz; Übertragung der Zuständigkeit des Gemeinderates an den Stadtsenat.
- 27) Bau3-1411/87 Bauvorhaben der GWG Steyr - Steinfeld; (Kegelpriel); Außenanlage.
- 28) Bau6-6613/86 Kanalisation Nebensammler 5, 6, 7, 8 in Steyr-Weinzierl.
- 29) Bau6-5474/86 Kanalisation Wehrgraben Süd; Errichtung Nebenkanal Wehrgrabengasse 5 S 3 - S 24.
- 30) Bau6-3615/86 Kanalisation Steyrdorf; NS Wolfenstraße S. 17 - S 4.
- 31) Bau6-637/87 Kanalisation Schlüsselhofsiedlung; Nebenkanal M und N Röseldorfstraße und Fachschulstraße und Nebensammler A 2 - Tabor; Baumeisterarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 32) OAG-1292/87 Städtischer Verkehrsbetrieb; Zuerkennung Stadtwerke einer Kapitaleinlage.
- 33) OAG-1807/87 Ankauf eines Steyr Stadtlinienbusses und eines Steyr Stadt-Gelenkbusses. Stadtwerke
- 34) OAG-1692/87 Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße - 4. Bauabschnitt; Verlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges bis zur Kreuzung Gleinker Hauptstraße; Tiefbauarbeiten und Armaturenlieferung. Stadtwerke
- 35) OAG-2373/87 Leopold Werndl-Straße; Verlegung eines Erdgas-hochdruckstranges DW 150; Auftragsvergaben. Stadtwerke

- 36) OAG-2372/87 Austausch diverser Absperrorgane im Trinkwasser-
Stadtwerke serverteilungsnetz des Wasserwerkes Steyr;
Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

- 37) OAG-4115/86 Verkauf des Grundstückes 1222/27 an die Gemein-
nützige Wohnungsgenossenschaft STYRIA.
- 38) GHJ2-4194/85 Städt. Objekt Redtenbachergasse 9 "Schloß
Engelsegg" - Instandsetzungsarbeiten -
2. Bauetappe.
- 39) OAG-7420/86 Vorplatzgestaltung Direktionsbrücke - Wehrgra-
bengasse (Pizzeria Gabriel); Herstellung der
Grundbuchsordnung.
- 40) Gem-7722/86 Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr; entgelt-
Gem-7401/82 liche Einsatzleistungen und entgeltliche Bereit-
stellung von Geräten; Tarifordnung 1987.
- 41) Bau5-2180/86 Rathausumbau; Vergabe von Arbeiten.
-

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste! Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zur heutigen Gemeinderatssitzung und eröffne dieselbe. Ich darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß und den Statuten entsprechend einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Gemeinderat Otto Tremel, Herr Gemeinderat Tatzreiter, Herr Stadtrat Pimsl wird etwas später kommen. Ich bitte Kollegin Gemeinderat Erna Probst und Kollegen Gemeinderat Franz Ramoser um Übernahme der Protokollprüfung für diese heutige Sitzung. Beide haben diese Aufgabe übernommen.

Wir kommen zum zweiten Punkt, zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Hier, meine Damen und Herren, liegt eine schriftliche Anfrage des Herrn Gemeinderates Franz Ramoser vor, die die Errichtung der Nordspange zum Inhalt hat. Die Anfrage gliedert sich in mehrere Punkte und ich darf sie den Bestimmungen entsprechend zur Verlesung bringen.

Bürgermeisteranfrage. Herr Bürgermeister, die GAL Steyr möchte wissen:

1. Welche Notwendigkeit besteht, das Umfahrungsprojekt "Nordspange" zu bauen?
2. Gibt es verbindliche Zusagen für eine Variante?
3. Welche Variante würde die Schrebergärtner und Erholungssuchenden betreffen?
4. Wann ist Baugebinn und wann wird die Bevölkerung informiert?
5. Gibt es eine Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Straßenbauprojekt?
6. Wie hoch werden die voraussichtlichen Gesamtbaukosten sein und welchen Anteil zahlt davon die Steyrer Bevölkerung?
7. Die GAL Steyr ersucht um eine gewissenhafte und ausreichende Beantwortung dieser Fragen.

Für die GAL Steyr: Franz Ramoser.

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Die erste Frage: Welche Notwendigkeit besteht, das Umfahrungsprojekt Nordspange zu bauen?

Bereits seit Jahren wird von den in der Haager Straße angesiedelten Betrieben, insbesondere des BMW-Motorenwerkes, die Errichtung einer Umfahrung zum besseren Anschluß an den Zentralraum gefordert. Diese Betriebe können derzeit nur über das innerstädtische Verkehrsnetz, welches zu Stoßzeiten überlastet ist, z. B. der Blümelhuberberg, erreicht werden. Untersuchungen und einschlägige Studien haben eine Entlastungswirkung des Stadtgebietes bei Errichtung der sogenannten Nordspange von über 1/3 ergeben. Im Jahr 1983 wurde über Antrag der Bundesstraße B 122 a die vormalige S 37, nunmehr die B 115 mit der B 122, ohne genauere Beschreibung der Strecke.

Ich glaube, ich kann hier noch anführen, daß es nicht nur die Betriebe im Bereich der Haager Straße in diesem neuen Siedlungsgebiet sind, die diese Nordspange benötigen, sondern daß es ein allgemeiner Wunsch ist, die Verkehrssituation im innerstädtischen Bereich durch die Errichtung eines solchen Bauwerkes zu verbessern. Das gilt auch für alle anderen Stadtgebiete in Steyr.

Ich darf die zweite Frage nochmals wiederholen. Gibt es verbindliche Zusagen für eine Variante?

Verbindliche Zusagen für eine Variante gibt es nicht, die Untersuchungen der Bundesstraßenverwaltung basieren jedoch im wesentlichen auf der ehemaligen Variante D, in Verbindung mit der S 37.

3. Welche Variante würde die Schrebergärtner und Erholungssuchenden betreffen?

Infolge Fehlens des Vorprojektes kann darüber keine Aussage gemacht werden. Ich hoffe natürlich, daß in Kürze dieses Vorprojekt seitens der Landesbaudirektion vorliegt und wir darüber informieren können.

4. Wann ist Baubeginn und wann wird die Bevölkerung informiert?

Da seitens der Bundesstraßenverwaltung derzeit noch kein Vorprojekt vorliegt, kann eine genaue Aussage über den Baubeginn noch nicht getroffen werden. Bei einem im März 1987 erfolgten Gespräch mit Herrn Landesrat Mag. Kukacka ergab sich jedoch, daß vor 1989 mit einem Baubeginn praktisch nicht zu rechnen sein wird.

5. Gibt es eine Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Straßenbauprojekt?

Dem Magistrat Steyr liegt derzeit noch kein Umweltschutzgutachten vor. Dieses ist jedoch Voraussetzung für die Genehmigung des Straßenprojektes durch das Ministerium. Es muß also ein solches Projekt im Falle des Vorliegens der entsprechenden Variante auch durchgeführt werden und dem Ministerium vorgelegt werden.

6. Wie hoch werden die voraussichtlichen Gesamtbaukosten sein und welchen Anteil zahlt davon die Steyrer Bevölkerung?

Nachdem das Vorprojekt derzeit noch nicht vorliegt, kann auch darüber keine Aussage getroffen werden. Eine Kostenteilung für den Bundesstraßen Ausbau, wie dies früher der Fall war, ist nach der neuen gesetzlichen Lage nicht mehr vorgesehen.

Soweit meine Beantwortung dieser Anfragen. Ich frage Herrn Gemeinderat Ramoser, ob er eine Zusatzfrage hat.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, ich bedanke mich für die ausführliche Aufklärung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke schön.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nach dieser Beantwortung der Anfrage darf ich Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben.

Am Wochenende, meine Damen und Herren, erreichte uns die Nachricht, daß Herr Direktor Johann Schanovsky, Bürgermeister-Stellvertreter i. R., am vergangenen Samstag, kurz vor Vollendung des 84. Lebensjahres, verstorben ist. Sein Tod bedeutet nicht nur für seine Angehörigen einen schmerzlichen Verlust, mit ihm ist auch ein hochverdienter Kommunalpolitiker der ersten Stunden der 2. Republik für immer von uns gegangen. Direktor Schanovsky konnte auf ein langes und erfülltes Leben zurückblicken. Am 19. Juni 1903 in Steyr geboren, besuchte er vorerst die Volks- und Bürgerschule und trat im September 1918 als Fünfzehnjähriger in den Dienst der Steyr-Werke. Dieser Entschluß sollte für sein ganzes Berufsleben entscheidend sein. Seine berufliche Laufbahn führte stetig aufwärts bis er Ende des Jahres 1968, nach 50jähriger Betriebszugehörigkeit als Direktor des gesamten Verkaufes in den Ruhestand trat.

Gleich nach Ende des 2. Weltkrieges kam Dir. Schanovsky auch mit der Kommunalpolitik in Berührung. Zuerst war er in der vorübergehend geteilten Stadt in Steyr-Ost tätig und im April 1946 entsandte ihn die Sozialistische Partei in den Gemeinderat der Stadt Steyr. 21 Jahre sollte er in der Folge in diesem Gremium tätig sein. Bereits im Juli 1946 wurde er zum Stadtrat gewählt und vom September 1961 bis Oktober 1967 hatte er die Funktion des Geschäftsführenden Bürgermeister-Stellvertreters inne. Als stadträtlicher Finanz- und Personalreferent hatte er maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau der Stadt und dem Aufbau einer demokratischen Gemeindeverwaltung. Beide Ressorts vertrat er konsequent und vorausschauend. Durch eine überlegte Finanzpolitik gelang es ihm stets, den Einklang zwischen den Erfordernissen der Allgemeinheit und den zur Verfügung stehenden Mitteln herzustellen und vorausschauend gelang es ihm, eine wohlorganisierte, aber dennoch sparsame Verwaltung aufzubauen.

Darüber hinaus war Vizebürgermeister Schanovsky in verschiedenen Gremien

der Stadt engagiert tätig. So war er im besonderen langjähriger, ehrenamtlicher Vorstand der Sparkasse Steyr.

Als sich Bürgermeister-Stellvertreter Schanovsky im Oktober 1967 aus der Kommunalpolitik zurückzog, dankten ihm die Stadt und der Gemeinderat durch die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr.

Im Buch der Ehrenbürger der Stadt finden wir folgende Eintragung:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger erfolgt in Anerkennung der besonderen Verdienste des Herrn Johann Schanovsky als Personal- und Finanzreferent in den Jahren des Wiederaufbaues nach 1945, für seine überlegte Finanzpolitik, die stets die Durchführung aller notwendigen kommunalen Aufgaben ermöglichte, für den mit Umsicht vorgenommenen Aufbau der Personalstände der Gemeindeverwaltung und für seine steten Bemühungen als geschäftsführender Bürgermeister-Stellvertreter um das Wohl der Stadt Steyr."

Wir verabschieden uns, meine Damen und Herrn, von Herrn Direktor Schanovsky in der Feuerhalle am Montag um 14.00 Uhr. Der Gemeinderat unserer Stadt wird dem Verewigten stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ich danke für Ihre Kundgebung.

Wir kommen somit zu Punkt 3, zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier habe ich Ihnen einiges bekanntzugeben. Nun zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Nach der letzten Mitteilung des Arbeitsamtes Steyr für den Monat April 1987 sind 261 offene Stellen gemeldet, zum anderen sind 2.398 Arbeitslose vorgemerkt. Die sich daraus ergebende Stellenandrangsziffer von 9,18 ist für den Monat April bemerkenswert hoch. Im Vergleich dazu betrug diese Kennziffer im April 1986 6,46 und im April 4,64. Ende April waren ha. 1.457 Männer und 941 Frauen, gesamt also 2.398 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind gegenüber März 1987 um 489 oder 16,9 % weniger. Der stärkste Rückgang war erwartungsgemäß bei den Männern im Bauberiech zu verzeichnen, und zwar um 242 oder 48,8 % auf nun 254. Es fällt auf, daß bis auf wenige Ausnahmen (saisonbedingt im Fremdenverkehr) überall deutliche Rückgänge bei den Vorgemerktenzahlen zu verzeichnen sind. Etwas weniger gut ist der Monatsvergleich bei den Frauen: dort beträgt der Rückgang nur 56 oder 5,6 %, was aber ebenfalls auf die saisonbedingt im Fremdenverkehr) überall deutliche Rückgänge bei den Vorgemerktenzahlen zu verzeichnen sind. Etwas weniger gut ist der Monatsvergleich bei den Frauen: dort beträgt der Rückgang nur 56 oder 5,6 %, was aber ebenfalls auf die saisonellen Gegebenheiten zurückzuführen ist.

Weiterhin sehr schlechte Ergebnisse bringt der Jahresvergleich: es waren beim Arbeitsamt Steyr Ende April 1987 um 322 oder 15,8 % mehr Arbeitslose vorgemerkt als im Jahr zuvor. Unverändert ist auch die ungünstige Relation Männer zu Frauen: + 276 oder + 23,4 % stehen + 52 oder + 5,8 % gegenüber.

Bei den offenen Stellen ist gegenüber März nur eine unwesentliche Änderung von - 2 eingetreten, sodaß derzeit 261 Stellen gemeldet sind. Im Vergleich zum Vorjahr ist aber doch ein deutlicher Rückgang um 54 oder - 17,1 % zu verzeichnen. Da sich dieser Rückgang durch das gesamte Angebot zieht, dürfte die oben angesprochene resignative Haltung der Dienstgeber die Hauptursache sein.

Die Lage der Metallwirtschaft ist weiterhin sehr ruhig und unauffällig; die Verlängerung der Kurzarbeit in der Steyr-Daimler-Puch AG trägt wohl am meisten dazu bei. Wie sich die Situation ab Juli oder später abwickeln wird, kann jetzt noch nicht abgeschätzt werden.

Das Einsetzen der Bausaison hat in der Bauwirtschaft zu derzeit voller Auslastung geführt.

Soweit die Mitteilung über die Arbeitsmarktsituation in unserem Arbeitsamtbezirk, der ja nicht nur die Stadt Steyr umfaßt, sondern darüber hinaus die Gemeinden des gesamten Bezirkes Steyr-Land und 2 Gemeinden, nämlich Steinbach a. d. Steyr und Grünburg aus dem Bezirk Kirchdorf.

Zur Landesausstellung "Arbeit - Mensch - Maschine" eine kurze Mitteilung.

Ich glaube, es erübrigt sich, zu diesem Punkte weitergehende Ausführungen zu machen, weil sicher jedes Mitglied des Gemeinderates über die näheren Umstände ausreichend informiert ist. Die diesjährige Landesausstellung hat laut Mitteilung der Ausstellungsleitung jedenfalls bisher einen durchaus zufriedenstellenden Besuch zu verzeichnen. Während am Eröffnungstag - am 1. Mai - 3.500 Besucher zu zählen waren, sind in der Folge rund 1.000 Besucher täglich festzustellen. Erfreulich ist auch der Umstand, daß über die Stadtgrenzen hinaus die Landesausstellung "Arbeit-Mensch - Maschine" allgemein zu einem Gesprächsthema gemacht wurde und kürzlich der ORF im Österreichbild sich besonders mit der Ausstellung und dem Problemgebiet Wehrgraben befaßt hat. Dadurch werden die Sorgen der Stadt Steyr in das allgemeine Bewußtsein gerückt, was uns nur nützlich sein kann. Besonders erfreulich ist für uns der Umstand, daß die begleitenden Baumaßnahmen im Wehrgraben, die von der Stadt durchgeführt wurden, ausnahmslos ein positives Echo gefunden haben. Schon jetzt ist zu erkennen, daß die neue Verkehrsaufschließung über Schloßleitenweg und Steyrsteg zu einer Belebung dieses Altstadtbereiches führen wird. Ich möchte aber an dieser Stelle auch nicht verabsäumen, jenen Steyrer Bürgern einen besonderen Dank auszusprechen, die im Altstadtbereich Wehrgraben und Steyrdorf wohnen. Sie mußten in der letzten Zeit - bedingt durch die Baumaßnahmen und das zunehmende Verkehrsaufkommen - unvermeidbare Unannehmlichkeiten auf sich nehmen und wurde uns aus diesem Bevölkerungskreis - bis auf wenige Ausnahmen - auch das entsprechende Verständnis entgegengebracht. Besonders bedeutungsvoll erscheint mir auch der Umstand, daß es gelungen ist, kurz vor Ausstellungseröffnung die verunstaltenden Garagenobjekte im Inneren Wehrgrabenbereich zu entfernen. Auch hier danke ich den Betroffenen für das weitgehend vorhandene Verständnis und ich darf auch hier für die Zusammenarbeit den Steyr-Werken sehr herzlich danken. In den meisten Fällen ist es auch zu einvernehmlichen Lösungen gekommen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich noch mitteilen, daß eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft diese Ausstellung schon besucht haben. Alleine seitens der Bundesregierung waren bisher in Steyr anwesend Herr Univ.-Prof. Dr. Hans Tuppy, der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Bundesminister Dr. Hawlicek, Unterrichtsministerin, gestern war Bundesminister Foregger anwesend und hat sich die Ausstellung angeschaut. Selbstverständlich war auch Bundesminister Dallinger im Rahmen des Festes der Arbeit am Nachmittag des 1. Mai hier und hat die Ausstellung besichtigt. Darüber hinaus waren selbstverständlich viele Landespolitiker und Landesräte, an der Spitze natürlich der Herr Landeshauptmann, bei der Eröffnung der Ausstellung. Meine Damen und Herren, ich darf nun zur Verlängerung des Sonderförderungsabkommens für die Krisenregion Steyr doch auch eine kurze Mitteilung machen:

Ich habe an dieser Stelle schon mehrmals die Notwendigkeit, für die Krisenregion Steyr das Sonderförderungsabkommen wieder in Kraft zu setzen, hingewiesen. Aus mir nunmehr vorliegenden Unterlagen ist ersichtlich, daß die Bundesseite zum Beschluß betreffend das Sonderförderungsabkommen durchaus bereit ist, während auf der Landesseite eine Verzögerung erfolgt. Aus einer mir zugegangenen Unterlage kann ich entnehmen, daß die Stadtparteileitung der Österr. Volkspartei in ihrer Sitzung vom 17. 3. 1987 an den Bundesminister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Rudolf Streicher, einstimmig folgende Resolution beschlossen hat:

"Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir fordern Sie in aller Deutlichkeit und nachdrücklich auf, doch endlich die Verhandlungen mit der Oberösterreichischen Landesregierung hinsichtlich der Sonderförderung für die Krisenregion Steyr zum Abschluß zu bringen. Es ist uns völlig unverständlich, warum Sie ein im wesentlichen festgelegtes Ergebnis noch weiter verzögern. Die satzungsmäßig bekannte Situation der Steyr-Daimler-Puch AG und somit der

Region Steyr duldet einen weiteren Aufschub keineswegs!"

Der tatsächliche Sachverhalt ergibt sich am besten daraus, daß ich die Antwort des Herrn Bundesministers, die mir natürlich als zuständiger Funktionär der Stadt auch zugegangen ist, vom 6. 4. 1987 auf diese Resolution ebenfalls wörtlich zitiere:

"Zu Ihrem Schreiben vom 19. 3. 1987, das ich mit großer Verwunderung gelesen habe, darf ich folgendes festhalten:

Herr Landesrat Dr. Leibenfrost, den Sie offensichtlich als Quelle für Ihren Brief benutzen, scheint über wichtige Entwicklungen auf dem Gebiet der Regionalförderung nicht ausreichend informiert zu sein. Ich stelle fest:

1. Die Aufnahme der Region Steyr in das ERP-Sonderprogramm erfolgte durch Beschluß des Ministerrates am 16. 12. 1986.
2. Die Einbeziehung der Region Steyr in das Förderungsgebiet der gemeinsamen Sonderförderungsaktion für oberösterreichische Problemgebiete (100.000,-- Schilling Aktion) und der koordinierten Regionalförderung im Rahmen der Aktion zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Oberösterreichs wurde von meinem Ministerium rückwirkend mit 1. 1. 1987 Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost fernschriftlich am 4. Februar 1987 mitgeteilt. Eine Antwort des Landes Oberösterreich auf dieses Fernschreiben steht leider bis heute aus.

Ebenso steht im übrigen eine Stellungnahme von Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost zu dem Vorschlag des Bundes, für das Bundesland Oberösterreich eine gemeinsame Betriebsansiedlungsgesellschaft zu gründen, aus. Ich halte es für bedauerlich, daß Herr Landesrat Dr. Leibenfrost, wie es am 19.3.87 im "Neuen Volksblatt" zu lesen war, ganz offensichtlich die Post vom 4. Februar 1987 noch nicht studieren konnte. Ich darf Sie daher ersuchen, eine entsprechende Resolution, die auch den nunmehr mitgeteilten Sachverhalt berücksichtigt, Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost zu übermitteln."

Meine Damen und Herren, auch aus einem persönlich vor einiger Zeit geführten Gespräch mit Wirtschaftslandesrat Dr. Leibenfrost konnte ich entnehmen, daß tatsächlich keine Ratifizierung des Sonderförderungsprogrammes erfolgte. Ich glaube, daß man in dieser für unsere Stadt und darüber hinaus die gesamte Region wesentlichen Fragen von Schuldzuweisungen Abstand nehmen sollte und ein einheitliches Vorgehen unbedingt erforderlich wäre.

Es ist für mich befremdend, daß trotz bisheriger gemeinsamer Behandlung in den Gremien der Stadt die Österr. Volkspartei in dieser Frage den Alleingang wählte. Geschehenes kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, aber ich möchte den vorliegenden Sachverhalt doch zum Anlaß nehmen, dahingehend zu appellieren, daß die Stadt in Lebensfragen übergeordneten Landes- und Bundesdienststellen gegenüber geschlossen auftreten soll und hier jedes parteipolitische Opportunitätsstreben unangebracht ist. Ich erinnere daran, daß die Sozialistische Fraktion von Anfang an mit aller Kraft für die Fortsetzung des Sonderförderungsabkommens eingetreten ist und zum Unterschied zur ÖVP immer davon ausgegangen ist, daß als wesentliche Frage für die Weitergeltung des Sonderförderungsabkommens nicht der Prozentsatz der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze maßgebend ist, sondern das ausschließliche Beurteilungskriterien für das Vorliegen einer Krisensituation in der Höhe der Arbeitslosenrate liegt. Letztere liegt aber in unserer Region bedauerlicherweise erheblich über dem Durchschnittswert.

In diesem Zusammenhang erscheint mir auch die zwiespältige Haltung des Landes Oberösterreich betreffend die Errichtung einer oberösterreichischen Betriebsansiedlungsgesellschaft auffällig. Der Bundeskanzler und der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr haben dem Land Oberösterreich bis zu S 50 Mio. Bundesmittel für eine oberösterreichische Betriebsansiedlungsgesellschaft in Aussicht gestellt, falls das Land Oberösterreich einen Betrag in gleicher Höhe aufbringt. Oberösterreich wäre damit neben Kärnten das einzige Bundesland, das für diesen Zweck Bundesmittel erhält. Bedauerlicherweise war das Land Oberösterreich bisher nicht bereit, diesem

großzügigen Angebot zuzustimmen, was anbetrachts der angespannten Arbeitsmarktsituation politisch unverständlich ist. Aus Erfahrungen mit den wenigen neuen Betriebsansiedlungen in unserem Stadtgebiet wissen wir, welche eminente Bedeutung einer derartigen Betriebsansiedlungsgesellschaft zukäme. Die Stadtparteileitung der ÖVP wird es mir deshalb nicht übel nehmen, wenn ich ihr empfehle, in dieser Richtung beim Land zu intervenieren, anstatt sozialistischen Ministern Resolutionen zukommen zu lassen, bei denen die gestellten Forderungen schon erfüllt sind.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Mitteilung.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch mitteilen, daß mir am vergangenen Freitag von einer Gruppe, die sich Steyrer Initiative gegen Atomgefahren nennt, eine Unterschriftenliste zugegangen. Ich möchte mich jetzt in meinen Mitteilungen darüber nicht verbreitern. Wir werden aber im Rahmen der Aktuellen Stunde seitens der sozialistischen Fraktion dieses als unser Thema aufgreifen und dann in der Aktuellen Stunde näher auf das eingehen. Ich darf die Fraktionsobmänner der anderen Parteien in dieser Richtung bereits informieren und sich auch noch entsprechend vorbereiten. Damit sind die Mitteilungen des Bürgermeisters erledigt. Zu Punkt 4, zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3. Hier darf ich sagen, daß den Mitgliedern die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen zugegangen sind. Es haben also alle Gemeinderatsmitglieder diese Unterlagen erhalten und eine listenmäßige Aufstellung ist so wie immer der Einladung der Tagesordnung beigelegt.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und hier darf ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im ersten Antrag geht es um die Gewährung von Subventionen an 40 Steyrer Sportorganisationen. Die Steyrer Sportvereine erhalten alljährlich aufgrund der im Jahre 1984 erstellten Subventionsliste Barsubventionen zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes. Für die Bemessung der Höhe der Subventionen sind weitgehend die Mitgliederzahlen, natürlich die sportlichen Aktivitäten im Breiten- und Spitzensport, die Wettkampferfolge sowie die Nachwuchsarbeit der Vereine herangezogen worden. Ich darf Sie bitten, nachfolgenden Antrag des Stadtsenates zu beschließen:

1) Ha - 1640/87

Gewährung von Subventionen an
Steyrer Sportvereine im Jahr 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die nachstehend angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahr 1987 die in der Folge angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von

S 658.000,-- (Schilling sechshundertfünzigtausendacht) gewährt. Der genannte Betrag wird bei der VSt. 1/2690/757000.9 freigegeben.

Allgemeiner Turnverein	S 28.000,--	
Alpenverein, Ortsgruppe Steyr	S 17.000,--	
Angelsportverein	S 3.000,--	
ARBÖ, Ortsgruppe Steyr	S 30.000,--	
ASKÖ Freizeitklub Resthof	S 4.000,--	
ASKÖ Kegelsportklub	S 6.000,--	
ASKÖ Magistratssportverein	S 5.000,--	
ASKÖ Minigolfklub	S 4.000,--	S 97.000,--

Übertrag	S 97.000,--
ASKÖ Modellflieger	S 3.000,--
ASKÖ Schibobklub	S 3.000,--
ASKÖ Schiverein	S 11.000,--
ASKÖ Windsurfklub	S 5.000,--
ASKÖ Stocksützen Waldrandsiedlung	S 3.000,--
ASKÖ Tabor	S 6.000,--
ASKÖ Tischtennisclub	S 3.000,--
ASKÖ Volleyball	S 4.000,--
ASV Bewegung	S 23.000,--
ATSV Stein	S 12.000,--
ATSV "Vorwärts" Steyr	S 130.000,--
Casting Club	S 1.500,--
Eisenbahnersportverein Steyr	S 2.500,--
Heeressportverein Steyr	S 7.000,--
Kajak- und Segelsportverein Forelle	S 24.000,--
Motor-Sport-Club	S 5.000,--
Naturfreunde, Ortsgruppe Steyr	S 44.000,--
O.Ö.A.M.T.C., Ortsgruppe Steyr	S 10.000,--
Polzeisportvereinigung	S 8.000,--
Reitklub	S 5.000,--
Ruderverein 1888	S 8.000,--
Schiklub-Steyr-Musica	S 15.000,--
Schützengesellschaft	S 7.000,--
SK Amateure	S 65.000,--
SK Vorwärts	S 61.000,--
Sportflieger	S 12.000,--
Steyr-Fiat-Team	S 2.000,--
Tauchsportclub	S 4.000,--
Turn- und Sportunion	S 26.000,--
ASKÖ Bezirksorganisation	S 17.000,--
ASVÖ Bezirksorganisation	S 17.000,--
UNION Bezirksorganisation	S 17.000,--
	<u>S 658.000,--</u>

VICEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine Wortmeldung dazu? Herr Gemeinderat Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Lieber Gemeinderat!

Uns ist vollkommen klar, daß Sportvereine Zuwendungen von öffentlicher Hand benötigen. Die Zuwendungen werden dann vergeben nach den Aktivitäten, nach dem Breitensport und Spitzensport sowie Wettkampferfolg und Nachwuchsarbeit sowie nach den Mitgliederzahlen. Ich machte mir die Mühe und blickte in den Vereinskataster ein, ob es sämtliche Vereine noch gibt und ich mußte mit Erstaunen feststellen, daß es einen Motor-Sport-Club laut Vereinspolizei nicht gibt in Steyr. Diesen Motor-Sport-Club wurde eine Zuwendung von S 5.000,-- hier im Amtsbericht zugewiesen oder wird zugewiesen werden. Ich frage mich, warum solche Fehler passieren. Wird hier zu wenig nachgesehen oder ist hier eine Liste aus vergangenen Jahren beigelegt worden. Mir ist es natürlich nicht möglich, einem Subventionsansuchen die Zustimmung zu geben, wenn ein Teil dieser Subvention an den Motor-Sport-Club gegeben wird, den es gar nicht gibt.

VICEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Frage bzw. eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich möchte das aufklären. Es gibt sicher einen Motor-Sport-Club in Steyr. Dieser veranstaltet ja laufend Sportveranstaltungen und wir werden auch dazu laufend eingeladen. Da gibt es sogar ein Mitglied davon, Herr Kollege Eichhübl hat eine Mitgliedskarte. Ich kann mir nur vorstellen

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es kann aber der Motorrad-Sport-Club sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist also durchaus denkbar, daß unter Umständen der Verein durch ein Versehen bei der Vereinsbehörde nicht gemeldet ist, dann wird er aus dieser Liste natürlich herausgestrichen. Das passiert unter Umständen immer wieder. Wir werden immer darauf aufmerksam gemacht. Wir werden Ihren Hinweis natürlich vor Auszahlung dieser Subventionsliste nochmals überprüfen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, der Herr Bürgermeister hat die Sache aufgeklärt, ich kann ebenfalls bezeugen, daß dieser Verein mich laufend zu Veranstaltungen einlädt.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich würde bitten, daß man, bevor diese Subvention ausbezahlt wird,

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das habe ich bereits gesagt, daß dies vor Auszahlung nochmals überprüft wird.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand als Zustimmung. Wer ist gegen den Antrag oder enthält sich der Stimme. 1 Stimmenthaltung, somit beschlossen. (1 Stimmenthaltung: GAL)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Sportklub Vorwärts ist mit dem Ersuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention anläßlich der Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne an die Stadt Steyr herangetreten und begründet unter anderem dieses Ansuchen wie folgt: Der Verein hat im Vorjahr eine überdachte Sitzplatztribüne mit einem Kostenaufwand von insgesamt S 4,737.544,-- errichtet. Aufgrund des vorliegenden Finanzierungsplanes wurde seitens der Stadt Steyr 1986 bereits eine Subvention in Höhe von S 1 Mio. gewährt und für 1987 eine weitere Subvention in derselben Höhe in Aussicht gestellt. Ich glaube, ich brauche mich hier nicht verbreitern, die näheren Details sind den Mitgliedern des Gemeinderates bekannt. Ich möchte mich daher auf die Verlesung des Antrages beschränken.

2) Ha - 6544/87

SK Vorwärts Steyr; Ansuchen
um Gewährung einer außerordentlichen Subvention

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 14. 1. 1987 wird dem SK Vorwärts Steyr zur Errichtung einer überdachten

Sitzplatztribüne eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 1 Mio. gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (Schilline einemillion)
werden bei der VSt. 5/2624/777000.5 freigegeben.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir haben den Antrag gehört. Werden dazu Wortmeldungen gewünscht? Keine Wortmeldungen. Wenn sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Wer ist dagegen oder enthält sich der Stimme. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Der nächste Antrag bitte.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um die Umwidmung von Grundstücken zur Errichtung einer Sport- und Freizeitanlage im Resthof. Es handelt sich dabei um die inzwischen durch Vermessung ausgewiesene Grundfläche 608/9 im Ausmaß von 5000 m², (hier soll das Sport- und Freizeitzentrum Glaser errichtet werden) und 608/10 im Ausmaß von 4.529 m² (dort soll eine ASKO Freizeitanlage errichtet werden sowie 608/11 im Ausmaß von 4.483 m² (auf dieser Fläche soll eine Spielanlage der Stadt errichtet werden). Ich darf den Antrag verlesen:

3) OAG - 2409/87

Sport- und Freizeitanlage Resthof;
Rückkauf von Grundstücksteilen,
Grundstück 608/2 KG Gleink durch
die Stadtgemeinde Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der teilweisen Auflösung des mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr abgeschlossenen Kaufvertrages vom 27. Nov. 1979 hinsichtlich der im Lageplan des Dipl.-Ing. Mayrhofer, GZ. 6462/87, vom 2. 3. 1987 ausgewiesenen Grundstücke 608/9, 608/10, 608/11, 608/12 u. 608/13, EZ. 2415, KG Gleink, im Gesamtausmaß von 15.527 m² unter Rückübereignung derselben an die Stadt Steyr wird zugestimmt. Der Grund für diese Maßnahme ist in der Umwidmung dieser Grundflächen gelegen, weshalb die Stadt der GWG auflaufende Kosten, insbesondere die zu bezahlende Grunderwerbsteuer zu ersetzen und auch die übrigen Kosten der Vertragserrichtung und Durchführung zu übernehmen hat.

In diesem Zusammenhang wird auch der Übernahme der Parzelle 608/13 und der aus dem Grundstück 1783/8 gebildeten Grundparzelle 1783/10 als Erweiterungsfläche für eine Gemeindestraße in das öffentliche Gut zugestimmt.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Herr Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Dem vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, auf teilweise Auflösung des mit der GWG abgeschlossenen Kaufvertrages vom 27. 11. 1979 hinsichtlich der im Amtsbericht ausgewiesenen Grundstücke im Gesamtausmaß von 15.527 m² werden wir mit Vorbehalt zustimmen. Zustimmen deshalb, weil das Sport- und Freizeitzentrum des Herrn Glaser sicherlich eine gewünschte Freizeiteinrichtung darstellt. Außerdem sind 4.483 m² für eine Spielanlage der Stadt vorgesehen. Wie ich im Finanz- und Rechtsausschuß von Herrn Bürgermeister gehört habe, ist ein Ballspielplatz, also ein Fußballplatz, der für alle frei zugänglich ist, ohne daß man Vereinsmitglied sein muß, geplant. Ich bin auch der Meinung, wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, daß die Privatinitiative des Herrn Glaser der Stadt nicht unerhebliche Kosten spart, denn Eigeninitiative der Bürger, meine Damen und

Herren des Gemeinderates, ist wichtig und man sollte sie fördern. Wenn aus dem Amtsbericht weiter hervorgeht, daß beabsichtigt ist, an dieses Grundstück dem ASKÖ ein weiteres im Ausmaß von 4.529 m² für die Errichtung mehrerer Asphaltbahnen - die Rede ist von drei - mit einer Gerätehütte zur Verfügung zu stellen - ich habe auch dieses Problem in der Debatte im Dezember vorigen Jahres bzw. im Finanz- und Rechtsausschuß vorige Woche hingewiesen - gebe ich nochmals die Lärmbelästigung, verursacht durch das Stockschießen trotz Lärmschutzwall zu bedenken. Ich kenne zwar den Lärm, der verursacht wird durch das Stockschießen, Eislaufplatz, Polizeisportverein, ich bin aber leider kein Besitzer eines Stockes, um Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, das Kleschen hier im Gemeinderatssaal vorführen zu können. Von den rund 3.500 Einwohnern des Resthofes werden ja die Stockschiützen eine geringe Minderheit sein, während die Belästigung trotz Lärmschutzwall sehr sehr viele Familien treffen wird. Danke.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Nach den notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen im Resthof ist endlich die letzte Etappe erreicht. Nach den Bedürfnissen wie schlafen und essen soll jetzt eine weitere Möglichkeit der Freizeitgestaltung eingerichtet werden, derzeit neben der Minigolfanlage und der BMX-Bahn für die Jugendlichen. Die auch von der ÖVP mitbeschlossene Freizeitanlage Resthof soll endlich entstehen. Mitbeschlossen deshalb, weil das Steyrer Entwicklungskonzept auch von der ÖVP akzeptiert wurde. Hier soll hinter einem großflächigen Kinderspielplatz in der Nähe der Infangstraße neben einem Kegelzentrum auch eine Asphaltbahn für Stockschiützen errichtet werden. Diese Anlagen werden durch zwei Lärmschutzwälle von den Wohnbereichen getrennt. Daß durch diesen Sport eine Lärmbelästigung auftritt, kann man nicht abstreiten. Aber dieser Lärm wird sehr gering sein, da die Wetterlage im Resthof eine Ost-West- bzw. eine West-Ost-Richtung hat, die Wohnbauten im Süden dieser Anlage liegen. Das gelegentliche Klacken der Stöcke ist sicherlich bei weitem nicht so laut wie der Autos oder gar der Mopeds. Die Bildung der Lärmschutzwälle bringt übrigens im Winter den Vorteil, daß die Kinder ihre Schlitten und Schier benutzen können. Es ist auf jeden Fall sinnlos, eine Sportstätte zu errichten, die keine Anhänger findet. Es ist daher sinnvoll, eine Sportanlage zu erbauen, für die sich bereits Aktivisten gefunden haben. Hier bietet sich der ASKÖ Resthof mit derzeit 30 Stockschiützen an. Einer Sportlergruppe muß man eine Heimat geben, sonst bricht sie auseinander. Ich habe mich bereits mit betroffenen Bewohnern in Verbindung gesetzt. Grundsätzlich haben dort wohnenden Mieter nicht unbedingt gegen die Freizeitanlage mit Asphaltbahnen etwas einzuwenden. Eventuelle Lärmbelästigungen sollen gemeinsam beseitigt werden. Wir werden dort Tests veranstalten, sodaß die Mieter dort auch mitbekommen, ob sie sich gestört fühlen oder nicht. Wenn Kollege Spöck von Initiativen von Privatpersonen spricht, so muß ich feststellen, daß Eigeninitiativen von Vereinen nicht begrüßenswert sind offensichtlich. Wie Kollege Spöck am vergangenen Freitag im Cafe Cristiane bereits vermerkte, daß er diese Anlage unbedingt verhindern will, äußerte ein dort Anwesender, daß es ihn freue, endlich eine Sportstätte vor der Haustür zu haben. Der Verdacht ist nicht auszuschließen, daß er den Resthof zu einer Schlafstadt umfunktionieren will. "Resthofer geht schlafen, seid ruhig und Eure Freizeit verbringt Ihr bitte wo anders."

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch Wortmeldungen? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht ins gleiche Horn blasen. Ich glaube der Antrag für das Sportzentrum Resthof ist der nächste und nicht dieser. Mir geht es vor allem darum, daß hier ein Grundstück von der Stadtgemeinde angekauft worden ist, um dort Wohnungen zu errichten. Jetzt wird dieses angekaufte Gebiet wieder verkauft, um eine Infrastruktur zu schaffen, die die Stadtgemeinde schon längst hätte schaffen müssen. Außerdem geht es in diesem Antrag auch darum, daß eine Grundregulierung an die Firma Sommerhuber entstehen soll. Es ist doch so, daß in einem Wohngebiet eine Industrieanlage im Prinzip keine Berechtigung hätte. Von der Wohnplanung her hätte man schon vorher sorgen müssen, daß in diesem Bereich eine so große und sehr expansivträchtige Firma sich etwas weiter unten ansiedelt oder auch auf der anderen Seite der Resthofstraße.

ZWISCHENRUF BURGERMEISTER SCHWARZ:

In Dietach wahrscheinlich oder in Wolfert.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Auf der anderen Seite der Ennsner Straße sind eine Menge Betriebe jetzt in Bau. Warum hat man nicht schon früher auch diese Firma auf die andere Seite gegeben. Für mich ist es eine Frage, wenn die Stadtgemeinde Gründe, die für Wohnungszwecke angeschafft wurden, verkauft. Hat die Stadtgemeinde kein Geld mehr, muß sie bereits diese Gründe zu Schleuderpreisen weitergeben. Dieser Grund wurde um S 360,-- pro m² angekauft und um S 350,-- wieder weiterverkauft. Der Ankauf erfolgte vor ca. 5 Jahren. Ich wundere mich doch sehr bei dieser großen Wohnungsnot, wie ich immer höre im Wohnungsausschuß, daß man jetzt beginnt, Gründe, die zur Wohnraumschaffung gekauft wurden, abzustoßen, um dann in der Folge einem Privaten die Möglichkeit zu geben, dort ein Sportzentrum zu erbauen, daß wahrscheinlich nicht alle Resthofer benützen können. Die Stadtgemeinde hätte wirklich die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß jeder, und wie wir im vorhergehenden Antrag gehört haben, der Breitensport ist der Stadtgemeinde wichtig, dort mitwirken kann und nicht dann daran gebunden ist, daß Eintrittspreise, Verleihgebühren für irgendwelche dazugekommenen Sachen verlangt werden von einem Privaten, der natürlich einen Gewinn dieser Sportanlage sehen wird. Diese rein wirtschaftliche Überlegung, diesen Grund zu verkaufen, hat wahrscheinlich auch schwerwiegende Folgen für unsere Jugend im Resthof. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß die Jugend im Resthof ja schon durch die Bauweise der dort vorhandenen Häuser enorm gefährdet ist. Dieser ausreichende Beton macht natürlich bei den Jugendlichen extreme Schwierigkeiten, so daß es immer wieder zu kriminellen Taten kommt. Der Vandalismus ist eine Frage von der Erziehung, dem Aufbau des Jugendlichen. Wenn man heute hergeht und den Freiraum der Jugendlichen schon jetzt wieder mit einem neuerlichen Projekt einschränkt, wenn man wieder versucht, den Jugendlichen keine Möglichkeit zu geben, eine Freizeitgestaltung zu haben, die eben mehr grün ermöglicht.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HELMUT ZAGLER:

Das ist kein Pornokino, daß für Jugendliche verboten ist.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Gemeinderat Zagler, es hat niemand von einem Pornokino gesprochen. Ich weiß nicht, wie Sie auf das kommen. Für mich ist das natürlich auch eine Frage, daß der sozial schwächere bei einer sozialistisch dominierenden Stadtgemeinde immer daraufzahlen muß, da frage ich mich, wie weit sind die Sozialisten noch bei ihrem Standpunkt, den sozial schwächeren zu helfen. Eine Sportanlage, wo sozial schwächere ausgeschlossen werden, finde ich für eine sozialistische Stadt als untragbar. Ich fordere daher, daß man

versucht, das neu zu überdenken, in den Bauausschuß zurückzugeben, wo es ja nicht war. Man braucht es ja nicht in den Bauausschuß geben. Man könnte ja auch, Probleme die in Zukunft an die Stadtgemeinde, an die Bevölkerung herantreten, hier im Bauausschuß vorher behandeln und besprechen. Es ist auch für mich eine Frage, wenn hier in diesem Antrag, der wahrscheinlich einen Kinderspielplatz einmal vorsehen wird, dann in einem Größenausmaß vertreten sein wird, der für eine so große und breite Bevölkerungsschicht einfach zu gering sein wird. Außerdem ist es ja so, daß im nächsten Antrag drinnensteht, der Kinderspielplatz wird gebaut werden. Für mich die Frage, wann wird er gebaut.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Holub bitte.

VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

Geschätzte Kollegen, zum letzten Einwand, daß der Kinderspielplatz gebraucht werden wird, so liegt es in der Natur der deutschen Sprache, daß man Dinge, die in Zukunft geschehen, sprachlich mit Zukunftsformen ausdrücken muß. Daher müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es sprachlich richtig ist, wenn drinnensteht: "es wird gebaut werden". Es kann nichts anderes drinnenstehen, weil zur Zeit er ja noch nicht gebaut wird und auch in der Vergangenheit auch bis jetzt noch nicht gebaut wurde. Hier ist die Zukunftsform die einzig zulässige.

Die Situation, die Kollege Spöck angezogen hat, möchte ich noch ein bißchen untermauern. Grundsätzlich sind wir von der ÖVP-Fraktion der Meinung, daß in Anbetracht der geänderten Planungsabsichten der Stadt, nämlich auf dem Areal eine Freizeitanlage zu errichten, daß wir zustimmen können, daß die Stadt von der GWG den Grund rückerwirbt. Daß die Stadt das mangels bisheriger Bezahlung zu den gleichen Konditionen wie bisher machen kann, ist auch eine legitime Sache, dagegen läßt sich auch nichts sagen. Es wäre ja unsinnig, zu verlangen, von der GWG eine Verzinsung einzusetzen für etwas, das noch nicht bezahlt wurde. Soweit sind die Dinge also klar. Was die grundsätzliche Willensübereinstimmung im Entwicklungskonzept betrifft, so ist es wohl richtig, es handelt sich um eine grundsätzliche Willensübereinstimmung, daß man der Formulierung im Entwicklungskonzept folgen kann, daß im Resthofbereich eine Freizeitanlage notwendig ist. Im letzten Finanz- und Rechtsausschuß haben wir ja auch eher sehr einmütig festgestellt, daß es ja vor den vorvergangenen Gemeinderatswahlen sogar schon eine Projektausstellung gegeben hat über die Freizeitanlagen im Resthof. Die Dinge entwickeln sich oft anders und die nunmehrige Freizeitanlage Resthof hat mit der im Jahr 1979 präsentierten nur mehr den Namen gemeinsam. Das muß schon als ernsthaftes Wort aufgefaßt werden. Ernsthaft muß auch aufgefaßt werden das Bedenken mit den Stockschützen und ich glaube, daß gerade Deine Wortmeldung, Kollege Rohrauer, nicht gerade angetan war, die Bedenken zu zerstören. Wenn ich mir vor Augen halte, daß man Grund im Einstandwert damals von S 1,6 Mio. - ein paar Rundungsschillinge sind da auch noch dabei - für 30 aktive Sportler, die noch dazu Lärm machen, mitten im Wohngebiet zur Verfügung stellen, so glaube ich, daß das eine Maßnahme ist, die heute noch nicht beschlußgegenständlich ist, weil ja die Grundübereignung an den ASKÖ Resthof noch nicht erfolgt. Aber es sollten dennoch Bedenken dazu angemeldet werden, daß es unserer Meinung nach sehr wohl eine trefflichere Freizeitnutzung gäbe, als die vorhandenen Grünflächen mit Asphalt pflegeleicht zu gestalten. Die Sache ist nicht so, daß man jetzt endlich den heißersehten Wunsch von annähernd 100 % der Steyrer Bevölkerung nachkommen könnte, daß im Resthof endlich 30 Sportler mit Eisstockgeräten Lärm erzeugen können, sondern es ist vielmehr dazu da, daß man sich ein persönliches Denkmal errichtet und dagegen habe ich etwas. Ich glaube, daß ich da für alle Kollegen aus meiner

Fraktion sprechen kann. Abzuleiten, weil man gegen den Stocklärm ist und dafür den Resthof zur Schlafstadt widmen will, ist so an den Haaren herbeigezogen, daß ich in der Tat kein vernünftiges Wort darauf weiß. Ich müßte mich auf das gleiche Niveau begeben und dazu erkläre ich mich durchaus nicht bereit. Ich möchte auch nicht Wetterprognosen abgeben und kommentieren, ob dort Ost- oder Westwind vorherrscht. Fest steht, daß meiner Meinung nach die Nutzung als Asphaltbahn jedenfalls nicht zweckmäßig und jedenfalls nicht in einer ordentlichen Raumplanung in einem dicht verbauten Wohngebiet hineinpassen könnte, selbst wenn Erdwelle und Hochbauten einer Sportanlage lärmhemmend sein könnten. Man kann den Kollegen der sozialistischen Fraktion jetzt schon sagen, daß, wenn es um die Grundweitergabe an die ASKÖ gehen wird, sicherlich nicht mit der Zustimmung der Österr. Volkspartei zu rechnen sein wird, nicht etwa deshalb, so wie es schon einmal gesagt worden ist, weil es ein ASKÖ-Verein ist, sondern vor allem deshalb, weil der Vereinszweck meiner Meinung nach bevölkerungsstrategisch im Resthof fehl angesetzt ist und man sicherlich nicht bei jedem Unsinn mitmachen muß. Zum vorliegenden Antrag geben wir unsere Zustimmung.

Herr Stadtrat Rudolf Pimsl nimmt ab 14.55 Uhr an der Sitzung teil.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung; Herr Gemeinderat Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nochmals ganz kurz meine Bedenken Kollege Rohrauer. Der Kollege Holub hat ja das schon ausgeführt. Ich bin nicht gegen das Sportzentrum. Ich weiß, es ist ganz wichtig aufgrund der Infrastruktur des Sportzentrums im Resthof. Es ist mir um die Lärmbelästigung gegangen, um die Lärmbelästigung durch die Stockschiützen. In der angesprochenen Veranstaltung im Cafe Christiane von rund 30 Teilnehmern war einer da und der dürfte der Informant von Ihnen gewesen sein. Dieser hat gesagt, er möchte das Sportzentrum auch die Stockschiützenbahnen vor der Haustür haben. Aber die übrigen waren sicherlich negativ dazu eingestellt.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich bitte den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich in meinem Schlußwort darauf beschränken, daß wir gemeinsam ein Entwicklungskonzept beschlossen haben, in dem die sportlichen Infrastrukturen, Sportstättenbauten für einzelne Stadtteile grundsätzlich vorgesehen sind. Wir sind diesen Weg schon auf der Ennsleite gegangen, auch im Münichholz sind einige solche Anlagen, kürzlich sind im Wehrgraben solche Anlagen entstanden und in einem neuen Stadtteil, dem Resthof, soll nunmehr eine Ergänzung in dieser Form vorgenommen werden. Zu Kollege Ramoser: Hier möchte ich sagen, warum diese Infrastruktur noch nicht errichtet wurde. Das war ja der Vorwurf. Wir bemühen uns immer wieder, die Wünsche, die vorgetragen werden auch bei den Infrastrukturen zu berichtigen. Hier gab es eine ganze Reihe von Stadtteilgesprächen. Es wurde in den verschiedenen Fraktionen diskutiert über die Art und über die Möglichkeiten, die man gestalten kann und letztlich, so glaube ich, ist das Ergebnis, das jetzt zustande gekommen ist, das Ergebnis eben dieser Diskussionen. Das heißt, daß die Bevölkerung doch die Möglichkeit gehabt hat mitzuwirken. Ich möchte mich dagegen verwahren, daß man sagt, daß es nur bestimmte Teile der Bevölkerung gibt, die mitreden dürfen und beispielsweise eine ASKÖ-Vereinigung oder eine ASKÖ-Organisation nicht der Bevölkerung angehört, so ist es nämlich in der Diskussion herausgekommen. Das ist nicht der Fall. Das ist genauso ein Teil der Bevölke-

rung, der Menschen, die dort leben und die auch ihre Wünsche vortragen können. Zur Firma Sommerhuber: Das war eine grundsätzliche Aussage, Herr Ramoser, und wir sind sehr froh, daß wir diesen gesunden und guten Betrieb hier in Steyr haben. Wir sind auch sehr froh, daß wir ihn in Steyr behalten konnten. Es ist nämlich gar nicht so einfach für so einen Betrieb, einen entsprechenden Standort zu finden. Es waren viele Diskussionen notwendig und die Firma war nahezu schon so weit, daß sie in eine andere Gemeinde übersiedelt. Das kann doch auch nicht in Ihrem Interesse Herr Ramoser liegen. Andere Möglichkeiten haben sich dort nicht ergeben, wir sind auch nicht sehr bestückt mit den Grundflächen. Ich glaube, daß dieser Betriebsstandort, der praktisch von der GFM weg doch eine gewisse Schutzzone auch gegenüber dem Verkehr darstellt. Zu den Kinderspielflächen darf ich sagen, daß der Kinderspielfeld, der im Zuge dieser Sportstätte geplant ist. Dieser Kinderspielfeld soll eine sogenannte "Ballesterer Wiese" werden, wo die Buben richtig Ball spielen können, ohne daß sie sich um irgendetwas kümmern. Wir haben jetzt für die kleinen Kinder in der Regel in den Höfen entsprechende Spielanlagen. Die sollen ja nicht wegkommen. Aber es fehlt in einem so großen Stadtteil diese Wiese, diese Fußballwiese für die Buben. Zur Asphaltbahn darf ich sagen, daß es nicht so ist, daß diese Asphaltbahn - das ist bei allen Organisationen so, auch bei ÖVP-nahestehenden ist es so - nur von Mitgliedern benützt werden kann, sondern es können sich andere auch beteiligen. Ich bitte hier also nochmals um die Zustimmung und ich möchte hier auch - das darf ich auch im Namen von Kollegen Rohrauer sagen - daß es sich hier um eine breite Diskussion handelt und sicherlich nicht um die Errichtung eines persönlichen Denkmals, wie es ja auch zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Eine Gegenstimme. Enthaltungen gibt es keine. Der Antrag ist beschlossen. (1 Gegenstimme: GAL)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Verkauf eines Grundstückes an Herrn Helmut Glaser. In der Diskussion ist ja schon einiges hier eingebracht worden. Ich glaube, ich kann mir die Erläuterungen, die im Amtsbericht angeführt sind, ersparen und ich möchte den Antrag zur Verlesung bringen:

4) Sport-5886/84

Sportzentrum Resthof; Verkauf
eines Grundstückes an Herrn
Helmut Glaser

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des städtischen Grundstückes 608/9 Kat. Gem. Gleink im Ausmaß von 5.000 m² an Herrn Helmut Glaser, Steyr, Arbeiterstraße 41, zum Zwecke der Errichtung eines Kegelsport- und Squashzentrums mit Sauna, Konditions- und Nebenräumlichkeiten zum Preis von S 350,--/m², demnach um S 1.750.000,--, wird zugestimmt. Der Kaufpreis ist in 10 gleichen Jahresraten von S 175.000,-- beginnend ab Vertragsabschluß zu entrichten, wobei diese Raten unverzinslich, jedoch gegen Vereinbarung einer Wertesicherung nach dem Verbraucherpreisindex, zu bezahlen sind. Der Restkaufpreis ist auf dem Kaufobjekt pfandrechtlich sicherzustellen, wobei allfälligen Investitionsdarlehen ein bürgerlicher Vorrang zugesichert wird. Die Kosten der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages hat der Käufer zu tragen. Er hat sich gegenüber der Stadt zu verpflichten,

die erwähnten Baulichkeiten innerhalb von 5 Jahren zu entrichten und den Betrieb seines Sport- und Freizeitzentrums aufzunehmen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Die im Amtsbericht erwähnten Förderungsmaßnahmen werden grundsätzlich genehmigt, bleiben jedoch hinsichtlich ihrer Höhe einer eigenen Beschlußfassung vorbehalten.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Diskussion darüber wurde leider vorgezogen und der vorliegenden Akt schon von den beiden Großparteien abgewickelt. Für mich steht auf diesem Akt Sportzentrum Resthof und darum möchte ich zu diesem Punkt jetzt meine Bedenken äußern. Es wird hier immer gesprochen, daß die Bevölkerung so großartig informiert wurde. Ich frage Sie, Herr Bürgermeister, wie weit wurde die Bevölkerung im Resthof informiert, daß dieses Sportzentrum errichtet wird? Wann hat die Stadtgemeinde die Bedürfnisse der Bewohner des Resthofes eingeholt und was ist aus diesem Ergebnis herauszulesen? Wird das Projekt, wenn es gebaut werden sollte, den angrenzenden Mietern, die ja keine Parteienstellung haben, vorgestellt. Wie gedenken Sie, die Zufahrt und Parkmöglichkeit in diesem Raum zu schaffen, das Durchfahren durch den Resthof wird für viele Bewohner des Resthofes eine neuerliche Lärmbelästigung bringen. Wenn dies alles mit den Bewohnern des Resthofes abgesprochen worden ist, dann glaube ich, daß man hier herinnen ausführlich diskutieren soll. Ich finde es nicht gut, wenn das ohne Zustimmung der Bewohner des Resthofes gemacht wird. Ich möchte nur sagen, daß die Lärmbelästigung genau dieses Stadtteiles vielleicht die höchste ist in ganz Steyr. Nördlich führt die Ennser Straße - eine sehr stark befahrene Straße wie Sie alle wissen - durch. Wahrscheinlich wird auch die Nordspange kommen mit einer Einbindung kurz nach dem Resthofzentrum, eine neuerliche Lärmbelästigung. Inzwischen gibt es auch noch die Firma Sommerhuber, die auch emittiert. Die Firma Sommerhuber und etwas nördlicher die GFM liegen in einem Wohngebiet mit ca. 10.000 Leuten. Ich frage mich, wenn man in diesem Bereich, in dieser Lärmquelle ein Sportzentrum errichtet, was man überhaupt damit bezweckt. Diese Leute können sich sicher nicht durch die Sportbetätigung entlasten von dem Streß, den sie mit nach Hause nehmen. Ich finde, die Sportanlage gehört in einen Raum, wo sich der Mensch erholen, entspannen und zugleich vergnügen kann. Es genügt nicht, wenn man zwischen den Häusern eine Sportanlage baut, womöglich dann noch mit einer zusätzlichen Lärmbelästigung. Man baut natürlich dann, weil die Lärmbelästigung so hoch ist, Schutzwälle, damit nur die ersten zwei bis dreistöckigen Bewohner des Resthofes den Lärm nicht hören, derjenige im 4. oder 5. Stock hat dergleichen Lärm. Außerdem steht in diesem Amtsbericht was die Rechtsform der Überlassung betrifft, war dies Gegenstand langer Beratungen, wobei Baurecht und Kauf zur Debatte standen. Liebe Gemeinderäte, ich muß Ihnen sagen, mit mir wurde nie darüber geredet. Wahrscheinlich wurden mit ÖVP und SPÖ Gespräche geführt, aber von langen Beratungen weiß ich nichts. Es ist eine andere Sache, wenn man einem Privaten ein so großes Bauwerk zumutet. Mir steht es sicher hier nicht zu, darüber zu sprechen, ob die finanzielle Möglichkeit der Firma Glaser so groß ist, dieses Sportzentrum zu errichten. Doch ich gebe zu bedenken, daß nur der Kaufpreis alleine S 2 Mio. sind. Also dieser Mann muß sehr finanzkräftig sein oder einen Geldgeber bei der Volksbank sitzen haben, damit man das finanzieren kann. Was die Stadt der Firma Glaser noch zusätzlich versprochen hat, das möchte ich noch kurz vorlesen: Was die wei-

teren Förderungsmaßnahmen anlangt, kam in den Verhandlungen mit Glaser zum Ausdruck, daß das Sportzentrum einem Gewerbebetrieb, an welchem die Gemeinde großes Interesse hat, gleichgestellt werden soll. Das heißt, ein zusätzlicher Betrieb mit Gastgarten und Buffett - ein Gasthaus - eine neuerliche Lärmquelle, wahrscheinlich so angebracht, daß eben die Sportler dort bis in die späten Abendstunden spielen und im Sommer dann noch ihr kühles Bier trinken. Ich glaube, daß dort oben, wo so viele Leute auch schlafen müssen, es wirklich Probleme geben wird und ich werde Sie zu einem späteren Zeitpunkt daran erinnern, wie schwierig es sein wird, diesen Gasthausbetrieb weiter zu führen. Außerdem wurde Glaser in Aussicht gestellt, die öffentlichen Gebühren für den Kanalanschluß sowie die Anliegerleistungen für die Straßen- und Gehsteigerherstellung im Wege von Subventionen aus der Sportförderung zu vergüten. Hierüber ergehen noch im konkreten Fall, wenn diese Abgaben zur Vorschreibung gelangen, noch die besonderen Beschlüsse. Ich frage Sie, warum wird einem Privaten so viel von der Stadtgemeinde gegeben, damit er das Sportzentrum im Resthof errichten kann. Es wäre doch für die Stadtgemeinde unbedingt erforderlich, diese Sportanlage so zu errichten, wie sie Bürgermeister Schwarz gerade zuvor vorgestellt hatte, einen Spielplatz, wo sich Kinder und Jugendliche austoben können, wo sie ein Freizeitvergnügen haben. Das sehe ich als Aufgabe der Stadtgemeinde. Genau in diesem Bereich sollte mehr gearbeitet werden. Danke.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Ich melde mich jetzt nicht etwa zu Wort, um den Drang meines Arbeitgebers nachzukommen, daß ich feststellen sollte, daß ich nicht bei der Volksbank, sondern bei der Volkskreditbank arbeite, sondern um klar zu legen, warum wir für die Grundüberlassung für diese Sportzentrum eintreten. Es gibt in unserem Stadtgebiet keine - abgesehen vom Polizeisportverein - einzige Kegelbahn. Es gibt in innerbetrieblichen Nutzungen bei der GFM Sportkegelanlagen und es gibt im städtischen Wirtschaftshof vom Magistratssportverein eine Bahn. Das ist also für eine Stadt mit 40.000 Einwohnern nicht gerade überragend in der Infrastruktur. In einer Stadt, die sich bemüht, Fremdenverkehr zu aktivieren fehlt eine Freizeiteinrichtung wie etwa eine Kegelbahn tatsächlich. Das steht eindeutig fest. Es kann nicht primäre Aufgabe der Stadt sein, jede einzelne Unternehmung oder jedes einzelne Freizeitangebot von sich aus und mit eigenem Unternehmertum zu errichten. Wenn es also eine private Initiative gibt, die eine Sportkegelanlage, und wenn es mit dem Finanzieren ausreicht auch noch Squash-Boxen dazumachen wird, so ist diese Initiative jedenfalls zu unterstützen. Es ist auch gerechtfertigt, daß die Stadt annähernd zu Selbstkostenpreisen den Grund zur Verfügung stellt und es ist jedenfalls gerechtfertigt, daß die Stadt den Unternehmer, der ja sowieso ein großes Wagnis auf sich zu nehmen hat, auch durch die Erlassung der Anliegerleistungen unterstützt. Fest steht, daß wir Infrastruktur in der Stadt verbessern wollen und Infrastruktur ist ja nicht nur Kanalbau, Wasserleitungen, Gasrohre und Autobusse, Infrastruktur ist auch geordnete Freizeitmöglichkeit. Wenn das dann noch zusammenpaßt, daß man die Lücke abdeckt, die sich ergibt aus dem Angebot mit Kegelbahnen und dem freiverbleibenden Stück, das Ihrer Forderung gemäß ja ohnehin verwendet werden wird, nämlich für die Ballspielwiese, so glaube ich, daß das im großen und ganzen schon eine wichtige Maßnahme ist, die man durchaus unterstützen muß, zumal ja noch dazu die Bedenken zerstreut werden können, daß dadurch im Resthofgebiet selbst eine ungebührliche Verkehrsbelebung eintreten wird, weil ja - zumindest soweit ich das Projekt kenne - die Zufahrt zu dieser

Freizeitanlage Glaser von der bestehenden Infangstraße aus geplant ist. Der Zu- und Abfahrtsverkehr beschwert auf jeden Fall nicht den Resthof, sondern von der Ennsner Straße her erfolgt. So gesehen ist also sicherlich die Argumentation, damit wird der Verkehr mehr, nicht zutreffend und meiner Meinung nach und auch der Meinung der Fraktion nach die Zustimmung zu diesem Projekt doch zu erteilen, was die Bedenken nicht wegnimmt vor der Stockanlage. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe und die muß man verschieden anschauen. Das ist ganz etwas anderes. Aber hier wird jedenfalls die fehlende Infrastruktur abgedeckt, bei der Asphaltstockanlage geht man ja nicht sehr weit, in Gleink gibt es ja schon wieder eine Anlage in eher weniger verbautem Gebiet. Da kann man nicht gleiches mit gleichem vergleichen und wenn man über den Rohrsteg hinübergeht, ist man bei der Polizeisportanlage und hat auch 5 Asphaltbahnen zur Verfügung. Wenn man am Ennskai geht, hat man auch eine große Anzahl von Asphaltbahnen. Der Bedarf nach Kegelsporteinrichtungen scheint mir viel größer und unsere Zustimmung erscheint auch als durchaus gerechtfertigt. Ich würde Sie einladen, sich daran zu beteiligen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nochmals die Frage, ob es eine weitere Wortmeldung gibt. Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit vielen Jahren kommen die Sportkegler aus unserer Stadt immer wieder zu uns und haben den Wunsch nach der Errichtung einer Sportkegelbahn vorgetragen. Wir konnten seitens der Stadt diesem Wunsch nicht nachkommen - jeder von Euch weiß, wie wir finanziell gestellt sind - und wir sollten froh sein, daß sich eine private Initiative entwickelt, was dieser Sportart jetzt doch ein entsprechendes Fundament geben wird. Ich glaube, daß der Herr Glaser - das wurde schon gesagt hier - sicher nicht unerhebliche Sorgen und Mühen auf sich nimmt, um das zu errichten. Ich darf bestätigen, was Kollege Holub gesagt hat, daß gedacht ist, die Zufahrt zu diesem Zentrum ausschließlich über die Infangstraße vorzunehmen, sodaß eine Belästigung von durchfahrenden Benützern dieser Anlage die Resthofbewohner nicht wesentlich belasten wird. Wir haben ja schon für viele Unternehmungen, für viele Betriebe Gewerbeförderungen durchgeführt, das möchte ich auch hier sagen. Gerade in der heutigen Situation müssen wir froh sein über jeden Gewerbebetrieb und es ist sicherlich keine Verpflichtung der Stadt, aber eine moralische Auflage, die wir immer wieder haben, daß auch wir dem Herrn Glaser entsprechend entgegenkommen und ihm eine Hilfestellung bei dieser Errichtung bieten. Es wird ja auch ein Betrieb sein, der in der späteren Folge für unsere Stadt interessant ist aus fiskalischen Überlegungen und der letztlich auch Arbeitskräfte beschäftigen wird.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist gegen den vorliegenden Antrag. Gibt es auch Stimmenthaltungen. Das ist nicht der Fall. Mit einer Gegenstimme beschlossen. (1 Gegenstimme: GAL)

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

An der Sportanlage Rennbahn sind Lieferungen und Vergaben notwendig und ich bitte Sie schon jetzt, nachstehendem Antrag die Zustimmung zu geben:

5) Bau 5 - 3360/86

Sportanlage Rennbahn; Ver-
gabe der Lieferungen und Arbeiten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 22. 4. 1987 werden im Zusammen-
hang mit der Errichtung eines Umkleidegebäudes mit Platzwartwohnung
auf der Sportanlage Rennbahn folgende Aufträge vergeben:

1. Fliesenlegerarbeiten

an die Fa. Kittinger, Steyr, zum Preis von netto S 378.205,--

2. Lieferung einer Fertigteilgarage:

an die Fa. Wenninger KG, Linz, zum Preis von netto S 44.900,--

3. Lieferung und Montage von Kunststoffensterbänken

an die Fa. Lachner, Steyr, zum Preis von S 19.894,--

Die Deckung der hierfür erforderlichen Mittel kann vorläufig bei den mit Ge-
meinderatsbeschluß vom 5. 3. 1987 freigegebenen Mitteln in der Höhe von
S 5.000.000,-- unter der VA-Stelle 5/2621/010220.2 gefunden werden.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Möchte zu diesem Antrag jemand sprechen? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Sportanlage Rennbahn wurde schon einige Male im Gemeinderat behan-
delt. Es ist ein umfassendes Bauwerk und geht über mehrere Jahre. Diese
Planung konnte also nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern sie
wurde schon lange vorbereitet. Wenn man dann so eine große Sportanlage
plant und es ist keine Platzwartwohnung in dieser Sportanlage vorgesehen,
so glaube ich, daß hier Mängel in der Planung vorhanden sind. Wenn man
am Ende der Erbauung dieser Sportanlage draufkommt, daß man eine Platz-
wartwohnung errichten muß und ein zusätzliches Buffet wahrscheinlich,
dann würde ich doch glauben, daß man das zu einem größeren Teil aus
Eigenmitteln finanzieren kann. Mir wurde bereits im Finanz- und Rechts-
ausschuß von Kollegen Holub mitgeteilt, daß die Eigenmittel - hier bitte
sind die Eigenmittel S 50.900,--, also die Stadt schießt hier S 50.900,--
zu, Hypothekendarlehen der BAWAG S 254.300,--. Das sind die Eigenlei-
stungen der Stadtgemeinde. Wie mir von Kollegen Holub erklärt worden ist,

ZWISCHENRUF VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist der falsche Antrag, zu dem Sie sprechen. Wir reden über die Ver-
gabe von Fliesenlegerarbeiten.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

War ich bereits um einen Antrag weiter? Bitte, meine Damen und Herren,
es kann passieren und das ist nicht so lustig. Schließlich bin ich hier
alleine und da bricht ein Gelächter aus, wenn ich mich einmal in einem
Antrag vergreife. Viele Gemeinderäte haben sich auch schon bei einem
Amtsbericht vergriffen und haben einen anderen herausgenommen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Herr Bürgermeister das Schlußwort
entfällt ja, denn es war ja nicht zur Sache selbst gesprochen. Gibt es zu
diesem vorliegenden Antrag eine Gegenstimme oder Enthaltung? Das ist
nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im letzten Antrag meinerseits darf ich Sie bitten um Zustimmung zur Auftragserteilung und Bewilligung einer Kreditüberschreitung im Zusammenhang mit der Errichtung unseres Volkshochschulhauses. Der Antrag lautet:

6) GHJ 2 - 6616/83

Volkshochschule; Auftrags-
erweiterung und Bewilligung
einer Kreditüberschreitung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 30. 3. 1987 wird im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Umbaumaßnahmen in der Volkshochschule der Übertragung nachstehender Aufträge zugestimmt:

1. Erneuerung des PVC-Bodenbelages

an die Fa. S-T-B Raumausstattungs-ges .m.b.H., zum Preis von
S 19.146,--

2. Lieferung der Sicherheitsaschenbecher und Hocker

an die Fa. Steinmaßl, Steyr, zum Preis von S 30.744,--

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 31.000,-- (einunddreißigtausend)

bei VSt 5/2700/043900.2 freigegeben. Gleichzeitig wird für die Leistung von Restzahlungen für bereits im Rechnungsjahr 1986 vergebene Arbeiten sowie für die noch geplanten Maßnahmen (Gartenzaun) eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 430.000,-- (vierhundertdreißigtausend)

bei der VSt 5/2700/010210.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Sind dazu Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen? Gibt es Stimmenthaltungen? Auch nicht. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Ich danke den Herrn Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich erteile gleich Kollegen Wippersberger das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 10 Anträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste Antrag beinhaltet die Aufnahme eines Darlehens zur Errichtung der Platzwartwohnung an der Sportanlage Rennbahn. Zu den Ausführungen des Herrn Ramoser von vorhin darf ich sagen, daß dies die bestmögliche Finanzierungsform ist, die wir finden konnten und unsere Leute haben sich sicherlich Gedanken darüber gemacht, welche die bestmögliche Finanzierungsform ist, das können Sie uns schon glauben und die Tatsache, daß die Wohnung jetzt erst gebaut wird, hängt damit zusammen, daß man auf der Wiese keine Wohnung bauen kann. Es war von Haus aus immer vorgesehen, diese Platzwartwohnung zu errichten, natürlich gemeinsam mit dem Objekt, das jetzt in Fertigstellung begriffen ist. Ich kann für einen Platzwart keinen Erdpunker machen, das kann man jetzt nur beim Hochbau machen. Aber im Zusammenhang mit dem Hochbau war es von Anfang an vorgesehen, eine Platzwartwohnung einzubauen. Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen:

7) Bau 5 - 3360/86

Aufnahme von Darlehen zur Errichtung der Platzwartwohnung an der Sportanlage Rennbahnweg;

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung des Beschlusses des Stadtsenates vom 12. 3. 1987, mit dem dem Antrag an den Gemeinderat betreffend die Aufnahme eines Hypothekendarlehens in der Höhe von S 254.300,-- bei der Bank für Arbeit und Wirtschaft, Filiale Steyr, und eines Förderungsdarlehens gemäß §§ 22 ff. WFG aus Mitteln der Wohnbauförderung in der Höhe von 712.000,-- zur Errichtung einer Platzwartwohnung an der Sportanlage Rennbahnweg zugestimmt wurde, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. 3. 1987 der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren, ich werde dort weiterführen, wo ich gerade aufgehört habe, um Sie nicht unnötig zu strapazieren. Eigenmittel von der Stadtgemeinde die eben aus eigenen Mitteln bestehen in der Höhe von S 50.900,-- und diesem Darlehen der BAWAG von S 254.000,--, das ergibt ca. S 300.000,--. Die Platzwartwohnung kostet S 1.017.300,--. Wenn man nicht in der Lage ist, zumindest 1/3 aus eigenen Mitteln - und für mich sind die eigenen Mittel noch immer die Mittel, die die Stadtgemeinde von sich selbst aufbringen kann, nicht durch eine Zwischenfinanzierung oder durch eine andere Finanzierung - aufbringt. Ich glaube, man sollte vor solchen Bauvorhaben zurückstellen. Jeder kleine Bürger der Stadt Steyr, der ein Haus bauen will und nur S 50.000,-- besitzt, wird sich nicht trauen, ein Haus zu bauen. Die Stadtgemeinde hat hier überhaupt keine Bedenken und errichtet diese Platzwartwohnung um S 1 Mio. Es ist hiermit wieder ein Teil dieser Überverschuldung der Stadt passiert, wo eben Schulden gemacht werden, die meines Erachtens nicht unbedingt notwendig wären. Wenn das Geld nicht vorhanden ist, kann ich solche Anlagen nicht erbauen. Ich glaube, man müßte dies eben von einem anderen Platzwart betreuen lassen, damit man die Wohnung dort nicht errichten muß. Man kann dem Platzwart eine freiwerdende Wohnung im Schlüsselhof geben. Ich glaube nicht, daß es unbedingt notwendig ist, solche Bauvorhaben zu errichten, die man nicht mehr finanzieren kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch jemand. Ich bitte Herrn Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte ganz kurz zwei Sätze sagen. Herr Kollege Ramoser, wir brauchen hinsichtlich der Finanzierung dieser Sache von Ihnen keine Belehrung. Das möchte ich ganz kurz und deutlich sagen. Wir haben Hauptfachleute in unserem Haus, nicht nur Sie sind ein Fachmann, Sie glauben einer zu sein. Ich glaube nicht, daß Sie es sind. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Gibt es Enthaltungen oder Gegenstimmen. Mit einer Gegenstimme beschlossen. (1 Gegenstimme: GAL)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag hat ein Darlehen bei der Wohnbauförderung der OÖ. Landesregierung für die Sanierung des Schlosses Engelsegg zum Inhalt. Er hat folgenden Wortlaut:

8) GHJ 2 - 4194/85

Darlehen vom Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Wohnbauförderung, für die Sanierung des Objektes Redtenbacher-
gasse 9 "Schloß Engelsegg"

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 27. 2. 1987 wird dem Abschluß eines Darlehensvertrages in Höhe von S 1,823.000,-- mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer Verzinsung von 1 % p. a. ant., demnach mit einer gleichbleibenden Halbjahresannuität in Höhe von S 95.556,--, mit dem Land Oberösterreich gemäß den Bestimmungen des Wohnhaussanierungsgesetzes zugestimmt.

Zur Sicherstellung dieses Darlehens samt allen Nebenverbindlichkeiten wird die Einwilligung erteilt, daß auf die Liegenschaft EZ 169, KG Steyr, Bezirksgericht Steyr, ein Pfandrecht zugunsten des Landes Oberösterreich einverleibt wird.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs.5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand das Wort? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Bei diesem Antrag handelt sich um einen ähnlichen wie dem vorgehenden. Die Stadtgemeinde bringt neuerlich zu wenig Geld auf, um diese Wohnbauförderung durchzuführen und ist somit angewiesen, beim Land um Unterstützung anzusuchen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das machen doch andere Hausbauer auch, oder vielleicht nicht, Herr Kollege. Sie kennen sich überhaupt nicht aus. Sie melden sich immer zu Wort und kennen sich überhaupt nicht aus. Das ist das günstigste Geld, das es gibt. Lassen Sie sich doch was sagen, wenn Sie nichts verstehen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Vizebürgermeister Wippersberger, ich kann mir schon denken, daß Ihnen das Ärger bereitet, wenn die GAL eine eigene Meinung hat, die ist ja hier herinnen nicht gefragt. Ich möchte Ihnen aber nur sagen, daß das Schloß Engelsegg nicht unbedingt so renoviert werden muß, wie dies jetzt vorgesehen ist.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie sagen immer etwas und verstehen nichts davon. Einen Schmarren verstehen Sie davon. Das sage ich Ihnen jetzt ganz klar. Da haben wir andere Leute, die davon etwas verstehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das glaube ich schon, Herr Kollege Ramoser, daß die GAL eine eigene Meinung hat und das respektiere ich auch durchaus. Es tun mir nur die

Leute furchtbar leid, die ein Vertrauen in Sie setzen, daß Sie da die eigene Meinung der GAL hier zum Ausdruck bringen, weil ich mir bei besten Willen nicht vorstellen kann, daß Sie da die Meinung Ihrer Wähler widerspiegeln. Ich glaube nicht, daß es Ihr Auftrag ist, zu kritisieren, wenn Sie sich nicht im klaren darüber sind, wie die Finanzierbarkeit der verschiedenen Vorhaben tatsächlich läuft. Ich möchte Sie bitten, weil ja dann die Sitzung im Gemeinderat auch für Sie ergiebiger sein könnte, sich darüber zu informieren, daß es über die Sportstätten und über die Wohnbaulichkeiten in Zusammenhang mit den Sportstätten unterschiedliche öffentliche Förderungen gibt. Sie müßten sich endlich einmal auch darüber informieren, daß über die Instandhaltung von alten Gebäuden, insbesondere solchen, die unter Denkmalschutz stehen, andere Förderungsbestimmungen gelten. Sie sollten sich endlich einmal darüber Gedanken machen, daß die Stadt Steyr aus ihrer eigenen Finanzkraft - bitte mit Respekt gesagt -, den Mund auf und zu machen kann, sondern daß alles, was wir hier planen unter großer Verantwortlichkeit von jeden einzelnen Gemeindevorstand auf dem freien Geldmarkt aufgebracht werden muß. Wenn es nun Möglichkeiten nach dem Althausanierungsgesetz gibt, günstige Finanzierungen zu finden, so würde ich Ihnen dringend empfehlen, dieses Aufsuchen von Möglichkeiten nicht als Vorwurf an die Stadt zu machen und an dann die Leute, die die Finanzplanung auf der Beamtenseite machen, sondern in Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, müßten wir als Politiker dankbar dafür sein, daß sich die Beamtenschaft Gedanken darüber macht, wie denn die bestmögliche Finanzierung stattfinden könnte. Zum gegenständlichen Vorhaben ist in der Tat die Altgebäudefinanzierung der zweckdienlichste Weg zweckdienlicher als jeder andere. Dem ist ansich nichts mehr hinzuzufügen. Ich bitte Sie wirklich Herr Kollege, betrachten wir die Gemeinderatssitzung doch sehr viel mehr als Auseinandersetzung mit Sachproblemen und nicht nur als Konfrontation um jeden Preis. Das bringt überhaupt nichts. Das entspricht auch nicht der Verantwortung, in die uns der Bürger hier hereingestellt hat. Euch nicht, Euch nicht und Sie auch nicht. Ich glaube, dazu ist die Situation mit angespannten Finanzen, dazu ist die Situation mit Betrieben, die sich in Bedrängnis befinden und da ist die Situation mit Menschen, die erschwerende Sorgen haben um ihr tägliches Fortkommen, viel zu ernst. Gerade deshalb ist es notwendig, daß man sich mit dem Geld sehr sorgfältige Gedanken macht, aber gerade auch deshalb ist es notwendig, daß man den städtischen Hausbesitz nicht verkommen läßt, sondern mit den maßgeblichen Mitteln der übergeordneten Stellen instand hält, die zur Verfügung stehen. Bitte versuchen Sie, das nachzuvollziehen.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch eine Wortmeldung ist nicht zu verzeichnen. Wir kommen zur Abstimmung, weil der Referent auf das Schlußwort verzichtet hat. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Dieser Antrag ist gegen eine Stimme angenommen. (1 Gegenstimme: GAL)

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim dritten Antrag handelt es sich um den Wasserverband Region Steyr, BA 04, und zwar um die Haftungsübernahme für die Darlehenszusicherung des Bautenministeriums.

9) OAG-6136/86

Stadtwerke

Wasserverband "Region Steyr", BA 04;

Darlehenszusicherung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 15.1.1987;

Übernahme der Haftung und Annahme der Darlehensbedingungen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 10. 3. 1987 wird der Haftungsübernahme des vom Wasserwirtschaftsfonds dem Wasserverband "Region Steyr" gewährten Darlehens mit einem auf die Stadt Steyr entfallenden Anteil in der Höhe von S 3,325.000,-- - vorbehaltlich der gemäß § 71 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hierfür erforderlichen Genehmigung durch die OÖ. Landesregierung - durch die Stadt Steyr zugestimmt.

Gemäß § 44 Abs. 5 StS. wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ergibt sich eine gegenteilige Auffassung oder liegt eine Stimmenthaltung vor?

Das ist beides nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim vierten Antrag geht es um die Übernahme der Haftung für den Bauabschnitt 01 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung bzw. um die Verlängerung der Darlehenslaufzeit. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Wa - 5450/75

Bauabschnitt 01 des RHV; Verlängerung der Darlehenslaufzeit von 60 auf 80 Halbjahresraten; Übernahme der Haftung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 11. 3. 1987 wird der Übernahme der Haftung für ein dem RHV Steyr und Umgebung gewährtes Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von S 55,983.000,-- unter Berücksichtigung der aufgrund der Wasserwirtschaftsfondsförderungsrichtlinien 1986 verlängerten Darlehenslaufzeit von 60 auf 80 Halbjahresraten - vorbehaltlich der gem. § 71 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hierfür erforderlichen Genehmigung durch die OÖ. Landesregierung - zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu gibt es keine Wortmeldungen, wie ich sehe. Enthaltungen oder Gegenstimmen sind auch nicht zu verzeichnen. Somit ist auch dieser Antrag beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim Antrag Nummer fünf, gleichfalls den RHV betreffend, geht es um den Bauabschnitt 04 - Zentrale Kläranlage - Schlammmentwässerung um eine Darlehensänderung und Haftungsübernahme. Der Antrag an den Gemeinderat lautet:

11) Wa - 5450/75

Bauabschnitt 04 des Reinhaltungsverbandes;
Zentrale Kläranlage - Schlammmentwässerung
und Mülldeponie der Stadt Steyr; Abänderung
der Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds;
Ansuchen um Übernahme der Haftung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III - RHV vom 23. 4. 1987 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in der Höhe von S 2,450.000,-- für die Schlammmentwässerung der Zentralen Kläranlage und die Mülldeponie der Stadt Steyr zugestimmt.

Im Sinne des § 71 Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr wird das genehmigungspflichtige Rechtsgeschäft erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1986. Bei genauerer Betrachtung der aufgelisteten Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag einschließlich Nachtragsvoranschlag kann festgestellt werden, daß wesentliche Überschreitungen eigentlich nur bei drei Positionen vorgekommen sind, und zwar erstens auf Seite 8 für die Einrichtungen und Maßnahmen nach der Straßenverkehrsordnung eine Summe von S 1,033.600,--, hervorgerufen vor allem durch die Einschaltung einer Fremdfirma, der Firma Richter mit rund S 600.000,-- für die Straßenmarkierungen auf den wichtigsten Straßen unserer Stadt. Der Wirtschaftshof selbst hat die Straßenmarkierungen lediglich auf den Nebenstraßen und insbesondere auf den Parkplätzen durchgeführt. Wir wissen ja aus eigener Erfahrung, daß es in den letzten Jahren immer wieder Schwierigkeiten gab bei den Straßenmarkierungen. Daß die Straßenmarkierung immer zu spät erfolgt ist, daß wir nie fertig wurden und erst im Spätherbst die letzten Straßen markiert wurden. Im Frühjahr kann man nicht zu bald anfangen, denn da braucht man eine gewisse Bodentemperatur, da ansonsten die Farbe nicht haftet. Es muß alles witterungsmäßig zusammenpassen. Es wurden in den letzten Jahren Parkplätze und auch einige Nebenstraßen nicht markiert. Wir hatten Rückstände, weil der Wirtschaftshof nicht dazugekommen ist und so hat man sich im Vorjahr erstmals entschlossen, eine Fremdfirma zusätzlich einzuschalten. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß es sehr gut geklappt hat. Ende Mai waren bereits die wichtigsten Straßen fertig markiert. Aber das waren eben Mehrkosten von rund S 600.000,--. Vor allen Dingen geht es hier um die Sicherheit der Fahrzeugbesitzer, sodaß mitunter Unfälle vermieden werden können sind diese Straßenmarkierungen enorm wichtig. Die restlichen rund S 400.000,-- bei dieser Überschreitung recludieren sich aus zusätzlichen Refundierungskosten für Reparaturen an Ampelanlagen an das Land und vermehrtes Aufstellen von Verkehrszeichen. Ich glaube, die anderen Positionen kann ich mir sparen ins Detail einzugehen. Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen:

12) Buch - 7500/86

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1986

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag 1986) von insgesamt S 12,052.800,-- werden genehmigt.

(Beilage A)

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Sie werden ja Gelegenheit haben, bei der nächsten Gemeinderatssitzung beim Rechnungsabschluß 1986 dann näher ins Detail gehen zu können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl es bei der nächsten Sitzung Gelegenheit geben wird, näher in diesen Bereich einzusteigen - wie bereits Herr Vizebürgermeister bekanntgegeben hat -, möchte ich doch einige Sätze aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zu diesem vorliegenden Antrag so wie jedes Jahr sagen. Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis, daß wir so wie jedes Jahr auch diesmal für nicht vorhersehbare Ausgaben im Jahre 1986 haben, beschränkt sich dieses Verständnis nur auf einen Teil dieses doch immerhin S 12.052.800,-- umfassenden Paketes an Mehrausgaben als tatsächlich im Budget 1986 vorgesehen war. Dies steht im Zusammenhang damit, daß wir zwar seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion dem Budget 1986 die Zustimmung gegeben haben, aber sehr vehement Einsparungen in mehreren Bereichen, unter anderem bei den Repräsentationsausgaben, bei den Ausgaben für das Amtsblatt, bei den Ausgaben für Stadtratspensionen, um nur einige Teilbereiche anzusprechen, verlangt haben. Gerade aber bei diesen hier angeführten Positionen sind wieder Mehrausgaben feststellbar. Zugegebenermaßen sind es nicht überwältigende Beträge, aber ich habe immer die Auffassung vertreten und vertrete diese Auffassung auch noch heute, bei den kleinen Dingen soll man zum Sparen beginnen und mit gutem Beispiel vorangehen. Ich darf einige Beispiele anführen. Bei den Repräsentationsausgaben wurden S 62.000,-- mehr ausgegeben. Dies bedeutet aber gesamt, daß man im Jahr 1986 unter diesem Titel S 693.200,-- ausgegeben hat. Also kaum eine Einsparung gegenüber dem Jahr 1985 mit Ausgaben von S 702.000,--. Mehrausgaben gibt es auch bei der Pressestelle, Amtsblatt und Öffentlichkeitsarbeit von S 25.500,-- aufgrund einer höheren Auflage im 4. Quartal bei einem veranschlagten Jahresabgang von S 2.032.000,--. Gewaltig zu Buche schlagen sich auch die Mehrkosten für die Müllabfuhr durch den städtischen Wirtschaftshof in Höhe von S 3.102.600,--. Ich glaube aber trotzdem, daß das für die Bevölkerung auf Sicht gesehen auch in finanzieller Hinsicht ein Vorteil ist, daß wir wieder unsere eigene Mülldeponie benutzen können und nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis wie bisher stehen. Was mir noch aufgefallen ist bei der Durchsicht dieses sehr umfangreichen Aktes ist, daß in vielen Bereichen die Stromkosten durch Preiserhöhung und Mehrbedarf angestiegen sind. Ich habe nur die Gesamtsumme herausgerechnet bzw. zusammengezählt und das sind immerhin fast S 900.000,--, nämlich genau S 860.000,--. Erfreulich ist aber die Tatsache, auch wenn es mehr Geld kostet, meine Damen und Herren, daß die Aktion "Essen auf Rädern" mehr in Anspruch genommen wird, denn das beweist die Notwendigkeit der seinerzeit von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion geforderten sozialen Maßnahme für unsere Stadt und unsere Bürger. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dies waren in Kurzform einige Anmerkungen zu diesem umfangreichen Antrag. Abschließend darf ich nochmals feststellen, daß wir durchaus Verständnis für nicht vorhersehbare Ausgaben haben. Den überhöhten Ausgaben in jenen Bereichen, die aber nicht nur heute, sondern bisher immer wieder und stets kritisiert habe, können wir kein Verständnis entgegenbringen und da es leider nicht möglich ist, über die einzelnen Positionen bzw. über die vorliegenden Positionen im einzelnen abzustimmen, kann ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben. Ich danke Ihnen aber für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben dem Budget 1986 die Zustimmung nicht gegeben und aus dem gleichen angeführten Grund gebe ich auch die Zustimmung für die Genehmigung von Überschreitungen für das Rechnungsjahr 1986 nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Eichhübl, ich möchte jetzt nicht ins Detail auf Deine Ausführungen kommen. Ich habe eines übersehen, wir hatten eine große Kostenüberschreitung bei der Müllabfuhr und zwar im Ausmaß von S 3,102.600,--. Hier sei vermerkt, daß die Einsparungen bei der Müllbeseitigung durch die Wiederinbetriebnahme unserer städtischen Deponie in Hausleiten geringer waren als wir angenommen hatten. Sicherlich zum Teil auch dadurch, daß ja diese Regelung mit dem Anfahren unserer Mülldeponie in Hausleiten erst mit Jahresmitte des vergangenen Jahres eintrat. Nun schließlich noch die Überschreitung auf der Ausgabenseite bei den Kreditzinsen im Ausmaß von S 1,407.400,--. Ursache dafür ist, daß wir im Vorjahr nicht sehr liquid waren und wir den Reinhaltungsverband vorfinanzieren mußten. Es geht dabei um die Zinsen für die Barvorlagen, die Kassenkredite. Dem Antrag, den ich bereits verlesen habe, bitte ich, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag. Danke. Somit gegen zwei Stimmen beschlossen: (1 Gegenstimme GAL, 1 Gegenstimme FPÖ).

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nunfolgende Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, ist für unsere Stadt sehr unangenehm. Es geht dabei um die Umsatzsteuernachforderung an die Finanzbehörde für das Jahr 1983 bis 1986 im Ausmaß von mehr als S 4 Mio. Das ist doch eine gewaltige Summe, die wir als überplanmäßige Ausgabe an das Finanzamt nunmehr aufgrund dieser Sache abführen müssen. Ich darf aber dennoch in diesem Zusammenhang feststellen, daß die ursprüngliche Forderung des Finanzamtes wesentlich höher war, nämlich mehr als doppelt so hoch. Dank einer sehr geschickten und hartnäckigen Verhandlungsführung unsererseits, seitens unserer Beamten des Hauses, war es möglich, daß diese Summe doch noch so stark reduziert werden konnte. Aber auch diese Summe ist für mich als Finanzreferent eine sehr unangenehme Sache. Aber wir können nicht aus und müssen das einfach zur Kenntnis nehmen. Ich darf Ihnen nunmehr diesen Antrag zur Verlesung bringen:

13) Buch-4380/86

Umsatzsteuer-Betriebsprüfung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der im Amtsbericht der Magistratsabteilung II vom 21.4.1987 angeführten Gründe, die den Ergebnissen der Schlußbesprechung vom 11. 12. 1986 entsprechen, wird der Bezahlung der Umsatzsteuernachforderung für die Jahre 1983 - 1986 bzw. bei der Freiwilligen Feuerwehr auch für die Jahre 1979 - 1982 in Höhe von insgesamt S 4,158.012,-- zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden Kreditüberschreitungen von insgesamt S 4.505.700,--, aufgeteilt auf die folgenden Voranschlagsstellen genehmigt:

1/0120/710000.5	S	49.700,--	1/5280/710000.2	S	32.200,--
1/0130/710000.4	S	124.100,--	1/8010/710000.0	S	100,--
1/1630/710000.2	S	1.777.500,--	1/8110/710000.8	S	27.300,--
1/2400/710000.9	S	300,--	1/8120/710000.7	S	86.600,--
1/2590/710000.7	S	3.800,--	5/8130/050440.3	S	416.700,--
1/2621/710000.0	S	510.500,--	1/8130/710000.6	S	1.200,--
1/2630/710000.1	S	180.200,--	1/8400/710000.3	S	74.800,--
5/2630/010080.1	S	77.400,--	1/8800/710000.4	S	8.800,--
1/2700/710000.2	S	39.100,--	1/8911/710000.9	S	700,--
1/3000/710000.6	S	21.800,--	1/8940/710000.8	S	21.500,--
1/3230/710000.9	S	171.800,--	1/9200/710000.6	S	26.200,--
1/4200/710000.1	S	775.200,--	1/0100/640000.2	S	78.200,--

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Wer ist gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag behandelt ein Subventionsansuchen des Gastwirtes Otmar Pötzl für den Bau und die Einrichtung von 25 Gästezimmern, die wir sicherlich in Steyr sehr gut brauchen können. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

14) Ha - 5692/86

Otmar Pötzl, Gastwirt, Steyr, Leopold-Werndl-Straße 1; Gewährung einer außerordentlichen Subvention als Gewerbeförderung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 23. 9. 1986 wird Herrn Otmar Pötzl, Gastwirt in Steyr, Leopold-Werndl-Straße 1, zur Einrichtung und zum Ausbau von 25 Gästezimmern eine einmalige außerordentliche Subvention im Ausmaß von S 300.000,-- als Gewerbeförderung gewährt.

Im Hinblick auf den Verwendungszweck wird von der vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossenen 20%igen Kreditsperre Abstand genommen.

Zum genannten Zweck werden

S 85.000,-- (Schilling fünfundachtzigtausend)

bei der VSt 5/782000/776010 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 215.000,-- (Schilling zweihundertfünfzehntausend)

bei dergleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Kollege Holub.

VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

Vom Standpunkt der Fremdenverkehrswirtschaft, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag durchaus zu begrüßen, weil sich mit der Etablierung von neuen Komfortzimmern sicher eine Bereicherung des touristischen Angebotes in Steyr darbieten wird. Es ist auch sehr zu hoffen, daß der Projektant sich im Laufe der Zukunft doch noch im Stande sehen wird, den weiteren Ausbau bzw. die Fertigstellung des Ausbaufoyers zu verkraften, weil ja die angebotene Anzahl - auch das geht aus dem Amtsbericht hinreichend hervor - nicht nur durch Wegfall des einen Lokales nicht ausreichend für eine Stadt mit 40.000 Einwohnern sich darbietet, sondern daß verschiedentlich darüber hinaus noch ein zusätzliches Angebot gefordert wird. Die Struktur in unserem Fremdenverkehrswesen soll mit aller Kraft verbessert werden, verschiedenes geschieht laufend. Die Stadt macht ziemlich viel in dieser Hinsicht. Manchmal sind es kleinere und manchmal sind es größere Vorhaben. Eine kleinere Sache wird an die Stadt herankommen, z. B. mit dem Führer im Wehrgraben. Rund um die Landesausstellung gibt es eine ganze Menge von Aktivitäten und da hat sich eine Gruppe zusammen getan gemeinsam mit dem Verein Wehrgraben und hat einen Lehrpfad entwickelt. Mit der Unterstützung der Stadt wurden Markierungen an Häusern angebracht und durch verschiedene Gespräche ist es gelungen, den Druck dieser Sachen auch sehr gering zu halten. Ich hatte das Glück, daß ich mit den OÖ. Nachrichten eine Kostenteilung vereinbaren konnte und ich hoffe, keine Fehlbitte zu tun, wenn man sagt, die verbleibende Hälfte teilt sich der Fremdenverkehrsverband und Stadt. Das war nur eine beispielhafte Situation, die angezogen wurde, um heraussehen zu können, daß die Bemühungen um die Fremdenverkehrswirtschaft in Steyr recht fruchtbringend sind und auch ausreichend Anlaß zum Optimismus in die Zukunft geben können. Mit Wehmut habe ich in der letzten Fremdenverkehrsvorstandssitzung erleben müssen, daß die Akribi, an die Dinge heranzugehen, persönliche Grenzen findet. Es ist in der Öffentlichkeit jedenfalls heftig diskutiert worden, nämlich die Person des Geschäftsführers des Fremdenverkehrsverbandes. In der letzten Gemeinderatssitzung hat der Fraktionssprecher der sozialistischen Partei vehemente Kritik geübt, der Mann könnte in Pension gehen und man duldet ihn doch noch immer in seiner Funktion. Ich habe den Eindruck, daß der Drang des Geschäftsführers des Fremdenverkehrsverbandes den wohlverdienten Ruhestand anzutreten, im heurigen Jahr noch keine Lösung finden wird. Ich kann nicht ganz verstehen, daß die sozialistische Fraktion im Fremdenverkehrsvorstand den Harrungswillen des Fremdenverkehrsdirektors Folge leistet, zumindest die Absicht dazu wurde erklärt. Damit sind ja immerhin öffentliche Gelder verbunden, damit ist immerhin weiter verzögert die Installierung eines allfälligen Nachfolgers. Damit ist auch noch weiters verbunden eine jedenfalls unerquickliche Situation im Fremdenverkehrswesen. Ich möchte wirklich die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion höflich einladen, die Situation nochmals zu überdenken, weil ich glaube, daß die Öffentlichkeit nicht volles Verständnis dafür finden wird, wohl aber volles Verständnis dafür haben wird, daß die Stadt im großen Ausmaß Fremdenverkehrswirtschaftsförderung betreibt. Die Sache mit dem Schwechater-Hof und seinem Ausbau ist durchwegs zu begrüßen, natürlich auch die Zuwendung der öffentlichen Hand, auch wenn sie schmerzhaft ist und auch wenn sie wieder nicht aus eigener Finanzkraft zur Verfügung gestellt werden kann. Die Stadt hat - das ist wirklich sehr sehr hervorzuheben - die Bedeutsamkeit der Fremdenverkehrswirtschaft in der Stadt seit Jahren erkannt und forciert mit ihren Bemühungen auch die Anstrengungen in dieser Richtung.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, noch eine Wortmeldung? Der Referent verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn

Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben. Danke. Gegen den Antrag ist niemand. Auch keine Enthaltungen, somit beschlossen.

Herr Gemeinderat Mag. Klausberger verläßt um 16.05 die Sitzung.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim folgenden Antrag handelt es sich um die Jahressubvention 1987 für das Rote Kreuz. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

15) Rotes Kreuz, Bezirksstelle
Steyr-Stadt; Jahressubvention 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. IX vom 4. März 1987 wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1987 eine Subvention in Höhe von S 390.000,-- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 390.000,-- (Schillingdreihundertneunzigtausend)
werden bei VSt 1/5300/757000.2. freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden oder eine Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Somit einstimmig beschlossen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nun zu meinem letzten Antrag. Er behandelt die Betriebsansiedlung der Firma Stoba in Steyr. Mit der Fa. Stoba wurden bekanntlich mehrmalige Verhandlungen seit längerer Zeit zwecks einer Betriebsansiedlung in Steyr geführt und dieses Verhandlungsergebnis liegt Ihnen heute als Antrag vor. Die Firma Stoba ist ein deutsches Unternehmen, im Raume Stuttgart beheimatet, mit Niederlassungen in der Schweiz und den USA, spezialisiert auf Hochleistungstechnik. Nach all dem, was wir über die Fa. Stoba erfahren konnten, ist sie ein sehr seriöses und potentes Unternehmen. So gesehen ist die Firma Stoba auf Sicht gesehen sicher ein Gewinn für unsere Stadt. Man hat uns ja bei den Gesprächen in Aussicht gestellt, wenn es zu einem weiteren Ausbau kommen sollte, und diese Hoffnungen bestehen, daß 80 - 100 Facharbeiter hier beschäftigt werden könnten. Ermöglicht wird diese Ansiedlung nur unter der Voraussetzung der Zuhilfenahme größerer finanzieller Anstrengungen unserer Stadt selbst. In Anbetracht der derzeitigen überaus unangenehmen schwierigen Wirtschaftslage in unserer Stadt am Arbeitsmarktssektor bin ich gezwungen, Ihnen diesen Antrag zu bringen und Sie bitten, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

16) OAG - 1201/87

Betriebsniederlassung der Fa.

Stoba, Präzisionsteile Ges.m.b.H.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Dem Verkauf einer ca. 3.000 m² großen Grundfläche aus dem städtischen Grundstück 677/12, EZ 372, KG Gleink, zum Preis von S 260,--/m² an die seinerzeit noch in Gründung befindliche Firma Stoba, Präzisionsteile Ges.m.b.H., mit dem Sitz in Steyr wird zugestimmt. Der Kaufpreis ist in drei gleichen Jahresraten, wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex, zu entrichten, wobei der Restkaufpreis zumindest durch eine Bankgarantie abzusichern ist. Die Käuferin hat sich zu verpflichten, auf dem Kaufobjekt innerhalb von drei Jahren eine gewerbliche Betriebsanlage zu errichten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt ein nicht verbüchertes Wiederkaufs-

und Vorkaufsrecht nach den Bestimmungen des ABGB vor. Die Kosten der Vertragserrichtung gehen zulasten der Käuferin, die Vermessungskosten zulasten der Stadt.

2) Weiters räumt die Stadt Steyr der genannten Firma ein Optionsrecht auf die Dauer von fünf Jahren ab Unterfertigung einer diesbezüglichen Erklärung für den Ankauf weiterer Teile des Grundstückes 677/12 sowie der Grundstücke 675/11 und 677/9 je KG. Gleink im ungefähren Ausmaß von 3.800 m² ein, wobei der künftige Kaufvertrag in allen Punkten dem über das oben bezeichnete Grundstück abgeschlossenen Kaufvertrag zu entsprechen hat. Dieses Optionsrecht geht auf die Rechtsnachfolger der heutigen Käuferin über.

3) Grundsätzlich ist die Stadt bereit, die Betriebsansiedlung der Firma Stoba, Präzisionsteile Ges.m.b.H. durch Nachlaß der Straßen- und Gehsteigerstellungsbeiträge sowie durch die wirtschaftliche Abgeltung der Belastung aus Kanal- und Wasserleitungsanschlußgebühren zu fördern. Die Aufschließung des Grundstückes mit Ausnahme der Stromversorgung geht zulasten der Stadtgemeinde Steyr. Diese Förderungsmaßnahmen beziehen sich auch bei Ausübung des Optionsrechtes auf jene durch den späteren Kaufvertrag zu erwerbenden Grundstücke bzw. Grundstücksteile. Die vertragliche Festsetzung dieser Leistungen bleibt im Sinne des obigen Amtsberichtes einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

4) Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen? Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ganz Steyr begrüßt natürlich sehr, daß wieder ein neuer Betrieb sich in Steyr ansiedelt und natürlich damit wieder Arbeitsplätze für die Steyrer Bevölkerung schafft. Ich möchte aber doch auch bitten, daß man versucht, wenn man schon den Gemeinderat mit solchen Themen beschäftigt, daß man zumindest wartet, daß die Firma den schriftlichen Auftrag des Gemeinderates bekommt, um mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Ich habe selbst gesehen, daß bereits Erdarbeiten in der Ennser Straße durchgeführt werden. Die Firma hat weder einen Grund gekauft und wahrscheinlich das Zugeständnis der SPÖ schon bekommen. Ich finde es aber sehr positiv, daß sich wieder eine Firma ansiedelt. Man sollte jedoch den Gemeinderat nicht ausschalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte die Förderungen, die im Zuge der Betriebsniederlassung der Firma Stoba gegeben werden, zum Anlaß nehmen, um allgemein über die Wirtschafts- und Gewerbeförderung kurz ein paar Worte zu sagen. Allen ist bekannt und wir hören es ja immer wieder, daß die Gewerbeförderung in erster Linie Sache des Bundes, in zweiter Linie Sache des Landes und zuletzt nicht umsonst eine moralische Verpflichtung der Stadt ist. In den wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie jetzt ist es selbstverständlich, daß ein neuer Betrieb wie die Fa. Stoba zu uns kommt uns sich in Steyr niederläßt, auch entsprechend gefördert wird. Doch gehen auch dort die Förderungen weit über das übliche Maß hinaus. Er verlangt nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Anliegerleistungen sowie die Einhebung der Kanalanschlußgebühr zum ermäßigten Satz zu bekommen, sondern auch noch Aufschließungskosten. Es müssen ja neben Kanal- und Wasserleitungsverlegungs-

kosten, die von der Stadt zu tragen sind, noch sämtliche Anschlußgebühren für Kanal und Wasser nachgelassen werden. Für mich und für viele Wirtschaftstreibende ist die derzeit geübte Praxis der Gewerbeförderung unbefriedigend, wenn es zu große Unterschiede gibt zwischen Betrieben, die neu kommen und den bestehenden Betrieben. Wir können ganz offen sagen, die deutschen Betriebe haben ein entsprechendes Durchsetzungsvermögen, daß ihnen fast alles gewährt wird und ein Betrieb hier, der oft jahrzehntelang Steuern zahlt und investiert und ausbaut, wesentlich schlechter gestellt wird. Im vergangenen Stadtsenat waren zur Debatte zwei Förderungen von ansässigen Firmen, der eine hat in etwa 1 1/2 Millionen investiert - es geht hier um die Fischbraterei an der Ennser Straße - und er bekommt hierfür S 40.000,-- Förderung als Zuschuß für das Asphaltierungsprogramm. Ein anderer Betrieb, die Fa. Hamann hat in Gleink um rund S 15 Mio. neu gebaut. Der Vater des Herrn Hamann hat vor vielen Jahren zugestimmt, daß der öffentliche Kanal über sein Grundstück geführt wurde. Jetzt mußte er, um bauen zu können, ein weiteres Grundstück dazukaufen, weil ja die Verhandlungen im Tauschwege mit dem zweiten Anrainer zerschlagen haben. Es ging um die ehemaligen Prokoschgründe. Dieser suchte an um Nachlaß der Kanalanschlußgebühr im Ausmaß von S 65.000,--. Die Hälfte wurde ihm bewilligt. Hier ist ein Ungleichverhältnis, das nicht richtig ist. Ich würde sehr sehr bitten, auch wenn die Finanzlage noch so angespannt ist, hier doch eine gewisse Gleichheit zu schaffen und ich möchte es fast als unrecht bezeichnen, dieses wiederholt zu machen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf vorausschicken, daß ich diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung gebe, darf aber dazu doch einige Bemerkungen machen. Die Zustimmung gebe ich deshalb, weil ich auch die Auffassung vertrete, daß eben alles daran zu setzen ist, um wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen in Anbetracht der wirklich tristen Situation am Arbeitsmarkt. Ebenso wie mein Vorredner kann auch ich feststellen, daß eine gewisse Ungleichmäßigkeit bei der Verteilung der Förderungsmittel oder der gegebenen Zugeständnissen immer wieder festgestellt werden kann. Ich glaube, daß die Stadtgemeinde Steyr auch die Aufgabe hätte, viel mehr darauf zu achten, daß bestehende Betriebe, die seit Jahrzehnten hier in Steyr situiert sind und, wie mein Vorredner gesagt hat, Steuern bezahlen, müßte danach getrachtet werden, daß sie in Steyr verbleiben. Ich kann auch einige Beispiele nennen, beispielsweise die vor einiger Zeit verzogene Firma Riha. Da hätte die Stadtgemeinde Steyr meiner Meinung nach doch etwas mehr tun können. Ebenso betrifft das auch das danebenstehende Eloxalwerk. Hier wäre Wert auf bestehende Betriebe seitens der Stadt zu legen, um eben eine gleichmäßige Verteilung von Förderungen zu gewährleisten. Das, meine Damen und Herren, in kurzen Worten zu diesem vorliegenden Amtsbericht bzw. Antrag. Ich werde, wie gesagt, diesem die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Bitte das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Den Beitrag von Kollegen Ramoser kann ich als positiv betrachten. Die Grabarbeiten, die derzeit dort getätigt werden betreffen nicht die Firma Stoba, sondern betreffen die Firma Froschauer, die unmittelbar daneben ein Grundstück bereits vor einigen Monaten erworben hat. Sicher ist eines,

denn die Firma Stoba will bereits im Sommer dieses Jahres mit der Fertigung beginnen. Kollege Schloßgangl, Du hast es selbst gesagt, Wirtschaftsförderung ist nicht Sache der Gemeinde. Wir haben uns ein neues Geschäft vor einigen Jahren angefangt und dieses Geschäft wird immer größer und größer und verschlingt immer mehr Geld der Gemeinde, das uns auf der anderen Seite wiederum abgeht. Die Förderung, die wir durchführen, ist vielleicht nicht so hundertprozentig, wie sie sein soll. Aber wir bemühen uns nach bestem Wissen und Gewissen. Die Firma, die Du angeschnitten hast, ist - was mir bekannt ist - eine finanzkräftige Firma, aber ich möchte mich da auf keine Debatten einlassen. Hinzufügen darf ich aber eines. Es ist nicht nur das, daß er S 32.500,-- ermäßigt bekommen hat. Wir haben ursprünglich bereits die Kanalanschlußgebühr um 2/3 ermäßigt und jetzt wieder um die Hälfte. Wenn man auf 1/6 der ursprünglichen Summe zurückgeht, so ist das eine ganz schöne Ermäßigung.

Kollege Eichhübl, es ist an und für sich überhaupt nicht Aufgabe der Gemeinde, sondern eine echt freiwillige Hilfestellung der Gemeinde, mehr kann es gar nicht sein. Daß die Firma Riha weggegangen ist, hat sicherlich nicht die Gemeinde schuld. Das hängt mit anderen Umständen zusammen, die Du ja kennst. Reithoffer wird in den nächsten Tagen wieder ein Gespräch mit den Steyr-Werken führen, wegen dieser zweiten Firma, die Du da angeschnitten hast, die Firma Loidl & Schwarz. Das Gespräch findet am Freitag mit den Steyr-Werken statt. Wir haben eben die Schwierigkeit in Steyr, ich habe es ja schon mehrmals erwähnt, daß wir räumlich sehr klein sind, dicht besiedelt sind und daß bei uns in der Stadt die Grundstücke viel teurer sind, als in den angrenzenden Umlandgemeinden. St. Ulrich ist viermal so groß als Steyr und hat einen Bruchteil an Einwohnerzahl von Steyr. Garsten ist mehr als doppelt so groß und auch nur einen kleinen Bruchteil der Einwohnerzahl von Steyr. Dasselbe gilt für Sierning. Dadurch haben diese Randgemeinden die Möglichkeit, Grundstücke wesentlich billiger abzugeben, als wir in Steyr, da ein Mangel an Flächen vorhanden ist. Wir stehen im Osten der Stadt und im Süden der Stadt schon auf den Quadratzentimeter an der Stadtgrenze an. Im Norden haben wir das Brunnenschutzgebiet, da müssen wir auch sehr aufpassen. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, Baulücken auszufüllen bzw. das ist auch nicht überwältigend, im Westen. Unsere Möglichkeiten sind nicht sehr groß. Ich selbst habe mich bei einer Firma eingesetzt, daß sie in Steyr bleibt und um das Geld, um die diese Firma ein Grundstück bekommen hat, hätten wir nicht geben können. Ich kann nicht ein Grundstück um S 700,-- kaufen und es dann um S 130,-- hergeben. Das geht nicht. Diese Randgemeinden haben da bessere Möglichkeiten, weil sie zu günstigen Preisen solche Grundstücken für diese Zwecke bekommen. Das war ganz kurz zu den Debattenrednern.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister, über diesen Antrag die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt. Danke. Wer ist gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Hiermit ist die Einstimmigkeit gegeben. Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichte. Kollege Holub ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe zwei Anträge aus dem Referat Denkmalschutz vorzutragen. Der erste betrifft die Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987, Fassadenerneuerungen und Denkmalerhaltungsmaßnahmen in drei Etappen. Zum ersten die Subventionierung bzw. Endfinanzierung von fertiggestellten 10 Renovierungen, die Fortsetzung und Unterstützung von

bereits begonnenen 15 Vorhaben und die Berücksichtigung weiter vordringlich erscheinender renovierungsbedürftiger 14 Objekte betragen in Summe Gesamtherstellungskosten von S 7,751.000,--, die Gesamtsubventionen die Gesamtsumme von S 1,900.000,--. Dazu stelle ich sinngemäß folgenden Antrag an den Gemeinderat.

17) K - 22/87

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987;

I. Fassadenerneuerungen und Denkmalerhaltung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 24. 2. 1987 wird der Abwicklung der Fassadenaktion 1987 entsprechend der in diesem Amtsbericht enthaltenen, nach Förderungsabschnitten gegliederten Aufstellung zugestimmt:

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei VSt 1/3630/778000.9, ein Betrag von

S 1.000.000,-- (einemillion)

bei VSt 5/3630/778010.9 freigegeben sowie eine Kreditübertragung in der Höhe von

S 600.000,-- (sechshunderttausend)

von der VSt 5/3630/777100.9 zur VSt 5/3630/778010.9 bewilligt.

Ich bitte um entsprechende Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine Gegenmeinung oder eine Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der zweite Antrag aus dem Referat Denkmalschutz befaßt sich mit der Erhaltung der neuen Dachlandschaften bzw. Dacherneuerungen unter Nachbildung von überlieferten Erscheinungsformen bzw. von wertvollen Bau- und Architekturbestandteilen. In Summe werden Gesamtherstellungskosten von S 3,630.000,-- mit einer Gesamtsubvention von S 985.000,-- bedient werden können. Der Antrag lautet:

18) K - 22/87

Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987;

II. A. Erhaltung der alten Dachlandschaften; Dacherneuerungen unter Nachbildung der überlieferten Erscheinungsformen; B. Sicherung wertvollen Bau- und Architekturbestandes

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 2. 4. 1987 wird den Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1987 - Erhaltung der neuen Dachlandschaften bzw. Erneuerungen unter Nachbildung der überlieferten Erscheinungsformen sowie die Sicherung des wertvollen Bau- und Architekturbestandes - entsprechend der in diesem Amtsbericht enthaltenen, nach Abschnitten gegliederten Aufstellung zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 985.000,-- (neunhundertfünfundachtzigtausend)

bei der VSt 5/3630/778000.0 freigegeben.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Meinungen

oder Stimmenthaltungen gibt es auch nicht. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke für die Berichte. Nächste ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Er betrifft den Anbau im Kindergarten Resthof bzw. die notwendige Erweiterung, konkret gesagt die Schaffung eines vierten Gruppenraumes sowie die Schaffung eines EB- und Mehrzweckraumes. Der Antrag lautet:

19) Bau 5 - 870/87

Kindergarten Resthof;

Anbau

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 1. 4. 1987 wird der Auftrag zur Erweiterung des Kindergartens Resthof an die Firma Zwettler, Steyr, als Generalunternehmerauftrag zum Preis von S 2,484.191,03 übertragen. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 2,299.600,-- (zweimillionenzweihundertneunundneunzigtausendsechshundert)

bei VSt 5/2400/010310.0 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 185.400,-- (einhundertfünfundachtzigtausendvierhundert)

bei dergleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Bericht. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ich habe am 18. September des vorigen Jahres die "Aktuelle Stunde" unter anderem zum Anlaß genommen, um auf die Probleme der Buskindergartenkinder im Resthof hinzuweisen. Für rund 30 Kinder, die erstmals vormittags in den Kindergarten gehen wollten, war kein Platz mehr frei. Sie mußten daher auf den ungünstigeren Nachmittagsbetrieb ausweichen oder in den Kindergarten Taschlrried pendeln. Zur Beendigung dieser Misere habe ich damals den raschen Ausbau gefordert. Über diese Forderungen waren alle Fraktionen einig. Bürgermeister Schwarz hat damals zugesagt, daß heuer der Ausbau für eine vierte Gruppe erfolgen soll. Auch im Voranschlag 1987 waren dafür S 2,3 Mio. zur Verfügung gestellt. Mit Freude begrüße ich daher den heute zur Beschlußfassung vorgelegten Antrag auf Anbau bzw. Erweiterung des Kindergartens im Resthof. Apropos Kindergarten Resthof. Der Fußgängerübergang bei der Kreuzung Resthofstraße - Ofnerstraße soll vor allem den Kindern ein gefahrloses Überqueren der Straße zum Kindergarten in der Resthofstraße ermöglichen. Leider erfüllt diese an sich recht nützliche Verkehrseinrichtung hier nicht ihren Zweck. Parkende Autos, die auch sogar auf dem Zebrastreifen stehen, verdecken für die Fußgänger und auch Autofahrer die Sicht. Ein Halteverbot auf der rechten Seite, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wäre daher dringend erforderlich oder soll man warten, bis ein Kind niedergefahren wird. Auch auf die Verampelung der Kreuzung Siemensstraße - Ennsner Straße warten die Resthofbewohner noch vergebens. Ich glaube, zu den zwei Forderungen

wird mir auch diesmal Kollege Rohrauer die Zustimmung geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Dazu Kollege Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Um die Entwicklung Resthof ein bißchen zu skizzieren, darf ich ein wenig in die Vergangenheit gehen. Zuerst war ja der Bauernhof da mit den weiten Feldern, dann wurden die ersten Wohnbauten errichtet. Nach 4 Jahren war es dann so weit, daß ein Konsum dort war mit einer Tabaktrafik und nach weiteren Jahren das Einkaufszentrum Resthof. Zwischendurch waren Kindergartenplätze notwendig, zuerst im Kinderfreundeheim und im Übungskindergarten in der Dieselstraße und am 11. 12. 1981 war es dann so weit, daß der Kindergarten in der Resthofstraße übergeben wurde. Also vor 3 Jahren wurde der Hort im Resthof eröffnet. Nun erwies es sich, daß nach diesen wenigen Jahren die Plätze für die Resthofkinder zu wenig wurden. Dies wurde von den zuständigen Stellen im Mai 1986 festgestellt und an die Politiker weitergegeben. Nach den notwendigen Vorbereitungen ist es jetzt so weit, daß mit dem neuen Kindergartenjahr die hier zu beschließende Erweiterung des Kindergartens Resthofstraße zu einer besseren Betreuung der Resthofkinder führt. Daß dies alles geschehen ist, ist der Berufseinstellung der Oberkindergärtnerin, die ja im Mai 1986 festgestellt hat, daß 30 Kinder hier keinen Platz finden und außerdem 26 Hortkinder keinen Platz gefunden haben, und den zuständigen Politikern zu verdanken.

Zu der angeschnittenen Verkehrssituation darf ich hier mitteilen, daß wir in unserem Unterausschuß diese Situation sehr wohl in unserem Konzept aufgenommen haben, aber aufgrund eines Artikels im "Korrekt", wo sich eine Mutter über das beschwert, bin ich sofort initiativ geworden und habe bereits einen Antrag an den Verkehrsausschuß in dieser Richtung gemacht. Schon im vorigen Jahr hat der Magistrat den Antrag auf eine Verampelung der Ennser Straße und der Siemensstraße gestellt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Ich darf annehmen, daß der Kollege Pimsl als Vorsitzender im Verkehrsausschuß diesen Antrag in der nächsten Zeit im Verkehrsausschuß entsprechend behandeln wird.

Die Referentin verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen liegen nicht vor, somit einstimmig beschlossen.

Bevor der Kollege Sablik sich erhebt und zum Rednerpult kommt, möchte ich die Sitzung auf 10 Minuten unterbrechen.

P A U S E .

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Da die Beschlußfähigkeit wieder gegeben ist, erteile ich dem Kollegen Sablik das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe Ihnen 6 Anträge zu unterbreiten. Der erste betrifft das Asphaltierungsprogramm 1987. Der Antrag lautet:

20) Bau 3 - 7534/86

Asphaltierungsprogramm 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 10. 3. 1987 wird der Durchführung des Asphaltierungsprogrammes 1987 entsprechend der im Amtsbericht

beigeschlossenen Aufstellung mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Positionen 3 (Feldstraße), 11 (Zufahrt Müllcontainer und Kinderspielplatz) und 19 (Marienstraße) nicht zur Ausführung gelangen.

Der Auftrag zur Durchführung der Arbeiten des Asphaltierungsprogrammes 1987 wird aufgrund des genannten Amtsberichtes der MA. III vom 10. 3. 1987 an die ARGE Zwettler-Hamberger, Steyr, zum Preis von S 4,226.779,20 inkl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 200.000,-- (zweihunderttausend)

bei der VSt 5/6120/002600.4,

S 100.000,-- (einhunderttausend)

bei VSt 5/6120/002360.5 sowie

S 3,927.000,-- (dreimillionenneunhundertsevenundzwanzigtausend)

bei VSt 1/6120/002000.6 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort hat sich Kollege Hochrathen gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHEN:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mir ist die budgetäre Situation der Stadt voll bewußt und es ist für mich daher auch verständlich, daß am Straßenbau- und Straßenerhaltungssektor auch der Sparstift angesetzt werden muß. Ich will daher in meinem Beitrag keine Aufzählung neuer Straßenzüge bringen, die nach meiner Ansicht großzügig ausgebaut oder saniert werden müssen, sondern möchte daher vielmehr auf einige Sanierungsmaßnahmen hinweisen, wo mit relativ geringem Aufwand doch entscheidende Verbesserungen erreicht werden könnten. Dabei will ich auch gleich vorausschicken, daß diese Vorschläge nicht von mir oder von meiner Fraktion allein stammen, sondern Anregungen von den Benützern oder Anrainern dieser Straßenzüge sind. Feststellen will ich auch, daß diese Vorschläge bereits mehrmals von meiner Fraktion zu den Asphaltierungsprogrammen der letzten Jahre vorgeschlagen wurden. Ich mußte jedoch mit Bedauern feststellen, daß auch heuer wieder nicht alles von uns vorgeschlagene enthalten ist, obwohl es bereits für 1987 zugesagt worden war. Ich möchte hier als Beispiel nur die Verlegung der Kegelplatzstraße beim Bauernhaus Staffelmayer und die Verlegung der Feldstraße beim Bauernhaus Hiesmayer anführen. Ich weiß - Stadtrat Sablik wird mir sicher antworten, daß diese beiden Verlegungen das persönliche Interesse der betroffenen Landwirte im Vordergrund steht. Ich möchte nur sagen, daß dadurch auch ganz bedeutende Gefahrenstellen entschärft werden und daß mir das viel wichtiger erscheint als das sicher vorliegende persönliche Interesse der beiden Landwirte, die ja sogar bereit sind, einen finanziellen Beitrag zu diesen Verlegungen zu leisten.

Als nächstes möchte ich zwei Straßenzüge anführen, die zwar am Rande unserer Stadt liegen, die mir aber trotzdem verbesserungswürdig erscheinen. Das eine ist die Pyrachstraße im Bereich des sogenannten Scheiterberges. Die Pyrachstraße und im besonderen der Scheiterberg stellt nämlich eine ganz bedeutende Gefahrenstelle dar. Ich kann dies mit Sicherheit aufgrund der beruflichen Tätigkeit am Gendarmenposten in Garsten behaupten und dies auch mit Zahlen aus der Verkehrsunfallstatistik belegen. Dieser Scheiterberg weist ein derart großes Gefälle auf und ist zudem auch noch sehr schmal und kurvenreich. Es sind nicht wenige Autos, die alleine im letzten Winter über diesen Berg mehr oder weniger unfreiwillig von

Steyr nach Garsten gerutscht sind und dort zum Teil mit Blechschaden gelandet sind. Es sind aber auch im Sommer Verkehrsunfälle mit Personenschaden zu verzeichnen, die größtenteils auf diese schlechten Fahrbahnverhältnisse zurückzuführen sind. Ich weiß, daß nur der obere Bereich dieses Berges nach Steyr gehört und die untere Hälfte bereits im Gemeindegebiet von Garsten liegt und daß die Stadt Steyr auch kein allzu großes Bedürfnis daran haben wird, diese für die Pyrachter sicher interessante Verbindung in Richtung Garsten auszubauen. Ich finde aber, daß uns die persönliche Sicherheit der Benutzer dieses Berges sehr wohl etwas angeht und daß daher auch die Stadt den in ihrem Bereich liegenden Teil des Scheiterberges ausbauen soll. Die Gemeinde Garsten ist sehr wohl an einem Ausbau dieses Straßenstückes interessiert und würde ebenfalls, wie mir erst heute vormittag der Bürgermeister von Garsten zugesichert hat, den in ihrem Bereich liegenden Teil zu verbreitern. Da dieser Scheiterberg im Winter zumeist unpassierbar ist, weichen nun die Ortskundigen über den Lilienhofweg und über die Leopold-Werndl-Straße aus, was zur Folge hat, daß der Asphaltbelag auf dem Lilienhofweg bereits stark abgebröckelt ist und Schlaglöcher aufweist. Besonders arg ist dies im Bereich der ÖBB-Garagen vor der Einmündung in die Leopold-Werndl-Straße und es bedürfte daher der Lilienhofweg auch einer dringenden Neuasphaltierung. Stark zugenommen hat in den letzten Jahren die Folge der regen Bautätigkeit auch der Verkehr in Richtung Saaß über die Aschacher Straße, Schlühslmayrstraße und Sandbauernstraße. Es ist daher auch meiner Meinung nötig, die Sandbauernstraße bis zur Stadtgrenze zu verbreitern, da diese für den Fahrzeug- und Fußgängerverkehr viel zu schmal ist. Auch wird dieses Straßenstück gerne von vielen Wanderern benutzt. Es kommt nicht selten vor, daß die Fußgänger in die angrenzenden Felder und Wiesen ausweichen müssen. Ein Begegnen von zwei mehrspurigen Fahrzeugen ist überhaupt nicht möglich. Es sind nur wenige Meter, die noch im Bereich der Stadt Steyr liegen und es dürfte daher ein Ausbau auch nicht allzu viel finanziellen Aufwand erfordern. Hier würde ebenfalls die Gemeinde Garsten einer Verbreiterung gerne zustimmen und ebenfalls ihren Beitrag dazu leisten. Ich bin mir sicher, auch unser Magistratsdirektor i. R. Dr. Eder, ein eifriger Benutzer dieses Straßenstückes, würde einen derartigen Ausbau der Sandbauernstraße begrüßen. Bis heute ist auch eine jahrelange Forderung nach dem Ausbau bzw. der Asphaltierung des etwa 700 m langen Reststückes von der Hasenrathstraße zur Wolfenstraße unerfüllt geblieben. Ich will daher diese unsere Forderung auch heute wieder in Erinnerung rufen. Erfreulich finde ich, daß nun doch eine jahrelange Forderung unserer Fraktion, und zwar der Ausbau des Gehsteiges beim Hause Resselstraße 12 erfüllt werden soll. Es hat nämlich einige Jahre gedauert, bis dieser Vorschlag aufgegriffen wurde. Hier kann nämlich ebenfalls mit wenigen tausend Schillingen Abhilfe geschaffen und ein wesentlicher Beitrag zum Wohle unserer Fußgänger geleistet werden. Ganz kurz noch zwei Punkte, die nicht direkt mit dem Asphaltierungsprogramm zu tun haben, die ich aber doch unbedingt erwähnen möchte. Das eine wäre die immer wieder von der Bevölkerung geforderte Öffnung der gesperrten Engelstiege in Christkindl. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird man auf diese Sperre hin angesprochen und gebeten, diese Sperre wieder aufzuheben. Ich weiß, diese Stiege ist bereits sehr desolat und auch der Wanderweg in Richtung Unterhimmel. Hier besteht die Gefahr des Steinschlages. Vielleicht könnte man doch ähnlich wie beim Lauberleitenwanderweg oder beim unteren Schiffweg dem Wunsch der Bevölkerung nachkommen und eine Sanierung dieses Wanderweges überlegen, zumal diese Engelstiege einen nicht unbedeutenden Bestandteil des Kranken- und Wallfahrtsortes Christkindl darstellt und von den Leuten wirklich gewünscht wird. Zum Schluß noch eine Anregung, bei der ebenfalls mit ganz geringem Aufwand eine Verbesserung der derzeit nicht befriedigenden Situation geschaffen werden könnte. Wenn man nämlich vom Dukart-

berg kommend in den Parkplatz beim Schiffmeisterhaus einfährt, so ist die Ausfahrt von diesem Parkplatz besonders für Ortsfremde schwer zu finden. Hier würden einige Hinweistafeln mit der Aufschrift "Parkplatzausfahrt" sicher Abhilfe schaffen.

Auch wenn nicht alle unsere Vorstellungen zum Asphaltierungsprogramm 1987 ihre Verwirklichung finden, so gibt doch die ÖVP-Fraktion wegen der darin enthaltenen großen Anzahl von geplanten Sanierungsmaßnahmen dem Asphaltierungsprogramm 1987 die Zustimmung. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Hochrath für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Der Referat mit seinem Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Liebe Gemeinderatsmitglieder!

Das Problem besteht natürlich nicht so sehr in den einzelnen Punkten, die der Kollege Hochrath angeführt hat, sondern im Gesamtbudget. Die Wünsche und die Notwendigkeiten aus der Baubranche heraus eruiert haben eine gewisse Quadratmeteranzahl von zu sanierenden Flächen im Stadtgebiet ergeben. Neu multipliziert mit den Preisen von dem Vorjahr mit einem geringfügigen Aufschlag hätten gereicht, um mit diesen Mitteln das Asphaltierungsprogramm durchführen zu können. Es hat sich aber bei der Ausschreibung herausgestellt, daß die Baufirmen eben andere Ansichten haben von Quadratmeterpreisen und es wurde der Bestbieter genommen und hat eben eine Million mehr verlangt für die von uns vorgegebenen Asphaltierungsflächen. Daher mußten unbedingt Streichungen durchgeführt werden. Das habt Ihr alle mitsammen beraten. Dabei sind einige Dinge gestorben, die Marienstraße mit S 580.000,--. Es ist sinnlos, um 1/2 Million am Stadtrand irgendwo einen Weg zu sanieren und mitten im Münichholz oder mitten auf der Ennsleite, wo 7 - 8000 Personen wohnen, da lassen wir die Schlaglöcher, die können sich überhaupt nicht aufregen, die werden das ja sowieso auftreten. So geht das auch nicht. Im Stadtsenat haben wir mit den Kollegen der ÖVP über diese Dinge gesprochen und sehr viel hat sich Kollege Hochrath ja Gott sei Dank selbst beantwortet. Aber die Kegelpriel- und Feldstraße möchte ich doch empfehlen, diese in den nächsten a.o.H. hineinzugeben. Denn erfahrungsgemäß werden immer so Stadtranddinge gestrichen, weil eben dort nur 3 Leute wohnen oder im Verhältnis zu dicht besiedelten Gebieten relativ wenig. Über eines müssen wir uns auch klar sein und das wird auch Kollege Hochrath sagen. Eine Straße, die super ausgebaut ist, verführt zum Schnellfahren. Man merkt das auch, daß dort die Radarstrafen anfallen. Aber dort, wo ich mich um die Ecke schleichen muß, dort passiert relativ wenig. Das ist keine Aufforderung, daß wir lauter Straßen mit Ecken bauen sollen. Aber wenn Sie auf eine Städtebundtagung fahren, wo Prof. Knoflacher, der vor 10 Jahren noch für vierspurige gerade Straßen eingetreten ist und der Ihnen heute sagt, das wichtigste beim Straßenbau ist eine Verkehrsberuhigung durch Bauwerke, indem man vor Kreuzungen Verengungen macht, indem man Verkehrsinseln auf Fußgängerwegen einbaut, die breiter sind als normal - Fluchtinsel genannt - usw. Da sind jetzt diese Koryphäen dahinter, Straßen so zu bauen. Ich bin nur neugierig, wenn sie uns erzählen, daß die Bad I Straße ins Münichholz eigentlich unrichtig gebaut ist. Das wird das nächste werden. Aber jetzt zurück zu der Pyrachstraße mit diesem Scheiterberg, der ins Kraxental hinunterführt. Diese Gespräche wurden schon mit Bürgermeister Mayrhofer von meinen Vorgängern geführt und haben aber immer dazu geführt, daß die Kosten eben durch die Errichtung der Stützmauer, die dort ja so desolat ist, sehr hoch sein werden. Garsten würde sehr viel aufwenden müssen und bei dem Budget, das Garsten hat, kann man mir nicht erzählen, daß der Bürgermeister sagt, das machen wir, da zahlen

wir mit. Das ist eine Angewohnheit der Landbürgermeister, daß die zu allen sagen, ja da machen wir mit. Wenn es dann zum Zahlen kommt, dann haben sie genauso wenig Geld wie wir. Dasselbe trifft auch bei der Sandbauernstraße zu. Diese wurde zurückgestellt. Erstens trifft sie Steyr nur mit wenigen Metern - ich glaube, es sind 30 Meter - und mit der Grundeigentümerin wäre das Einvernehmen hergestellt. Es wird auch die Wasserleitung verlegt. Was können wir uns immer wieder erzählen lassen. Gestern noch habt ihr asphaltiert und heute reißt ihr wieder auf. Daher warten wir dort, bis im Einvernehmen mit Garsten die Wasserleitung dort verlängert wird. Außerdem besteht eine sehr große Bauabsicht eines potenten Steyrer Wohnbauvereines, die Wiese vor den Reihenhäusern Schlüßlmayrauffahrt rechts zu verbauen mit 50 bis 60 Wohneinheiten. Der Kanal geht jetzt nur bis zum Haus Lutz und wenn der Kanal dort auch noch verlängert wird, dann ist die Straße zerstört. Genau dort wird dann die Straße weiter ausgebaut, die Autos sausen durch und bleiben dann dort beim Bauernhaus in der Ecke hängen. Das wird nämlich nicht saniert. Dort ist nämlich der Löschteich. Steyr baut großzügige Straßen bis an den Stadtrand, die Umlandbewohner benützen diese und beschweren sich dann, daß sie nicht gleich schnell auf das Umlandgebiet weiterfahren können. Den Unwillen laden sie dann immer bei uns ab. Ich habe große Reklamationen mit der Schneeräumung gehabt von Leuten, die auswärts über solche Straßen kommen. Beim Lilienhofweg haben wir heftige interne Kämpfe in unserer eigenen Fraktion bei der Streichung der Prioritäten gehabt, denn dieser Weg kostet 1/2 Million Schilling und dient nicht den Leuten, die sich fürchten ins Kraxental hinunter, sondern hauptsächlich Fußgängern. Für den Verkehr zwischen dieser neuen Wohnsiedlung ober dem Scheiterberg und Steyr wurde die Pyrachstraße ausgebaut und wurde mit einem Gehweg für die Fußgänger versehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier jemand in die Brotfabrik geht und dann in der Werndlstraße wieder hereinkommt. Da macht er nämlich einen Umweg von 1/2 Kilometer. Das ist eine Straße, wo ich sage, diese dient nur dem Ausflugsverkehr und wenigen Fahrern. Die Hasenrathstraße haben wir schon einmal besprochen. Diese führt durch den Wald. Es ist eine Abkürzungsstraße von Gleink zur Wolfener Straße, sie kommt beim Wasserbehälter heraus und verführt die Leute, daß sie da sogenannte Abschneder fahren. Und die Leute beschweren sich wieder, die entlang dieser Abschneder wohnen. Ich glaube nicht, daß die Hasenrathstraße nächstes Jahr im Asphaltierungsprogramm drinnen ist. Denn es ist jedem zuzumuten, der nach Wolfen fährt, daß er die sehr schön ausgebauten Ennsener Straße hereinfährt, die geregelte Ampelkreuzung bei der Bauwelt Weindl benützt und dort nach Wolfen hinausfährt. Einen so einen Umweg kann ein Autofahrer auf sich nehmen. Außerdem wenn der Nordknoten gebaut wird, gibt es wieder andere Verbindungen. Über die Engelstiege werden wir einmal im Stiegenbauprogramm reden. Diese könnten wir mit Häftlingen bauen und mit Altmaterial und im Frühjahr müssen wir den Wanderweg sperren, der geht nämlich unter den überhängenden Konglomerathängen durch. Wir haben dann das gleiche Theater wie beim Lauberleitenweg. Ich hätte auch lieber ein paar Millionen mehr im Asphaltierungsprogramm gehabt. Ich hoffe, ich habe die Anfragen aufgeklärt und möchte Sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Bürgermeister Heinrich Schwarz verläßt kurz die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Referenten für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es eine Gegenstimme oder gibt es Stimmenthaltungen? Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Danke. Der nächste Antrag betrifft den Neubau Museumsteg und Schloßleitenweg. Der Antrag lautet:

21) Bau 4 - 5240/85

Neubau Museumsteg und Schloßleitenweg;
Nachtragsangebote 1, 2, 3 und 4

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1986 wurden der ARGE Museumsteg die Baumeister- und Stahlbauarbeiten für die Errichtung des Museumsteges, des Schloßleitenweges und der Verbindung zum Schloß Lamberg übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 16. 3. 1987 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 900.000,-- inkl. MWSt. zugestimmt.

Gleichzeitig wird einer Umschichtung der bisher vergebenen Auftragssummen von Teil B Schloßleitenweg zum Teil A Museumsteg in Höhe von S 714.000,-- inkl. MWSt. zugestimmt.

Darüber hinaus wird die Übertragung der Nachtragsangebote Nr. 2 (Details), Nr. 3 (Anstrich) und Nr. 4 (Pflasterung, Steckeisen, Entwässerung) in Höhe von zusammen S 256.367,40 inkl. MWSt. an die ARGE Museumsteg genehmigt.

Zur weiteren Abwicklung des Bauvorhabens wird ein Betrag von
S 1.900.000,-- (einemillionneunhunderttausend)

bei der VSt 5/6120/002270.6 und ein Betrag von

S 800.000,-- (achthunderttausend)

bei der VSt 5/6160/002550.7 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn es den Museumsteg nicht gäbe, müßte man ihn bauen. Ich glaube, er ist so gut gelungen und kommt so gut an bei der Bevölkerung und trotzdem bereitet er eine gewisse Sorge. Wie manche von uns und auch die Steyrer Dörfer befürchtet haben, ist zur Zeit die Besucherfrequenz über den Steg eine Einbahn bzw. man geht hinüber und wieder denselben Weg zurück. Das hat natürlich für die Geschäftswelt in Steyr zu großer Besorgnis geführt. Es war zu erwarten, daß zu Beginn und zur Benützung des Steges dieser Effekt eintreten wird, doch scheint es mir daher umso wichtiger, daß man als nächstes die Weiterführung des Weges vom Museumvorplatz mit einer Brücke über das Gerinne und den Ausbau der Frauenstiege ganz rasch und rapid forciert. Steyrdorf - wie Sie alle wissen - ist ein wirtschaftlich sehr benachteiligtes Gebiet und die Wirtschaftstreibenden bemühen sich sehr, denn nächster Zeit, am 30. Mai, soll ja ein Tag der offenen Werkstätten stattfinden, wo die Besucher Gelegenheit haben, die Handwerker bei der Arbeit zu sehen, wo Betriebe ihre schönen Hinterhöfe aufmachen werden und auch die besichtigt werden können. Es gibt ja nicht nur den Dunkelhof in der Sierninger Straße. Ich bitte daher, auch von Seiten des Magistrates diesem Gebiet und dem Ausbau dieser Verbindung Museumsteg, Wehrgraben über die Frauenstiege nach Steyrdorf absoluten Vorrang einzuräumen. Es sind ja verschiedene Studien und Untersuchungen über die Verbesserung der

Wohnqualität und über die Infrastruktur im Gange. Es gehört aber auch sehr bald eine Verkehrslösung gesucht im Einvernehmen mit dem sehr aktiven Verein "Aktives Steyrdorf" und ich bitte Sie nochmals, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sich für diese Planung und Durchführung des Verbindungsweges Wehrgraben-Steyrdorf in naher Zukunft vehement einzusetzen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPSEBERGER:
Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube auch, daß dieser Museumsteg ein gelungenes Werk ist. Daß er von der Steyrer Bevölkerung noch nicht so angenommen wird, liegt eben darin, daß er wirklich beim Museum endet und eine Verbindung zum Steyrdorf noch nicht so vorhanden ist, wie man sich das vorgestellt hat. Ich hoffe aber, daß man in nächster Zukunft diese Stiege so weit gehbar macht, daß dann mehrere Leute über die Stiege zum Stadtplatz suchen. Ich möchte noch kurz auf die Kosten eingehen von diesem Bauwerk, die doch im Jahr 1985 mit S 1 Mio. beziffert worden sind und heute schon S 11,425.000,-- betragen. Es ist durchaus möglich, daß man solche Bauwerke in der Finanzierung unterschätzt. Ich möchte aber hier nochmals erwähnen, daß man doch versuchen sollte, solche Bauprojekte besser vorzubereiten und besser zu planen.

VIZEBURGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Kollege Sablik bitte das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Die Absichtserklärung der Stadt liegt vor, daß als nächstes Sanierungsgebiet nach dem Wehrgraben das Steyrdorf an der Reihe ist. Ich bin aber nicht der Meinung, daß das Sanierungsgebiet Wehrgraben auch saniert ist, sondern daß einmal die ersten Strukturlinien seitens der Stadt gelegt wurden, um die Sanierung des Wehrgrabens in Bewegung zu bringen. Es werden noch erhebliche Mittel erforderlich sein und ich rücke von meiner Meinung nicht ab, daß ein Museumsdorf zur Belebung des Steyrdorfes nicht so beiträgt, als wenn im Wehrgraben Wohnbauten mit jungen Familien, die dann diese Wohnbauten beziehen, errichtet werden. Nur so können die Geschäfte im Steyrdorf aufleben. Ich bin im Wehrgraben aufgewachsen und mein täglicher Weg war, für die Mutter die Milch zu holen und oben über die Frauenstiege hinaufzugehen und wiederum hinunterzugehen. So wird es auch in Zukunft auch im Austausch mit Gütern sein. Seitens unserer Fraktion kann ich ohne weiteres zusichern, daß wir hier am selben Strang ziehen. Diese Stiege kostet mindestens S 2 Mio. und das ist nur eine Kostenschätzung.

Nun zu Kollegen Ramoser, ja es war nur S 1 Mio. im Budget aber nur für Planungskosten einmal, damit ein Ansatzposten geschaffen wird, denn jeder von uns war sich klar, daß bei der Brücke zwischen S 3 und S 10 Mio. alles drinnen ist, was man sich nur vorstellen kann und wir haben selbst unsere blauen Wunder erlebt, denn die Architekten haben sich viel einfallen lassen, was gut und teuer war. Ich hoffe, unsere Nachkommen werden es zu würdigen wissen, daß wir hier auf dem Kreditweg so schöne Brücken und Wege gebaut haben. Es sind ja hauptsächlich die Fußgänger, die vom Wehrgraben diese Wege benützen. Früher war der direkte Weg Parksteg runter, Badgasse, Zwischenbrücke - diesen Weg bin auch ich oft genug gegangen. Heute würde eben alles über den Museumsteg führen, weil es der kürzeste Weg ist. Aber es gibt halt die Leute nicht mehr, denn sonst bräuchten sie nicht in den Steyr-Werken so riesige Parkplätze. Die da unten wohnen fah-

ren mit dem Auto oder mit den städt. Autobussen und diejenigen die gehen, wirken halt nicht so befruchtend auf dieses Gebiet. Aber das wird sich noch einpendeln. Jetzt kann man noch gar nicht darüber richten, ob der Weg gut ankommt oder nicht. Eines weiß ich aus Gesprächen mit den Leuten, die die Wege benützen, daß der kurze Verbindungsweg hinauf zur Pizzeria sehr gelobt wird. Das war eigentlich alles.

Bürgermeister Schwarz ist wieder anwesend.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag die Zustimmung gibt. Danke. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Stimmenthaltungen? Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der beschlossene Bau der Direktionsbrücke verlangt jetzt nach Mittelfreigabe. Das Projekt ist ja fertig und ich habe bis jetzt noch keine Beschwerden gehört. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

22) Bau 4 - 7380/83

Neubau Direktionsbrücke; Antrag auf Mittelfreigabe für 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 6. 2. 1986 wurde der ARGE Direktionsbrücke der Auftrag für den Brückenneubau zum Preis von S 3,979.327,87 inkl. USt. erteilt.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 18. 9. 1986 wurden die von Herrn Arch. Falkner vorgeschlagenen Änderungen um S 1,053.714,66 inkl. USt. sowie ein provisorischer Übergang um S 14.747,04 inkl. USt. bewilligt und mit Gemeinderatsbeschluß vom 27.11. 1986 wurden die Arbeiten für die Umfeldgestaltung um S 820.530,92 inkl. USt. vergeben.

Da im Rechnungsjahr 1986 erst S 5,294.750,-- ausbezahlt wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 19. 3. 1987 zur Begleichung der noch offenen Restforderungen Mittel im Ausmaß von

S 570.000,-- (fünfhundertsiebzigtausend)

bei der VSt 5/6120/002270.6 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine gegenteilige Auffassung oder liegt eine Stimmenthaltung vor. Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag findet die einstimmige Billigung.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag betrifft den Ausbau Arbeiterstraße, Adlerstraße und Kammermayrstraße. Auch hier wurde bereits im Vorjahr die Bewilligung zum Bau erteilt, nur jetzt kommen halt die Rechnungen. Der Antrag lautet:

23) Bau 3 - 4161/85

Ausbau Arbeiterstraße, Adlerstraße und Kammermayrstraße

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Stadtsenatsbeschluß vom 31. 7. 1986 wurde der Fa. Zwettler der Auftrag für den Ausbau der Arbeiterstraße, der Adlerstraße und der Kammermayrstraße zum Preis von S 3,858.684,-- inkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 27. 4. 1987 werden nunmehr zur Begleichung der zu erwartenden Teilrechnungen Mittel im Ausmaß von S 2.000.000,-- (zweimillionen) bei der VSt 5/6120/002400.9 freigegeben. Auch hier ersuche ich um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen sind nicht zu verzeichnen. Somit liegt wieder ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt betrifft die Aufschließung der Gewerbegründe Ennser Straße, den Straßen- und Kanalbau. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

24) Bau 3 - 6277/85

Bau 6 - 6278/85

Bau 3 - 3858/86

Bau 6 - 3859/86

Aufschließung der Gewerbegründe

Ennserstraße; Straßen- und Kanalbau

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. 10. 1986 wurden der Fa. Zwettler Bauges.m.b.H., Steyr, die Aufträge für den Straßenbau und für den Kanalbau für die Erschließung der Gewerbegründe Ennser Straße übertragen. Da die für das Rechnungsjahr 1986 veranschlagten Mittel nicht in Anspruch genommen wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 5. 3. 1987 der Freigabe der für die zur Begleichung der zu erwartenden Teilrechnungen notwendigen Mittel in der Höhe von insgesamt S 1.555.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 800.000,-- (achthunderttausend)

bei der VSt 5/6120/002080.9,

S 200.000,-- (zweihunderttausend)

bei der VSt 5/8110/050510.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in der Höhe von

S 555.000,-- (fünfhundertfünfundfünfzigtausend)

bei der VSt 5/8110/050510.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag, enthält sich jemand der Stimme, das ist auch nicht der Fall. Auch dieser Antrag finden die einstimmige Billigung.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Für die Verlegung der Winklingerstraße infolge Kantenabbruchs wird um Freigabe der Mittel ersucht, bewilligt wurde der Antrag ja schon. Der Antrag lautet:

25) Bau 3 - 941/86

Verlegung der Winklingerstraße
infolge Kantenabbruches

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30.10. 1986 wurde der Auftrag zur Verlegung der Winklingerstraße an die ARGE Fa. Mayr Bau und Fa. Zwettler.

Steyr, zum Preis von S 818.896,30 inkl. MWSt. vergeben. Zusätzlich wurde der Einlösung von privaten Grundstücken zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 24. 2. 1987 wird nunmehr zur Gewährleistung einer fristgerechten Erledigung der Teilzahlungen für Bauarbeiten einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 518.896,30 inkl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei der VSt 5/6120/002530.3 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 218.900,-- (zweihundertachtzehntausendneunhundert)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme meines letzten Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wortmeldung sehe ich keine. Gegenteilige Aufzeichnungen oder Enthaltungen sind auch nicht festzustellen.

Somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Danke für die Berichte. An der Reihe ist Kollege Ing. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In meinem ersten Antrag geht es um die Übertragung der Zuständigkeit des Gemeinderates bei Grundsatzbeschlüssen gemäß der §§ 22 und 23 des ÖÖ. Raumordnungsgesetzes an den Stadtsenat. Der Antrag lautet:

26) BauR - 1753/87

Übertragung der Zuständigkeit des Gemeinde-

rates bei Grundsatzbeschlüssen gem. der §§ 22

u. 23 ÖÖ. Raumordnungsgesetz an den Stadtsenat

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß §§ 22 und 23 Abs. 1 und 2 des ÖÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBI. Nr. 18/1972 i.d.g.F., ist vor Einleitung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungsverfahrens ein Grundsatzbeschuß des Gemeinderates über dessen Notwendigkeit zu fassen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. XI vom 10. 3. 1987 wird der Übertragung der vorangeführten Zuständigkeit an den Stadtsenat gemäß § 43 Abs. 2 StS 1980 die in der Anlage beigeschlossene Verordnung genehmigt. (Beilage B)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Bitte Herr Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL-Steyr ist eine kleine Fraktion und sitzt nicht im Stadtsenat. Man beginnt nun, Zuständigkeiten vom Gemeinderat zum Stadtsenat zu verlegen, wobei keine Begründung vorhanden ist. Ich sehe eher eine Begründung darin, daß man den kleinen Parteien die Möglichkeit nimmt, sich hier zu äußern. Es geht hier um ganz wesentliche Sachen, nämlich um die Einleitung von Flächenwidmungsplänen bzw. Bebauungsplänen. Wenn man nun dem Gemeinderat die Möglichkeit nimmt, nimmt man auch den Kleinparteien die Möglichkeit, hier sich im Gemeinderat mit dem nötigen Nachdruck gegen eventuelle Flächen- und Bebauungsplanänderungen einsetzt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Kollege Schloßgangl bitte das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der Kollege Ramoser hat anscheinend den Amtsbericht nicht genau gelesen. Es wird dem Gemeinderat nichts weggenommen, sondern es wird nur ein Zusatzbeschluß gefaßt zur Einleitung einer Flächenwidmungs- bzw. Bebauungsplanänderung. Beschlossen wird diese nach wie vor im Gemeinderat. Gemacht wurde es deswegen, weil bisher an und für sich nur der Bauausschuß und der Präsidialplanungsausschuß damit befaßt war. Nachdem diese nicht so oft tagen, wird das an den Stadtsenat übertragen. Es gibt hier keinerlei Einschränkung von irgendwelchen Rechten des Gemeinderates.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimmt. Somit ist dieser Antrag gegen eine Stimme angenommen. (1 Gegenstimme: GAL)

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Außenanlage Bauvorhaben der GWG Steyr - Steinfeld (Kegelpriel). Der Antrag lautet:

27) Bau 3 - 1411/87

Außenanlage Bauvorhaben der GWG
Steyr - Steinfeld (Kegelpriel) St VII
und St VIII

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 18. 3. 1987 wird im Zusammenhang mit der Asphaltierung der Garagenplätze und Zufahrten beim Bauvorhaben Steinfeld (Kegelpriel) St VII und St VIII der Auftragsvergabe an folgende Firmen nachträglich zugestimmt:

1. Fa. Wedl & Co KG, Rosenau, zum Preis von S 194.567,60
2. Fa. Mayr Bauges.m.b.H., Steyr, zum Preis von S 297.162,76

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 394.100,-- (dreihundertvierundneunzigtausendeinhundert)
bei der VSt 5/6120/002020.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 97.700,-- (siebenundneunzigtausendsiebenhundert)
bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gegen diesen Antrag ist niemand. Auch keine Enthaltungen. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Nebensammler 5, 6, 7, 8 in Steyr, Weinzierl. Der Antrag lautet:

28) Bau 6 - 6613/86

Kanalisation Nebensammler 5, 6,
7, 8 in Steyr Weinzierl

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 12. 2. 1987 wird der Auftrag zur Errichtung der Nebensammler 5, 6, 7, 8 in Steyr, Weinzierl, vorbehaltlich der Zustimmung der OÖ. Landesregierung, an die Fa. Beer & Janischowsky, Steyr, zum Preis von S 2,260.751,13 exkl. MWSt. übertragen. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,000.000,-- (zweimillionen)

bei der VSt 5/8110/050410.8 freigegeben.

Das Ansuchen um Freigabe der restlichen Mittel erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wie ich sehe, ist niemand gegen den Antrag. Auch keine Stimmenthaltungen sind zu verzeichnen. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Wehrgraben Süd. Der Antrag lautet:

29) Bau 6 - 5474/86

Kanalisation Wehrgraben Süd;
Errichtung Nebenkanal Wehr-
grabengasse 5 S 3 - S 24

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 11. 12. 1986 wurden die Arbeiten zur Errichtung des Nebenkanals Wehrgrabengasse 5 als Anschlußauftrag zum HS "A" 3. Teil - Wehrgrabensammler - an die ARGE Kanal Wehrgraben II zum Preis von S 480.817,05 exkl. MWSt. vergeben. Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel blieb einem gesonderten Beschluß im Rechnungsjahr 1987 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III wird nunmehr der Freigabe der erforderlichen Mittel zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 480.900,-- (vierhundertachtzigtausendneunhundert)

bei der VSt 5/8110/050420.7 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Wie ich sehe, liegen keine vor. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Das ist beides nicht der Fall, somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Steyrdorf, Nebensammler Wolfenstraße. Der Antrag lautet.

30) Bau 6 - 3615/86

Kanalisation Steyrdorf; NS
Wolfenstraße S 17 - S 4

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 18. 9. 1986 wurden die Arbeiten zur Errichtung des Nebensammlers Wolfbernstraße an die Fa. Mayr Bauges.m.b.H., Steyr, zum Preis von S 943.596,-- exkl. MWSt. vergeben.

Da witterungsbedingt die Arbeiten erst im Februar 1987 begonnen wurden, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 18. 3. 1987 der neuerlichen Mittelfreigabe zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 943.000,-- (neunhundertdreißigtausend)

werden bei der VSt 5/8110/050420.7 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Keine Gegenstimmen oder Enthaltungen sind zu verzeichnen. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Schlüsselhofsiedlung und in der Rösselfeldstraße. Der Antrag lautet:

- 31) Kanalisation Schlüsselhofsiedlung NK M und N in der
Rösselfeldstraße in Steyr

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 7. 4. 1987 wird der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Schlüsselhofsiedlung, Nebensammler M und N in der Rösselfeldstraße in Steyr an die Firma Mayr Ges.m.b.H., Steyr, zum Preis von S 3.737.983,-- exkl. USt. übertragen.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes vorbehalten.

Ich bitte, auch hierüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser letzte Antrag des Kollegen Schlossgangl steht zur Diskussion. Ich verzeichne keine Wortmeldung. Wer ist gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Das ist beides nicht der Fall. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Danke für die Berichte. Der nächste ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute 5 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Der erste Antrag des Stadtsenates lautet:

- 32) Städt. Verkehrsbetrieb; Zuerkennung einer Kapitaleinlage

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 24. 2. 1987 sowie des Berichtes des Kontrollamtes vom 5. 3. 1987 wird den Stadtwerken Steyr eine einmalige Kapitaleinlage in der Höhe von S 1.375.000,-- zuerkannt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 550.000,-- (fünfhundertfünfzigtausend)

bei VSt 1/8790/759200.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in

Höhe von

S 825.000,-- (achthundertfünfundzwanzigtausend)

bei derselben VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn im vorliegenden Amtsbericht bzw. Antrag hingewiesen wird, daß die Liquiditätslage bei den Verkehrsbetrieben als durchaus schlecht zu bezeichnen ist und auf die angespannte Finanzlage hingewiesen wird, kann ich dem nur beipflichten. Das Kontrollamt hat in seinem Überprüfungsbericht zur Bilanz 1985 folgende Zahlen zur Zahlungsbereitschaft festgestellt. Die Liquidität ersten Grades, das ist also die Gegenüberstellung der Barmittel und der Bankguthaben aus flüssigen Mitteln mit den kurzfristigen Verbindlichkeiten betrug 1985 5,5 %. Die Vergleichszahlen 1981 15,5 %, 1982 14,7 %, 1983 34,8 % und 1984 18 %. Die Liquidität zweiten Grades, also die Liquidität auf kurze Sicht, das ist die Miteinbeziehung der kurzfristig verfügbarer Mittel, betrug 1985 95,6 %. Die Vergleichszahlen dazu 1981 81,2 %, 1982 102,2 %, 1983 107 % und 1984 97,1 %. Letztlich die Liquidität dritten Grades, also die Liquidität auf lange Sicht. Die Gegenüberstellung sämtlicher Barmittel und Forderungen mit sämtlichen Verbindlichkeiten betrug 1985 32,6 %. Dazu wieder die Vergleichszahlen 1981 68,1 %, 1982 58,6 %, 1983 46,2 % und 1984 33,9 %. Man könnte daher meiner Ansicht nach die Liquidität ersten Grades mit 5,5 % übertiteln als besorgniserregend, die mit zweiten Grades mit 95,6 % als unerfreulich und die dritten Grades mit 32,6 % als unverständlich. Seitens der Stadtwerke - die Direktion ist ja heute abwesend - wurden aufgrund der angespannten Finanzsituation Einsparungen in Aussicht gestellt. Einsparungen dürften aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht zu einer Verschlechterung des Angebotes bzw. Fahrpreises führen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dem vorliegenden Antrag auf Zuerkennung einer einmaligen Kapitaleinlage von S 1,375.000,-- werden wir daher, obwohl sich meiner Meinung nach damit alleine sich die Liquiditätslage kaum verbessern wird, um die Zahlungsbereitschaft der Stadtwerke nicht noch mehr zu verschlechtern, die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Stadt Steyr muß ständig neue Zuschüsse an die Verkehrsbetriebe geben, um überhaupt den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Es wäre wohl sicher an der Zeit, zu beginnen, die Verkehrsbetriebe so zu sanieren, daß man von diesen Zuwendungen zumindest für die nächste Zeit eine Kürzung voraussehen könnte. Es gibt eine Menge von Möglichkeiten und ich wurde bereits zweimal von den Verkehrsbetrieben bzw. von Stadtrat Steinmaßl eingeladen, um über dieses Thema ausführlich zu sprechen. Leider kam keine Sitzung, keine Vereinbarung zu Stande. Wir hätten eine Menge von Anregungen, um die Verkehrsbetriebe so weit zu verbessern, ein Umsteigen der Bevölkerung auf die Omnibusse müßte sich eigentlich aus der Zwangslage der Situation ergeben. Die ständigen Staus in Steyr werden automatisch dazu führen, daß viele Fahrzeugbenützer, z. B. die von Münichholz nach Steyr wollen, auf Busse umsteigen, wenn diese schneller sind, wenn diese komfortabler und billiger sind. Mit dieser neuen vierspurigen Haratzmüllerstraße hätte man von vornherein eine eigene Spur für Autobusse schaffen können. Wenn eine solche Spur vorhanden wäre, so wäre zumin-

dest der Autobus schneller als der PKW. Eine Menge von Leuten aus dem Bereich Münichholz würden auf die Busse umsteigen, weil sie dann eben doch schneller an ihren Arbeitsplatz bzw. in der Stadt wären. Es gibt eine Menge von solchen Vorschlägen und wir wären gerne bereit, diese in einem Gespräch mit Stadtrat Steinmaßl zu besprechen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe an und für sich nicht die Absicht gehabt, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden, zumal Kollege Spöck, genau zum Ausdruck gebracht hat, was auch ich im Zusammenhang mit der Liquidität der städt. Verkehrsbetriebe sagen wollte. Erstmals ist es Kollegen Ramoser gelungen, daß ich mich wegen ihm zu Wort melde, denn wenn er meint, daß kommunale Einrichtungen dazu da sind, um Gewinne zu erwirtschaften, dann werden sich wahrscheinlich die Leute schön bedanken, was dann schlußendlich für die Benutzer dieser kommunalen Einrichtungen herauskommt, aber zumindest, daß für nächste Zeit - so habe ich das verstanden - sich das Gleichgewicht hält. Das ist aber gar nicht Sinn und Zweck einer kommunalen Einrichtung. Aber es ist ja nicht meine Aufgabe, den Kollegen Ramoser hier zu belehren. Ich darf auch feststellen, daß auch die finanzielle Situation im städt. Verkehrsbereich nicht dazu führt, daß dadurch die Benutzer dieser Einrichtungen zum Handkuß kommen und womöglich mit dementsprechenden Tarifierhöhungen bedacht werden. Ich glaube, daß es eine Reihe von anderen Verbesserungsmaßnahmen geben würde, eine davon ist beispielsweise die Einführung eines Kurzstreckentarifes. Denn Erhöhungen führen letztendlich auf Sicht gesehen nicht zu Mehreinnahmen. Das ist nur ein kleiner Beitrag zu dieser Situation im städt. Verkehrsbetrieb, aber es wird ja in absehbarer Zeit einmal die Gelegenheit geben, im Zusammenhang mit dieser Situation mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionsobmännern und den zuständigen Referenten zu sprechen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Bitte das Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Vorausschicken, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich, daß es richtig ist, denn wir haben zwei- oder dreimal einen Termin angesetzt, um einen sogenannten Arbeitskreis betreffend das Verkehrsgeschehen zustande zu bringen. Es ist leider aus Terminschwierigkeiten des einen oder anderen eben bisher nicht möglich gewesen, aber ich hoffe, daß man das in der nächsten Zeit über die Bühne bringen werden. Da können dann Ihre Einflüsse geltend gemacht werden. Zum Kollegen Spöck möchte ich eines sagen, diese ganzen Daten, die er vorgetragen hat, die haben ihre Richtigkeit. Ich bezweifle sein Wissen ja gar nicht, er ist schließlich Finanzbeamter. Ich darf allerdings auf eines verweisen, daß laut Kontrollamtsbericht zum Teil diese Kapitaleinlage der Stadt für die Verkehrsbetriebe aus dem Grund resultiert, daß eben die Tarifordnung als solche nicht so wie damals von den Stadtwerken beantragt über die Bühne gegangen ist, sondern man aus sozialen Aspekten heraus eben einen billigeren Tarif eingeführt hat. Laut Hochrechnung deckt eben diese Kapitaleinlage den Verlust von S 1,375.000,-- ab. Diese S 1,375.000,-- sind ja die Voraussetzung dafür, daß wir einen Gelenkslinienbus und einen Solobus ankaufen können bzw. müssen, weil ja der Wagenpark der Verkehrsbetriebe dementsprechend veraltet ist. Zum Kollegen Ramoser habe ich ja

bereits gesagt, daß die Arbeitskreise bezüglich der Terminschwierigkeiten bisher nicht zustande gekommen sind. Was die Haratzmüllerstraße vier-spurig betrifft, kann ich mir persönlich nicht recht vorstellen, daß ich auf einer Spur nur den Autobus fahren lasse, und dann mit drei Spuren, wobei ich nicht weiß, in welche Richtung man einspurig und in welche man zweispurig fährt. Für mich wäre es auch ganz schön, zu wissen, wenn man dort eine Straßenbahn installieren könnte. Das ist aber leider nicht möglich. Zum Kurzstreckentarif, Kollege Eichhübl, möchte ich sagen, daß das Problem schon eingehendst besprochen und erörtert worden ist im Kreise der zuständigen Herren. Wir haben ja an sich nur Kurzstrecken. Wenn ich von einer Haltestelle zur anderen fahre, so ist das eine Kurzstrecke. Eine längere Strecke ergibt sich z. B. vom Münichholz in die Johannesgasse. Diese ist aber im Prinzip auch eine Kurzstrecke. Anders ist das in Wien oder Linz. Da kann ich dann sagen, das ist eine Langstrecke und das ist eine Kurzstrecke. Man kann darüber sprechen, aber ich glaube, das wird nicht zielführend sein. Ich habe in meinem Bericht im Amtsblatt angeführt, daß man bei vernünftiger Lösung eines Fahrschei-nes praktisch schon mit S 3,75 das Auslangen findet. Soweit mein Bericht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Auch keine Stimmenthaltungen. Somit liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag betrifft den Ankauf eines Steyrer-Stadtlinienbusses. Der Antrag lautet:

33) OAG - 1807/87

Stadtwerke

Ankauf eines Steyr Stadtlinien-
busses und eines Steyr Stadt-
Gelenkomnibusses

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 19. 3. 1987 wird dem Ankauf eines Steyr Stadtlinienbusses und eines Steyr Stadt-Gelenkomnibusses zum Gesamtpreis von S 5,389.940,-- genehmigt. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen. Ich ersuche Sie im Interesse der Erneuerung unseres Fuhrparks um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag behandelt die Verlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges bis zur Kreuzung Gleinker Hauptstraße im Zuge des 4. Bauabschnittes des Ausbaues der Steiner Straße und der Kloster Straße. Der Antrag lautet:

34) OAG - 1692/87

Stadtwerke

Ausbau der Steiner Straße und Kloster Straße,
4. Bauabschnitt; Verlegung eines Trinkwasserversor-
gungsstranges bis zur Kreuzung Gleinker Hauptstraße;
Vergabe der Tiefbauarbeiten und Armaturenlieferung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 13. 3. 1987 werden im Zusammenhang mit der Verlegung eines Trinkwasserversorgungsstranges bis zur Kreuzung Gleinker Hauptstraße folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten
an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preis von S 301.545,-- exkl. USt.
2. Lieferung von Armaturen, Hydranten und Polyäthylenrohren
an die Fa. OAG Konti, Wels, zum Preis von S 74.800,-- exkl. USt.
3. Rohrverlegungsarbeiten
an das städt. Wasserwerk zum Preis von S 80.000,-- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen. Auch hier ersuche ich Sie um Ihre Zustimmung.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine gegenteilige Meinung oder eine Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem vierten Antrag handelt es sich um die Verlegung eines Erdgas-hochdruckstranges in der Leopold-Werndl-Straße. Der Antrag lautet:

35) OAG - 2373/87

Stadtwerke

Verlegung eines Erdgashochdruckstranges

DN 150 in der Leopold-Werndl-Straße; Ver-

gabe der Leistungen

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 10. 4. 1987 werden im Zusammenhang mit der Verlegung eines Erdgas-hochdruckstranges DN 150 in der Leopold-Werndl-Straße nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten
an die Fa. Mayr Bauges.m.b.H., Steyr, zum Preis von S 1.101.480,-- exkl. USt.
2. Herstellen des Hochdruckanschlusses an die bestehende Hochdruckleitung (Hochdruckschweißarbeiten)
an die Fa. Integral Montage Ges.m.b.H., Wels, zum Preis von S 20.280,-- exkl. USt.
3. Transport der Rohre und Formstücke
an den städt. Wirtschaftshof zum Preis von S 10.000,-- exkl. USt.
4. Rohrverlegung
an das städt. Gaswerk zum Preis von S 120.000,-- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Rohre und Formstücke zum Gesamtwert von S 642.000,-- exkl. USt. sind aus dem bei den Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch bei diesem Antrag ersuche ich um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme. Beides ist nicht der Fall. Somit einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag behandelt den Austausch diverser Absperrorgane im Trinkwasserverteilungsnetz des Wasserwerkes Steyr. Der Antrag lautet:

36) ÖAG - 2372/87

Stadtwerke

Austausch div. Absperrorgane im
Trinkwasserverteilungsnetz des Was-
serwerkes Steyr; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 10. 4. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Austausch diverser Absperrorgane im Trinkwasserverteilungsnetz des Wasserwerkes Steyr nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten

an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preis von S 492.805,--
exkl. USt.

2. Lieferung der Armaturen und Installationsmaterialien

an die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preis von S 233.329,-- exkl. USt.

3. Ausbau der Altorgane und Einbau der Neumaterialien

an das städt. Wasserwerk zum Preis von S 150.000,-- exkl. USt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 876.134,-- sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch hier ersuche ich Sie um Ihre Bewilligung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegen diesen Antrag ist wie ich sehe niemand. Auch keine Enthaltungen. Somit ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen. Danke für die Berichte Kollege Steinmaßl. Nächster ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werthe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten 5 Anträge vortragen. Der erste Antrag lautet:

37) ÖAG - 4115/86

Verkauf eines Grundstückes 1222/27

an die Gemeinnützige Wohnungsgenossen-
schaft STYRIA

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf des Grundstückes 1222/27 im Ausmaß von 860 m² um S 700,-- pro m² an die Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft STYRIA wird zugestimmt. Der Verkauf erfolgt ausschließlich mit der Maßgabe, daß sich die STYRIA zu verpflichten hat, bis Ende des Jahres 1987 ein Wohnbauprojekt nach den Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes bei den Förderungsstellen einzureichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie dem Antrag beipflichten. Danke. Dagegen ist niemand. Auch keine Enthaltungen. Somit beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Beim Schloß Engelsegg soll die zweite Bauetappe eingeleitet werden. Der Antrag lautet:

38) GHJ 2 - 4194/85

Redtenbachergasse 9, Schloß Engelsegg; Instandsetzungs- und Restaurierungsarbeiten; 2. Bauetappe

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 23. 2. 1987 werden im Zusammenhang mit der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Redtenbachergasse 9, Schloß Engelsegg, 2. Bauetappe, folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten

an die Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum Preis von S 432.415,-- ohne MWSt.

2. Gerüstungsarbeiten

an die Fa. Weidinger, Steyr, zum Preis von S 74.400,-- ohne MWSt.

3. Restaurierungsarbeiten

an Bildhauer Peter Hans Dimmel, Linz, zum Preis von S 100.000,-- ohne MWSt.

4. Gewichtsschlosserarbeiten

an die Fa. Weichselbaumer, Steyr, zum Preis von S 114.632,-- ohne MWSt.

5. Spenglerarbeiten

an die Fa. Faatz, Steyr, zum Preis von S 84.338,-- ohne MWSt.

6. Bautischlerarbeiten

an die Fa. Hackl, Steyr, zum Preis von S 67.140,-- ohne MWSt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 873.000,-- (achthundertdreiundsiebzigttausend)

bei der VSt 5/8460/010200.1 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wenn man schon ein großes Gebäude der Stadt finanziert, dann frage ich mich, warum wird dieses Schloß Engelsegg so großzügig renoviert? Was passiert mit diesen Leuten, die bis jetzt in dem Gebäude gewohnt haben? Ist das das neue Kulturhaus von Steyr. Es ist unklar, wenn man die kleinen Fraktionen von solchen Bauvorhaben erst durch einen Amtsbericht informiert, wenn man in keiner Weise

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich muß ihnen eines sagen, Herr Ramoser, endlich einmal, denn jeder, der hier im Gemeinderat sitzt, hat die gleiche Information. Es gibt da keinen Informationsvorsprung oder so etwas ähnliches, was Sie sich immer vorstellen. Das ist nicht der Fall. Jedes Mitglied des Gemeinderates hat gleichzeitig mit Ihnen den Bericht erhalten. Jedes Mitglied des Stadtsenates hat gleichzeitig mit Ihnen diesen Bericht erhalten. Sie unterstellen hier andauernd etwas, das gar nicht stimmt. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, ich nehme zur Kenntnis, daß ich genauso den Antrag bekommen habe wie jede andere Partei, doch aus dem Antrag heraus, ich kann bitte vorlesen: Die Stadt Steyr hat als Eigentümer des Objektes Redtenbachergasse 9, Schloß Engelsegg, größere Sanierungsarbeiten, wie z. B. die Erneuerung sämtlicher Fenster durch Holzfenster, die Erneuerung des Hauseinganges, Wohneinganges, die Umdeckung des Daches mit Biberschwanzziegeln, die Überarbeitung und Wiederherstellung des Fassadenputzes sowie der Gesimse, Bodenverzierungen und dgl. durchgeführt." Es steht in diesem Amtsbericht kein einziges Wort darüber, warum das ganze gemacht wird.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Weil es auffällig ist.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das alleine genügt mir nicht, Herr Kollege Pimsl. Es gibt in Steyr einige Objekte, die genauso auffällig sind.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT MAG. HELMUT ZAGLER:

Es gehört doch der Stadt Steyr.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es gibt Objekte, die der Stadt Steyr gehören und genauso sanierungsbedürftig sind. Ich frage Sie, warum wird gerade Schloß Engelsegg so renoviert. Warum will mir keiner auf diese Frage antworten?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte Vizebürgermeister Leopold Wippersberger.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich habe mir zuerst schon sehr geärgert über Ihre Ausführungen. Sie sind hier im Gemeinderat der Finanzfachmann, Sie sind der Baufachmann hier im Gemeinderat. Schauen Sie, es gibt Häuser, die der Stadt gehören, es gibt Häuser, die der Genossenschaft gehören, es gibt Häuser, die Privaten gehören. Dieses Haus ist ein denkmalwürdiges Gebäude. Das haben nicht wir festgelegt, der Herr Bürgermeister und ich, das ist von anderer Stelle, vom Bundesdenkmalamt festgestellt worden. Sie sagten zuerst, daß die Reparaturen gar nicht notwendig sind. Aber die Baufachleute sagen, daß eine Reparatur notwendig ist, sogar dringend reparaturbedürftig. Man muß da etwas machen. Wir haben die Reparatur dieses Gebäudes schon einige Jahre hinausgezogen. Jetzt muß sie gemacht werden und die Reparatur wird auch durchgeführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen. Kollege Zöchling verzichtet auf sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag. 1 Gegenstimme. Es ist nur gut, daß nicht so viele Kollegen im Gemeinderat sind wie Kollege Ramoser, denn sonst würde die Stadt verfallen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich habe nur eine Frage gestellt. Diese wurde mir zweimal nicht beantwortet.

VIZEBURGERMEISTER WIPPERSBERGER:

Die Frage ist beantwortet worden, nämlich daß das Gebäude ein Baudenkmal ist. Weil sonst fällt das Gebäude zusammen, da muß etwas geschehen. Man kann es doch nicht einfach die Häuser zusammenfallen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Damit ist dieser Antrag mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen. Bitte den nächsten Antrag.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

In diesem Antrag geht es um die Herstellung der Grundbuchsordnung der Vorplatzgestaltung Direktionsbrücke. Der Antrag lautet:

39) OAG - 7420/86

Vorplatzgestaltung Direktionsbrücke -
Wehrgrabengasse (Pizzeria Gabriel);
Herstellung der Grundbuchsordnung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Veränderungen im Bestand des öffentlichen Gutes und des Wehrgrabengerinnes im Bereiche der Direktionsbrücke - Wehrgrabengasse und der damit verbundenen Aufnahme eines Flächenteiles von 65 m² aus der Privatparzelle 979 in das öffentliche Gut sowie der Ausscheidung von 73 m² aus dem öffentlichen Gut Wehrgrabengasse und dem Wehrgrabengerinne, Parzellen 1336 und 1399, wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden oder enthält sich jemand der Stimme. Das ist beides nicht der Fall. Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING:

Hier geht es um die entgeltliche Einsatzleistung und entgeltliche Bereitstellung von Geräten der Freiwilligen Feuerwehr. Der Antrag lautet:

40) Gem - 7722/86

Gem - 7401/82

Freiwillige Feuerwehr der Stadt
Steyr; entgeltliche Einsatzleistungen
und entgeltliche Bereitstellung von
Geräten; Tarifordnung 1987

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. VI vom 17. 3. 1987 wird die in der Anlage beigezeichnete Feuerwehr-Tarifordnung für Dienst- und Sachleistungen (Sonderleistungen) der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Tarifordnung hat durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen.

(Beilage C)

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Ist jemand gegen diesen Antrag, liegt eine Stimmenthaltung vor? Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Stadtrat Ing. Schloßgangl verläßt wegen Befangenheit den GR.-Saal.

STADTRAT JOHANN ZÜCHLING

Rathausumbau, Vergabe von Arbeiten. Der Antrag lautet:

- 41) Bau 5 - 2180/86
Rathausumbau; Ver-
gabe von Arbeiten

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA. III vom 31. 3. 1987 werden im Zusammenhang mit dem Ausbau des Dachgeschosses im Rathaus (Haus Ennskai 28) nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten
an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zum Preis von brutto S 121.273,20
2. Zimmermannsarbeiten
an die Fa. Weidinger, Steyr, zum Preis von brutto S 765.798,--
3. Dachdeckerarbeiten
an die Fa. Wittner, Steyr, zum Preis von brutto S 288.916,80
4. Spenglerarbeiten
an die Fa. Wittner, Steyr, zum Preis von brutto S 218.866,80
5. Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten
an die Fa. Schloßgangl, Steyr, zum Preis von S 176.779,20
6. Elektroinstallationsarbeiten
an die Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von S 137.149,20

Unter einem werden die im Voranschlag 1987 hiefür vorgesehenen Mittel in Höhe von

S 1,600.000,-- (einemillionsechshunderttausend)

bei VSt 5/0290/010280.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Stadtrat Ing. Schloßgangl nimmt wieder an der Sitzung teil.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Bericht. Ich darf fragen, wer das Wort dazu wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich möchte feststellen zum Protokoll, daß Kollege Schloßgangl die Befangenheit statutengemäß und gemäß der Geschäftsordnung von sich aus wahrgenommen hat und den Saal verlassen hat. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag zustimmen. Danke. Gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen liegen nicht vor. Somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen. Damit, meine Damen und Herren, sind wir mit den Verhandlungsgegenständen fertig. Wir kommen zum letzten Punkt, zur "Aktuellen Stunde" und ich bitte hier die sozialistische Fraktion um ihren Beitrag. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren! Unser Herr Bürgermeister hat eingangs bei seinen Mitteilungen kundgetan, daß ihm ein Schreiben übermittelt wurde

von einer Steyrer Initiative gegen Atomgefahren und ich glaube, daß das doch von Bedeutung ist, daß wir uns hier in der "Aktuellen Stunde" damit beschäftigen sollten. Diese Steyrer Initiative gegen Atomgefahren hat ein Schreiben vom 25. 4. unserem Bürgermeister übergeben, dessen wesentlicher Inhalt besagt, dem Beispiel der Stadt Salzburg und anderen Städten in Oberösterreich zu folgen - eine Kopie dieses Schreibens liegt Ihnen allen vor - und eine ähnliche Partnerschaft mit einer Stadt bzw. einer Gemeinde im Raume Wackersdorf zu beschließen. Als geeignete Partnerstädte werden die Städte Maxhütte, das ist eine alte Eisenstadt, und Deublitze genannt, wobei sich die Initiative gegen Atomgefahren erbötig macht, die genauen Modalitäten einer derartigen Partnerschaft auszuhandeln. Die Steyrer Initiative gegen Atomgefahren sieht in einer derartigen Partnerschaft eine - wie sie sich ausdrückt - positive Alternative zu vielen negativen Formen der reinen Ablehnung als Koalition des Lebens gegen die Macht der Zerstörung. Mit Eingabe vom 8. Mai 1987 wurde eine Unterschriftenliste dazu vorgelegt, die mehr als 200 Unterzeichnete umfaßt. Eine Prüfung dieser Liste hat allerdings ergeben, daß die formalen Voraussetzungen für eine Bürgerinitiative im Sinne des § 63 b des Gemeindestatutes nicht gegeben sind, weil viele Unterzeichner nicht in Steyr ihren Wohnsitz haben oder das Wahlalter noch nicht haben. Unbeschadet des Mangels der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bürgerinitiative wurden die Sprecher der Bürgerinitiative Mag. Alfons Rotlauer, Steyr, Promenade 12, und Mag. Georg Neuhauser, Garsten, Gugerlehnerstraße 31 und Gerti Fellerer, Steyr, Siemensstraße 2, zu einer Aussprache eingeladen, als deren Ergebnis festzuhalten ist, daß auf die formale Abwicklung des Verfahrens im Sinne des Gemeindestatutes nicht bestanden wird, wenn sich der Gemeinderat von sich aus bereit findet, das Problem aufzugreifen. Es wird seitens der sozialistischen Fraktion deshalb vorgeschlagen, die gesamte Problematik zunächst in einer Fraktionsobmännerbesprechung zu behandeln, die man für Mittwoch, 20. Mai 1987, 9.00 Uhr, festgelegt hat. Daraufhin soll dann eine Aussprache mit den Vertretern der Bürgerinitiative am Dienstag, 26. Mai 1987, 16.00 Uhr stattfinden. Es erscheint jedoch die Feststellung notwendig, daß sich die im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien schon bisher mit der potentiellen Bedrohung aus der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf auseinandergesetzt haben. Ich erinnere daran, daß die Obmänner alle im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Parteien folgende Resolution seinerzeit beschlossen haben.

1. Die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.
2. Die Frage der Nutzung der Kernenergie ist zu internationalisieren, so daß die Errichtung eines Atomkraftwerkes als völkerrechtlicher Tatbestand aufzufassen ist. Die Interessen von Anrainerstaaten sind ebenfalls zu wahren und ist diesen ein Mitspracherecht einzuräumen.
3. Darüber hinaus soll die Bundesregierung ersucht werden, alle atomkraftbetreibenden Nachbarstaaten zu einer eingehenden Überprüfung des technischen Standards und der Sicherheitsvorkehrungen ihrer Atomkraftwerke zu veranlassen und die erforderlichen Maßnahmen einer überstaatlichen Kontrolle zu unterziehen.

Die Resolution, die dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Landeshauptmann zugestellt wurde, hat ein durchaus positives Echo erfahren. Im Brief des Bundeskanzlers vom Oktober 1986 heißt es unter anderem: "Die österreichische Bundesregierung hat aus dem Unfall in Tschernobyl die Konsequenzen gezogen und erklärt, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten. Die Bundesregierung ist bestrebt, die Gefährdung der

österreichischen Bevölkerung durch Atomenergieanlagen im Ausland so weit wie möglich zu verhindern und hat mit allen kernenergienutzenden Nachbarstaaten Verhandlungen für Abkommen über Fragen der Kernenergie aufgenommen." Ganz allgemein heißt es, daß die Bundesregierung im Rahmen der völkerrechtlichen Möglichkeiten auch weiterhin alles zum Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihrer natürlichen Lebensgrundlage unternehmen wird. Bei den weiterführenden Verhandlungen zu der Gesamtproblematik wird hier daher auf die Reaktion des Bundeskanzlers Bedacht zu nehmen sein und ist die Frage zu prüfen, ob durch eine Städtepartnerschaft in dieser Richtung mehr erreicht werden kann. Mir erscheint es wesentlich, daß seitens der Bundesregierung alle mit der Nutzung der Kernenergie und in Zusammenhang stehenden Fragen nunmehr internationalisiert werden und daß man die Errichtung von Atomkraftwerken als völkerrechtlichen Tatbestand auffaßt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Wippersberger, der diese Erklärung oder dieses Thema namens der sozialistischen Fraktion beleuchtet hat oder zunächst als eine erste Stellungnahme abgeführt hat. Österreichische Volkspartei Kollege Holub bitte.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Durch die Steyrer Initiative gegen Atomgefahren sind alle Fraktionen im Gemeinderat von diesem Anliegen in Kenntnis gesetzt worden. Ich habe schon telefonisch meine persönliche Meinung dazu gesagt, die sich auch mit der Meinung meiner Fraktion deckt. Grundsätzlich kann man nicht umhin und das ist ja eine Tatsache, die - so glaube ich - in diesem Raum niemand bestreitet, daß wir alle gemeinsam geprägt sind von der Sorge vor weiteren Atomunfällen. Was durch den Unfall von Tschernobyl über uns hereingebrochen ist, das erleben wir in restlichen Auswirkungen heute noch täglich, stündlich. Was noch passieren kann, das wissen wir nicht. Ich glaube, daß wir die Dinge einer Atompartnerschaft nach Salzburger Muster sehr sorgfältig überlegen müssen. Ich persönlich könnte mir sehr schlecht vorstellen, daß wir von uns aus in der Bundesrepublik Deutschland von Gemeinde zu Gemeinde ziehen und dort anklopfen und fragen, "liebe Gemeinde "sowieso", wärest Du bereit, mit uns eine Atompartnerschaft zu bilden." Ich persönlich könnte mir aber sehr wohl vorstellen, daß wir dem Ersuchen einer bundesdeutschen Gemeinde auf Abschluß einer Atompartnerschaft wenn wir die Konditionen kennen durchaus wohlwollend näher treten sollen. Ich kann mir persönlich jedenfalls nicht vorstellen, was in der schriftlichen Mitteilung der Initiative geschrieben steht, daß die Steyrer Initiative gegen Atomgefahren nach einem Grundsatzbeschuß des Steyrer Gemeinderates bereit wäre, die genauen Modalitäten dieser Partnerschaft auszuhandeln. Wenn der Gemeinderat einer Stadt sich über Veranlassung von wo auch immer entschließen sollte, eine Partnerschaft einzugehen und Solidarität zu bekunden oder sonst welche Zielsetzungen, das müßte dann definiert werden. Ich kann mir sehr schlecht vorstellen, daß der Gemeinderat die Beschlusshoheit aus der Hand gibt und die Modalitäten einer Initiative zur Vereinbarung überläßt. Wie die Initiative in der Tat selbst die Modalitäten festlegen, so ist es ihr ja völlig unbenommen, eine zivile Partnerschaft von Initiative zu Initiative abzuschließen. Wenn man die Inhalte kennt, so bin ich überzeugt, daß der eine oder andere dieser Initiative auch beitrifft. Aber ohne Kenntnis der Inhalte sehe auch ich mich außer Stande, dem Gemeinderat den Vorschlag zu machen, von sich aus heute schon eine Partnerschaft mit einer der beispielhaft angegebenen Städte abzuschließen. Es müßte je bei den guten Beziehungen der gefertigten Initiatoren ohne weiteres zumeßbar sein, daß die Schwesterinitiativen in der Bundesrepublik

mit der dortigen Gemeindeverwaltung übereinkommen, daß der Stadt Steyr so etwas angeboten werden sollte, respektive die Stadt Steyr zum Abschluß einer Initiative ersucht, gebeten oder aufgefordert, es dann ein Spiel mit der Sprache wird. Soweit also meine persönliche Meinung und auch die Meinung meiner Fraktion. Was mich persönlich betrifft, so kann ich nur noch einmal sagen, ich habe ein sehr wohlwollendes Interesse, empfehle aber nicht, von der Stadt aus selbst zum derzeitigen Informationsstand Initiativen und Aktivitäten zu setzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Kollegen Holub für den Beitrag. Für die GAL bitte Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wir haben vor ca. 1 Jahr eine Resolution beschlossen, die Vizebürgermeister Wippersberger so eben vorgelesen hat, eine Resolution gegen Wackersdorf, gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Die natürliche Fortsetzung daraus war, wenn wir heute oder zumindest anregen und für die Zukunft vorbereiten, nämlich eine Partnerschaft mit einer Stadt, die ähnliche Bedingungen hat wie die Stadt Steyr, eine Stadt wie Maxhütte oder Deublit. Es gibt bereits zwei Städte, die sich anbieten würden und man könnte natürlich dann diese Probleme von Städten, die unmittelbar in der Nähe von Wackersdorf sind, kennenlernen und ihre Probleme mit dieser Atomanlage mitfühlen und mitkennlernen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir versuchen würden, so eine Stadt auszusuchen und uns mit dieser Bewegung - es gibt dort Städte mit großer sozialistischer Mehrheit - in Verbindung setzen und genau das ausarbeiten - wie Kollege Vizebürgermeister Holub bereits gesagt hat, nämlich die Stadt tritt an uns heran und wir können ihre Sorgen kennenlernen. Ich sehe es als einen bedeutenden Schritt wenn wir uns solidarisieren mit anderen Städten, die unter der Regierung "Strauß" sehr leiden. Bei den Sozialisten in Bayern wird jetzt die Lage anders aussehen und die Belastung, die uns später einmal trifft, würde wahrscheinlich nicht eintreten. Ich würde Sie darum bitten, daß wir versuchen, so eine Stadt wie Maxhütte oder Deublit anzuschreiben und um eine Antiatompartnerschaft mit dieser Stadt ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Bitte Kollege Eichhübl dazu.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich darf grundsätzlich für die freiheitliche Gemeinderatsfraktion feststellen, daß ich die Aktivitäten der Steyrer Initiative gegen Atomgefahren als sehr positiv bewerte und Kollege Wippersberger hat ja bereits darauf hingewiesen, daß wir bereits vor einem Jahr im Rahmen von Fraktionsobmännerbesprechungen mehrmals Gelegenheit hatten, im Zusammenhang mit der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf Gespräche zu führen und schließlich auch diese Resolution zu verabschieden. Ich glaube aber auch, daß es nicht der richtige Weg wäre, jetzt einen Grundsatzbeschuß des Gemeinderates herbeizuführen, um mit einer Stadt dort in Partnerschaft zu treten und dann diesem Verein die weiteren Ausarbeitungen der Modalitäten zu überlassen, sondern es wäre besser, wenn - wie Kollege Holub gemeint hat - eine Stadt aus Deutschland an uns bzw. an die Stadtverwaltung herantritt und dann eben im Rahmen einer Gemeinderatssitzung bzw. einer Vorbesprechung der Fraktionsobmänner die nähere Vorgangsweise abzusprechen wäre. Ich habe aber doch auch meine bisherige Ansicht, nämlich mich gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf einzusetzen, bestätigt gefunden. Ich habe zufällig heute, ohne gewußt

zu haben, daß dieses Thema behandelt wird, eine offizielle Stellungnahme des Umweltbundesamtes zur Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf bei mir und ich möchte hier nur grob erklären, daß dieses Bundesministerium an und für sich keine größeren Gefahren für Österreich sieht. Ich darf mir erlauben, den Schlußsatz Ihnen vorzulesen, wo man doch auf ein Ergebnis kommt, das folgendermaßen aussieht. Ein Restrisiko für das Auftreten schwerster Störfälle auch für solche Nichtauslegungsstörfälle, deren Auswirkungen auf Österreich weitaus schwerer als die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wären, bleibt jedoch bestehen. Wie groß dieses sicherlich äußerst kleine Risiko, etwa durch Zerstörung von Teilen der Anlage im Kriegsfall wäre, kann allerdings von uns nicht beurteilt werden. Aber dieses kleine Restrisiko ist es wert, daß man sich dagegen ausspricht und dafür einsetzt, diese Aufbereitungsanlage zu verhindern. Das wäre vorerst einmal eine grundsätzliche Stellungnahme der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion. Wir werden aber noch in absehbarer Zeit Gelegenheit haben im Rahmen einer Fraktionsobmännerbesprechung. Danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich möchte auch ganz kurz nur Stellung nehmen zu diesem Problem, das heute an uns herangetragen wurde und das, so glaube ich, richtigerweise heute hier in dieser "Aktuellen Stunde" behandelt wurde. Ich glaube, daß verständlich ist und daß wir alle die Sorgen, die die Menschen veranlassen, solche Eingaben zu unterfertigen, ernst nehmen sollten. Wir haben bewiesen als Gemeinderat schon in der Vergangenheit, daß wir uns mit diesem Problem beschäftigt haben. Es gibt natürlich gewisse Formalitäten, die einzuhalten sind. Heute in dieser "Aktuellen Stunde" ist es natürlich nicht möglich aus den verschiedensten Gründen, die schon angeführt wurden, aber auch aus statutarischen Gründen, daß Beschlußfassungen oder ausführliche Diskussionen in breiter Masse durchgeführt werden. Das liegt an der Einrichtung dieser "Aktuellen Stunde". Ich möchte aber meine Einladung an die Fraktionsobmänner am Mittwoch, 20. 5. 1987, um 9.00 Uhr, wiederholen. Diese Einladung ergeht deswegen heute, weil ich glaube, daß die Fraktionsobmänner von sich aus in diesem Zusammenhang ihre Fraktionen entsprechend informieren sollten und in den Fraktionen entsprechende Beratungen auch noch abgeführt werden sollen. Eine schriftliche Einladung zu dieser Besprechung wird nicht mehr ergehen. Ausgenommen ist Kollege Tremel, der heute nicht anwesend ist. Ich glaube, daß dieses Gremium dazu berufen ist, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen und mit den Dingen, die hier angezogen wurden, sich eingehend zu beschäftigen. Im übrigen glaube ich, daß darf ich hier auch zum Ausdruck bringen, daß meine Meinung auch dahin geht, daß die Initiative zu einer Verbindung doch unmittelbar von den Betroffenen ausgehen sollte. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Es wird die Diskussion in den Fraktionen ohnehin in sehr breiter Form durchgeführt werden. Mehr kann ich heute zu dieser Eingabe nicht sagen. Formell, das möchte ich auch noch einmal betonen und das hat Kollege Wippersberger bereits angeführt, wäre diese Eingabe abzulehnen gewesen. Wir glauben aber, daß das Problem so ernst ist, daß wir uns auch an formellen Dingen nicht stoßen dürfen und daher trotzdem eine Behandlung vornehmen sollten. Die österr. Volkspartei hat keinen Beitrag zur "Aktuellen Stunde". Die GAL bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

In den letzten Wochen hat uns ein zweites Thema sehr beschäftigt, es war die Milch. Ein Jahr nach Tschernobyl kam neuerlich eine Radioaktivität zu uns, nämlich die gespeicherte, in den Futtermitteln vorhandene und jetzt ver-

fütterte Radioaktivität wurde durch die Kuh zur Molkerei gegeben. Die Molkerei lieferte uns brav, ohne zu sagen, welche Grenzwerte die Milch hat, diese Milch. Es gab sehr viele besorgte Eltern, die Sorge um ihre Kinder hatten, weil man durch Messungen daraufgekommen ist, daß eine neuerliche Belastungswelle durch die Milch auf uns zukommt. Es gab Messungen, die den Grenzwert von Milch von 2 Nanocurie Cäsium 137 wesentlich überschritten hat. Es gab aber auch Messungen, die 5 Nanocurie Cäsium 137 wesentlich überschritten hatten. Es ist der Grenzwert als solcher hier sehr problematisch. Der Grenzwertbereich sagt aus, daß Milch nicht mehr als 2 Nanocurie (Kindermilch) haben darf. Leider ist nicht nur Cäsium 137 in der Milch, sondern auch Cäsium 134. Cäsium 137 hat eine Halbwertszeit von 28 Jahren, Cäsium 134 von 2 Jahren. Nach einem Jahr ist es doch möglich, diese beiden Werte zusammenzuzählen und man kommt dann auf Grenzwerte weit über dem Wert, den das Bundesumweltschutzamt vorsieht. Genau aus diesem Grund wurden sehr viele Eltern aktiv, bildeten eigene Kreise und schreiben Briefe an den Milchhof Steyr, der dann in einer Aussendung in der Steyrer-Zeitung eine bezahlte Anzeige in der ersten Seite genau dies wiedergab, was eigentlich nicht sein dürfte. Sie sprachen genau von dem, daß beide Cäsiumwerte vorhanden sind in der Milch, jedoch nicht zusammengezählt werden dürfen. Ich habe mich erkundigt und es ist durchaus möglich und es ist in vielen Bereichen auch so, daß diese beiden Werte zusammengezählt werden. Ich fordere daher, daß wir versuchen sollten, unsere Bevölkerung in Steyr rechtzeitig zu informieren. In Linz ist z. B. passiert, daß die O.Ö. Nachrichten täglich veröffentlichen, welcher Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Staub in der Luft ist. Man könnte das ganze ergänzen und die Radioaktivität von Milch, Fleisch und Obst bekanntgeben. So kann es durchaus möglich sein, daß man rechtzeitig die Gefahren erkennt und rechtzeitig Schritte dagegen einsetzen kann. Ich glaube, jeder Steyrer soll die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob er seinen Kindern radioaktive Milch gibt oder ob er diese Milch seinen Kindern verwährt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der sozialistischen Fraktion Kollege Wippersberger.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Hervorgerufen wurde diese Angelegenheit anscheinend durch einen Artikel von den O.Ö. Nachrichten in der Samstag-Ausgabe. Ich habe diese Zeitung selbst erst einige Tage später in die Hände bekommen. Es war eine kleine Delegation bei mir, besorgte Eltern, mit diesem Artikel in der Zeitung und noch außerdem von einem Wiener Institut, das Messungen festgestellt hat, die über den Grenzwerten lagen. Die Zeitung hat sicherlich einen Fehler gemacht, ich habe mich sofort mit unserem Amtsarzt, Herrn Dr. Nones, in Verbindung gesetzt. Er hat dann festgestellt, daß ein Zusammenzählen der beiden Cäsiumwerte 137 und 134 nicht statthaft ist. Wenn man nur das Cäsium 137 nimmt, dann ist in einigen Tagen der Grenzwert etwas überschritten worden. Wir haben sofort veranlaßt, daß Proben entnommen wurden von dem Produkt der Molkerei Garsten, nach Seibersdorf geschickt. Dort wurden die Kontrollen durchgeführt und wir haben bei diesen Proben dann festgestellt, daß die Werte darunter lagen. Also unter 2 NC, von denen gesprochen wird. Seither sind wiederum mehrmals Messungen vorgenommen worden und bei diesen Messungen wurden ständig Werte gemessen, die unter diesem Wert lagen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diese Aufklärung. Ich darf auch noch anführen, daß ich in meiner Mitteilung an die Bürger unserer Stadt auf der Seite 3 des Amtsblattes ausführlich auf diese Problematik diesmal in der Mainummer hingewiesen habe und die Molkerei Garsten wurde mit einem Schreiben gebeten, regel-

mäßig uns zu melden, in kürzeren Abständen als dies bisher der Fall war. Das möchte ich hier sagen. Seitens der österr. Volkspartei bzw. des Gesundheitsreferenten Kollege Holub.

VIZEBURGERMEISTER KARL HOLUB:

Natürlich ist das ein sehr sensibles Thema gewesen, natürlich hat es da sehr umfangreiche Gespräche gegeben zu diesem Thema und natürlich sind die Probenziehungen nach wie vor überprüft worden. Der gemessene Wert war bei der Schulmilch 1,3 Nanocurie beim Cäsium 137. Es wurde festgestellt, daß es nicht zulässig ist, die beiden Cäsiumwerte 134 und 137 zu addieren, weil die Grenzfestlegung indessen erfolgt ist seinerzeit als das ganze Unglück passiert ist, daß 134 und 137 Cäsiumisotopen normalerweise gemeinsam auftreten und das in einer sehr homogenen Verbindung voneinander nicht trennbar ist, sodaß es also genügt hat, war die Meinung der verordnenden Wiener Behörde, den Grenzwert auf Cäsium 137 zu fixieren. Die Grenzwertfestsetzung selber bei 5 Nanocurie betrifft die Konsummilch im allgemeinen, der fälschlicherweise als Grenzwert zitierte Richtwert von 2 Nanocurie betrifft die Schulmilchabgabe und ein Grenzwert jetzt wieder von 0,3 Nanocurie betrifft die Babymilch. Das nur einmal zur Begriffsklarstellung, weil wir ja alle mit Ausdrücken überhäuft werden, die uns von der Schulbildung her nicht so geläufig sind wie vieles andere und weil natürlich dann in der Komponente der Angst ein wertfreies Verstehen von Zahlen nicht zumutbar ist. Das ist völlig klar. Wenn jemand Angst hat, so kann man ihm wahrscheinlich überhaupt nicht plausibel erklären, daß er Cäsium 134 und Cäsium 137 aus diesen rationalen Gründen miteinander nicht addieren braucht, weil die Grenzwertfestlegung sich auf das Cäsium 137 orientiert hat und damit die Kontrolle über Cäsium 134 verbunden ist. Ich bin mir klar, daß man das niemandem klarmachen kann. Ich bin weder Physiker noch Chemiker, ich muß den Leuten glauben, die uns informieren und zwar von fachmännischer Seite. Was ich aber ein wenig an der ganzen Panikstimmung kritisieren muß, die da kurzfristig aufgekommen ist und vielleicht auch noch vorhanden ist, das ist die Tatsache, daß man nicht versucht hat, mit dem Gesundheitsamt bzw. mit dem Amtsarzt der Stadt Kontakt aufzunehmen und den Verdacht zu äußern "Leute, ich habe das Gefühl, hier stimmt etwas mit der Schulmilch nicht. Lieber Amtsarzt, kümmere Dich darum." Das geschah nicht, sondern man hat gleich den Weg zur Universität Wien gesucht und offenbar auch gefunden, sonst hätte es nicht die Gutachten gegeben. Sei dem wie es wolle. Das sollte jetzt kein Vorwurf sein, das war das Institut für Experimentalphysik an der Universität Wien, das dieses Gutachten abgegeben hat, das nach der Lebensmittelaufsicht und den ganzen gesetzlichen Regelungen an sich zur Kontrolle nicht Organ ist. Soweit dazu. Der Vorwurf, den ich den besorgten Eltern machen muß, obwohl ich die Besorgnis verstehe, ist der, hätten sich die Eltern bitte bei Verdachtsmomenten an den Amtsarzt gewendet. Der Amtsarzt ist der Mann, der dafür bezahlt wird, daß er der Gesundheit und den Gesundheitsaspekten unserer Bevölkerung größtes Augenmerk schenkt. Wenn er das früher gewußt hätte, hätte er rechtzeitig Antwort geben können. Wenn etwas passiert wäre, hätte man durch diesen Weg Zeit verloren. Wir müssen den Grundsatz der Unschuldsvermutung jedenfalls bei den Beamten lassen können, daß es zumindest in der öffentlichen Meinung den Beamten das Recht zugebilligt werden muß, rechtens und richtig zu handeln. Wenn von Haus aus die Stimmung kommt, der Beamte, das ist ein Mensch, der einen Eid geleistet hat, der verstößt fortwährend gegen diesen Eid, man könnte ihm also grundsätzlich nicht trauen, daher müßte man andere Kontrollwege gehen, so widerspricht das im Prinzip dem Grundsatz der Unschuldsvermutung. Ein Mörder ist erst dann ein Mörder, wenn ihm die Schuld durch ein Gericht nachgewiesen wird. Grundsätzlich hat er vor dem Recht als unschuldig zu gelten, bis der Sachverhalt anders

dargestellt ist. Ich glaube, daß einem unter Amtseid stehenden Beamten genau das gleiche Recht zugebilligt werden muß. Vielleicht noch eine weitere Bitte an die Eltern oder überhaupt an die Mitbürger, wenden Sie sich bitte an das Gesundheitsamt. Wer denn, wenn nicht der Amtsarzt könnte profund eine Auskunft geben. Alles andere führt uns in Stimmungen hinein, die jedenfalls kritikwürdig sind, die dann zu Äußerungen führen, "Gebt Euren Kindern keine Milch, davon sterben sie!" Das ist also das andere Extrem. Ich habe heute nochmals mit Dr. Nones darüber gesprochen und der hat mir gesagt, daß in der letzten Zeit der höchstgemessene Wert 1,5 Nanocurie beim Cäsium 137 war, daß der gemessene Durchschnitt 1,3 Nanocurie bei der Schulmilch war. Daß der Wert, wie Sie Kollege Ramoser gesagt haben, von 5 Manocurie bei der Schulmilch überhaupt nie festgestellt worden ist, das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Das ist eine Aussage, die nicht korrekt ist. Der Richtwert von 2 Nanocurie wurde nach den Messungen bei der Lebensmittelprüfstelle beim Land zweimal überschritten, und zwar unwesentlich überschritten. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Schulmilch laufend kontrolliert wird und daß von einer Gesundheitsgefährdung über das zumutbare Maß hinaus keine Rede sein kann. Im übrigen muß darauf verwiesen werden, daß die Grenz- und Richtwerte in der Republik Österreich halb so groß sind als die in sonstigen vergleichbaren Ausländern. Ob Ihnen das gefällt, Herr Kollege Ramoser, oder nicht, es ist so. Es ist eine Frechheit, sind Sie mir nicht böse, wenn ich den Ausdruck Frechheit gebrauche, ansich geziemt es sich von hier aus Ihnen noch etwas ganz anderes zu sagen, aber ich mache Ihnen die Freude nicht, daß ich die Nerven verliere. Sie nicht.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Für die österr. Volkspartei Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Auch ich erinnere mich an das, wertee Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, was vor einem Jahr in Tschernobyl passiert ist mit Schauern zurück. Es war die Zeit, wo meine Frau kurz vor der Entbindung stand, es war die Zeit, wo unsere Tochter Katrin 3 Jahre alt war und wir ihr verbieten mußten, im Sand und in der Wiese zu spielen. Diejenigen von den Kollegen in unserer Runde oder in der Zuhörerschaft, die sich in ähnlicher Lage befunden haben, wissen, was das für meine Frau und für mich bedeutet hat. Zur Schulmilch, wie wir gehört haben, wurden die Strahlengrenzwerte mit Erlaß des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mit 5 Nanocurie Cäsium 137 pro Liter festgelegt. Für Trinkmilch wurde von der OÖ. Landesregierung ein Präferenzwert von 2 Nanocurie Cäsium 137 angegeben. Die Milch der Molkerei Garsten wurde von den Lebensmittelaufsichtsorganen einmal wöchentlich überprüft und Proben laufend an das Umweltbundesamt, Außenstelle Linz, zwecks Untersuchung übermittelt. Dieser Grenzwert wurde ein paarmal aber nur geringfügig überschritten. Es besteht daher meiner Information nach keine Gefahr für die Gesundheit unserer Kinder. Die Babymilch mit einem Grenzwert von 0,3 Nanocurie Cäsium 137 wäre sicherlich zu begrüßen gewesen, aber die Ausgabe sicherlich nur unter höchst bürokratischem Aufwand auch möglich gewesen. Da jedoch durch die jetzt beginnende Grünfütterung sich die Werte sich noch verbessern werden und die Kontrollen ja laufend weitergehen, kann meiner Meinung nach - ich habe auch darüber erst kürzlich mit meiner Kinderärztin gesprochen - den Kindern die Milch sicherlich bedenkenlos gegeben werden.

BURGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl dazu.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertest Präsidium!
An und für sich ist es wirklich ein sehr wichtiges und aktuelles Thema, daß Kollege Ramoser hier angeschnitten hat. Es hat aber doch im Verlauf der Diskussion gezeigt, daß man, wenn man Zahlen bekanntgibt, doch etwas vorsichtiger sein müßte. Ich glaube, es gibt nichts schlimmeres als durch solche Bekanntgaben, jene noch mehr zu verunsichern, als sie schon verunsichert sind. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Eichhübl bleibt gleich hier, weil er als Fraktionsobmann jetzt an der Reihe ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werter Herren Bürgermeister!
Ich habe heute für die "Aktuelle Stunde" seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion ein Thema ausgesucht, ohne zu wissen, daß ausgerechnet dieses Thema eingangs der Sitzung bei der Berichterstattung von Herrn Bürgermeister Schwarz im Zusammenhang mit der Erstellung einer Resolution der ÖVP-Stadtparteileitung behandelt wird, nämlich die Sonderförderung Steyr. Mir scheint dieses Thema aber so wichtig zu sein, daß ich es Ihnen heute nochmals in kurzer Form vortragen möchte und auch nicht zuletzt deshalb, weil wir bereits nach Erscheinen und unmittelbar nach Erscheinen der ÖÖ. Nachrichten am 29. 4. 1987 folgendes abgedruckt war: "Nachdem das Finanzministerium dem Land Förderungsmittel nach Rücksprache mit dem Wirtschafts- und Verstaatlichtenministerium schon zugesagt hatte, wandte Herr Wirtschaftsminister Graf unerwartet ein, daß er seine Entscheidung erst im Herbst treffen kann. Erlauben Sie mir aber, bevor ich näher auf dieses Thema eingehe, doch ein paar einleitende Sätze. Sehr viele von uns hier Anwesende aber auch sehr viele unserer Bürger haben gerade in letzter Zeit Gelegenheit, bei besonderen Anlässen dabei zu sein, bei Feierlichkeiten mitzuwirken und ich meine damit, wenn ich besondere Anlässe sage, beispielsweise die Eröffnung des Museums Arbeitswelt im Wehrgraben und aber auch die positiven Aspekte aufgrund der Ankündigungen von auswärtigen Betrieben, sich hier in Steyr niederzulassen. Ich glaube, all diese positiven Erscheinungen dürfen das Problem, das nach wie vor im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation, im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, die hier in der Region Steyr vorherrschen, nicht zurückdrängen. Ich darf Sie daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates und Dich Herr Bürgermeister, bitten, daß wir nochmals in Form einer neuerlichen Resolution an das Land und an den Bund herantreten, um zu erreichen, daß die Sonderförörderungsaktion für die Region Steyr wieder Platz greift, um die Wirtschaft anzukurbeln, um wieder Arbeitsplätze zu erhalten und weitere Arbeitsplätze zu errichten. Die Zahl der Arbeitslosen hier in Steyr ist wirklich besorgniserregend und ich glaube es ist ein Gebot der Stunde, daß sich der gesamte Gemeinderat mit aller Kraft dahintersetzt, ein Sonderförörderungsprogramm zu erreichen im Interesse der Bürger nicht nur unserer Stadt, sondern im Interesse der Bürger und der Bewohner der gesamten Region Steyr. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Darf ich kurz zu diesem Problem als Bürgermeister noch einmal Stellung nehmen. Ich habe ja einleitend auf die Problematik hingewiesen. Ich bin auch der Meinung, daß wir Maßnahmen setzen sollten, sollte hier in den nächsten Wochen keine Ratifizierung vorgenommen werden, dann teile ich durchaus die Meinung, daß man einen Akt seitens des Gemeinderates wieder setzt, der sowohl an das Land als auch an den Bund wieder unsere vehemente Forderung heranträgt. Ich weiß, daß wir jede Gelegenheit, jedes Gespräch nutzen, um diese Problematik anzuziehen und anzuführen. Ich wiederhole mich jetzt, wenn ich darauf hinweise, daß das

Sonderförderungsprogramm 1984 und 1985, als es in Kraft war, laut Aussagen des Landes und des Bundes in unserer Region rund 500 neue Arbeitsplätze gebracht hat. Wir hoffen, daß auch eine neue Förderungsaktion, ein neues Sonderförderungsprogramm wieder in ähnlicher Form greifen könnte. Wir haben derzeit große wirtschaftliche Probleme. Wir haben heute in einigen Punkten diskutiert über Betriebsförderungen. Man ist nicht sehr glücklich über diese Art, aber wir werden quasi von den Betrieben praktisch hier erpreßt, damit sie sich bei uns niederlassen. Wir kämpfen eigentlich um jeden Arbeitsplatz und ich glaube auch, daß es gerechtfertigt ist, daß die Stadt diesen Kampf entsprechend durch einen gemeinsamen Beschluß wiederum unterstützt. Das ist meine Meinung dazu. Man sollte, wenn in den nächsten Tagen oder Wochen, keine Entscheidung kommt, sich im nächsten Gemeinderat ausführlich mit dieser Problematik nochmals auseinandersetzen.

Ich darf fragen, ob seitens der sozialistischen Fraktion jemand das Wort wünscht? Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es wurde eingangs der Gemeinderatssitzung während meiner Abwesenheit auf dieses Thema eingegangen. Es ist aber dennoch hinzuzufügen, daß es schon etwas eigenartig ist, wenn in mehreren "Aktuellen Stunden" des vergangenen Jahres von der sozialistischen Fraktion teilweise durch meine Person auf die Notwendigkeit eines zweiten Sonderförderungsprogrammes für die Region Steyr eingegangen wurde, hier von der ÖVP die Notwendigkeit sowohl von der Gemeinderatsfraktion wie auch vom zuständigen Landesrat Dr. Leibenfrost verneint wurde. Zuletzt, und ich wiederhole meine Ausführungen, im Gemeinderat im Juni des vergangenen Jahres zur "Aktuellen Stunde" bei der Jubilarehrung der Steyr-Werke, wo eine konkrete Anfrage eines Festredners auf den Abschluß eines Sonderförderungsprogrammes für die Region Steyr hingewiesen wurde, Dr. Leibenfrost eine solche Notwendigkeit nicht sah, im Gemeinderat der Kollege Schloßgangl eine gleich ähnliche Antwort auf diese unsere Forderung gegeben hat. Es war bisher üblich bei diesen Themen eine gemeinsame Vorgangsweise zu wählen, aber offenbar ist man jetzt dabei aus Gründen, die ich nicht kenne, einen eigenen Weg zu beschreiten, der sicherlich in dieser Form weder der Stadt noch der Wirtschaft und den betroffenen Arbeitslosen vor allem helfen wird. Ich glaube daher, daß es erstens notwendig ist, gemeinsam weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um dieses Sonderförderungsprogramm auch tatsächlich für die Stadt Steyr zu erreichen und damit aber auch ein weiteres Argument der etwas zu geringen Wirtschaftsförderung für private Wirtschaft zu entkräften, denn das erste Sonderförderungsprogramm für die Region Steyr hat beträchtliche Mittel für die Wirtschaft in Steyr, für die Privatwirtschaft in Steyr ergeben. Ich glaube, es ist unwesentlich, aus welchem Titel und aus welchen Konten die Gelder für die Wirtschaft gehen werden. Es ist rechtlich sowieso klar, daß nicht die Stadt oder die Gemeinde für die Wirtschaftsförderung zuständig ist, sondern der Bund im überwiegenden Ausmaß und der Bund bietet seine Hilfe seit Jahren permanent an, es wird permanent abgelehnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Für die österr. Volkspartei Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nachdem ich persönlich und direkt angesprochen wurde, möchte ich einmal feststellen, daß ich prinzipiell und grundsätzlich nie gegen die Sonderförderung war. Es ist nur eines - da waren sich alle einig, sowohl der Bund als auch das Land - , daß man nach Auslaufen dieses ersten

Programmes beschlossen hat, nach einer Verlängerung von 1 Jahr diese Förderung einmal stillzulegen, weil auch andere Regionen in Oberösterreich dringend einer Förderung bedurften. Wenn sich die ganze Sonderförderung sehr lange hinausgezögert hat, so ist das nicht zuletzt auch daran gelegen, daß man eine gewisse Änderung herbeiführen wollte, die Förderung in puncto Fremdenverkehr, ERP-Kredite etwas abändern wollte und sich hier Bund und Land nicht vollkommen einig waren. Nun ist dazwischen gekommen, daß die Wahlen und damit eine neue Regierung in Tätigkeit getreten ist, was wiederum eine Verzögerung ergeben hat. Bezüglich des Vorwurfes, den der Herr Bürgermeister zu Beginn der heutigen Gemeinderatssitzung an die ÖVP-Fraktion gerichtet hat, daß diese in einem Alleingang dem Minister Streicher einen Brief geschrieben hat, möchte ich darauf hinweisen, daß ihr das Recht sehr wohl zusteht. Wir haben uns bemüht und Kollege Holub und ich waren eine der ersten, die nach Bekanntwerden der weiteren Krise in den Steyr-Werken zu Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und zu Landesrat Dr. Leibenfrost gefahren sind und dort interveniert und unsere Bitte vorgetragen haben, hier aktiv zu werden. Daß sich bis heute noch kein Erfolg eingestellt hat, liegt sicherlich nicht nur auf Seite des Landes. Das möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen. Wir haben vor kurzem mit Landesrat Dr. Leibenfrost ein Gespräch geführt. Es sind noch in nächster Zeit Gespräche mit dem Bund im Gange und es ist zu erwarten, daß ein Abschluß kommt. Einen genauen Termin kann ich nicht sagen. Selbstverständlich sind wir genauso interessiert und wir sind auch an einem gemeinsamen Vorgehen interessiert, daß hier etwas geschieht. Als Vertreter der Wirtschaft liegen mir die Steyr-Werkeangehörigen, die heute arbeitslos sind bzw. deren Arbeitsplätze gefährdet sind, genauso am Herzen als wie allen von Ihnen. Das ist ein rein menschliches Empfinden und ich glaube, soviel Objektivität kann man mir zubilligen. Wir werden uns bemühen, dieses Problem nach großen Kräften zu unterstützen, auch den uns nahe stehenden Politikern, und ich bin zuversichtlich, daß in absehbarer Zeit etwas geschieht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte berichtigen, ich habe zwar kritisiert, daß da ein Alleingang der ÖVP war, aber ich habe das Recht natürlich nicht abgesprochen. Es war bisher Usus, in dieser wichtigen Frage für unsere Stadt ein gemeinsames Vorgehen zu haben und dies wollte ich mit meiner Mitteilung unterstreichen. Ich glaube, daß das auch richtig ist, wenn wir uns in einer so wichtigen Frage nicht politisch zerteilen und politisch verschiedenen Wege gehen aus Gründen, die ich jetzt gar nicht untersuchen möchte. Ich glaube, daß das gemeinsame Vorgehen, das gemeinsame Auftreten doch mehr Wirksamkeit hat als so Einzelgänge. Das möchte ich dazu noch sagen. Kollege Ramoser redet zu diesem Thema nicht mehr.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser heutigen Sitzung angelangt. Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch eine Berichtigung vornehmen. Es ist unüblich, aber Kollege Ramoser hat gesagt, daß der erste Motorsportclub in Steyr nicht auf der Liste ist. Wir haben angerufen. Der Motorsportklub Steyr laut Polizeikommissär Riha hat die letzte Jahreshauptversammlung am 9. 11. 1986 für die Jahre 1987, 1988 und 1989 abgehalten. Als Obmann wurde wiedergewählt Herr Brandstetter Hugo und der Verein hat 350 Mitglieder. Ich möchte das nur zur Kenntnis bringen. Vor Auszahlung wird jede Organisation nochmals überprüft. Ich darf mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse im Ausmaß von S 1,755.700,-- zur Kenntnis genommen hat, das sind also Stadtsenatsbeschlüsse und daß bei den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse im

Gesamtausmaß von S 44,816.457,-- gefaßt wurden. Ich danke allen Mitarbeitern und allen Gemeinderäten für die Teilnahme, für die Mitarbeit und schließe hiemit die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.52 Uhr

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Dr. Gerhard Alphasamer e.h.
Winklmayr Eveline e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
Erna Probst e.h.
Franz Ramoser e.h.

